

Er erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.20 Mark, monatlich 1.10 Mt., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift 10 Pf. Post-Abonnement: 2.20 Mt. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mt., für das übrige Ausland 3 Mt. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1894 unter Nr. 6918.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltenen Zeilen oder deren Raum 40 Pf., für Verlags- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Interessent für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Kontoführer: Amt I. 1508 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Sonnabend, den 24. Februar 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Zur Invaliditäts- und Altersversicherung im Jahre 1891.

Am 1. Januar 1891 ist das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz seinem ganzen Umfange nach in Kraft getreten. Das erste Berichtsjahr ist also 1891. Da der „Vorwärts“ die amtlichen Ergebnisse für 1891 noch nicht eingehender erörtert hat, so theilen wir das Wissenswerthe daraus im Folgenden mit. In einem weiteren Aufsatze werden wir die kürzlich (in den amtlichen Mittheilungen des Reichs-Versicherungsamtes Nr. 1, Jahrgang 1894) veröffentlichte Uebersicht der Geschäfts- und Rechnungsergebnisse für das zweite Berichtsjahr, 1892, besprechen.

Mit Recht weist Dr. Ernst Lange, einer der besten Kenner und sachkundigsten Kritiker der deutschen Versicherungsgesetzgebung, in seiner jüngst im Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik veröffentlichten Untersuchung über die Statistik der Unfall- u. Versicherung darauf hin, daß das bisher veröffentlichte statistische Material zum Theil noch sehr unvollkommen ist. Ist doch gerade diese Verwaltung so verzwickelt und verwickelt, daß sich die Unvollkommenheit der Daten von selbst erklärt!

In Thätigkeit waren 81 Versicherungsanstalten mit 149 Mitgliedern der Vorstände (darunter 72 „beamtete“), 658 Hilfsarbeitern und Beamten, 618 Mitgliedern der Ausschüsse, 58 086 Vertrauensmännern, 239 Kontrollbeamten und 613 Schiedsgerichten. Besondere Markenverkaufsstellen gab es 7984. Daneben waren noch 4436 Krankenkassen mit der Einziehung der Beiträge betraut; 5142 Gemeindebehörden und sonstige von den Landes-Zentralbehörden bezeichnete Stellen waren ferner hierbei thätig.

In der Ausführung des Gesetzes waren außerdem 8 besondere Kasseneinrichtungen betheiligte, fünf Eisenbahn-Pensionsklassen — die preussische, bayerische, sächsische, badische und Reichs-Eisenbahn-Pensionsklasse — und 3 Knappschafts-Pensionsklassen, die norddeutsche, die Saarbrücker und die für das Königreich Sachsen.

Werden, das ist eine wichtige Frage, auch alle Versicherungspflichtigen den Vorschriften des Gesetzes gemäß versichert? Erstreckt sich dieses „Sozialgesetz“ auch auf alle die, denen seine „Segnungen“, über deren Tragweite sich unsere Partei am allerwenigsten einer Täuschung hingibt, zu Theil werden müssen? Unser Gemeinwesen wird gleich dem französischen, von der Bureaucratie auf's sorgfältigste überwacht, jede Maus, um mit Karl Marx zu sprechen, wird auch bei uns administriert, der Büttel und der Schutzmann sind die Vorführung des Bürgers. Trotz alledem scheint das Auge der Obrigkeit stumpfer zu sein, als sich für die Bureauheiligen gebührt. Die Zahl der in den Kreis der Invaliditäts- und Altersversicherung Einbezogenen ist noch nicht mit einiger Sicherheit bekannt. Das Reichs-Versicherungsamt schweigt

sich darüber aus. Aus der Zahl der verwendeten Beitragsmarken läßt sich jedoch folgern, daß nur für etwa 9 250 000 Personen Marken verbraucht worden sind. Nach den amtlichen Berechnungen müssen aber etwa 11 285 000 Personen versicherungspflichtig gewesen sein. Es liegt demnach fest, da die vorhin genannten acht Pensionsklassen den Unterschied nicht erklären, daß für einen bedeutenden Bruchtheil von Versicherten im Jahre 1891 keine oder zu wenig Beitragsmarken verwandt worden sind, ein Umstand, worauf auch der Abg. Schoenlant in der Reichstags-Sitzung vom 8. Februar d. J. aufmerksam gemacht hat.

Bis zum Schlusse des Jahres 1891 wurden Altersrenten an 130 774, Invalidenrenten an 27 Personen bewilligt. Ausgezahlt wurden an Altersrenten 9 048 435,35 M., an Invalidenrenten 9,45 M., an Kapitalabfindungen an Ausländer 339,60 M., an Kosten des Heilverfahrens 301,99 M., zusammen an Entschädigungen 9 049 086,39 M. Da eine große Zahl von Renten am Jahreschlusse zwar schon bewilligt waren, jedoch erst zu Beginn 1892 zur Auszahlung gekommen sind und beim ersten Rechnungsjahr hierin ein Ausgleich gegen das Vorjahr natürlich nicht stattfinden kann, so ist es nicht möglich, aus den mitgetheilten Zahlen zu schließen, wie hoch sich die durchschnittliche Entschädigung auf den Kopf der Entschädigten belaufen hat. Außerdem haben die 8 Pensionsklassen 208 121,53 M. an Renten gezahlt. Das ergibt einen Gesamtbetrag von 9 256 906,98 Mark, wozu der Staatszuschuß von 6 049 848,41 M. tritt.

Wie hoch sind die Verwaltungskosten der Versicherungsanstalten?

Sonstige Verwaltungskosten	9 261 147,34 M.
Kosten der Erhebungen vor Gewährung der Renten	6 892,49 „
Schiedsgerichtskosten	255 575,73 „
Kosten der Kontrolle	193 453,38 „
Kosten der Rechtshilfe	5 513,46 „
Anderer nicht vorgesehene Ausgaben	398 139,51 „
Verwaltungskosten	4 121 021,91 M.
Dazu Entschädigungen	9 049 086,39 „
Gesamtausgaben	13 170 108,30 M.
Die Einnahmen betragen:	
Erlös aus den Beitragsmarken (einschließlich der Beiträge für Seelente)	88 886 971,06 M.
Erstattung von Rentenzahlungen	7 963,58 „
Estragelder und verschiedene Einnahmen	30 073,61 „
Zinsen	708 838,58 „
Vorteile und Vacht aus Grundbesitz	4 426,93 „
Gewinn bei Veränderung von Kapitalanlagen	8 984,00 „
Gesamteinnahmen	89 647 293,26 M.
Davon ab Ausgaben	13 170 108,30 „
bleibt Bestand	76 477 184,96 M.
Davon ab: Einlagen in die Reservefonds	9 440 427,89 „
bleiben verfügbar	73 036 757,13 M.

Das Gesamtvermögen der Versicherungsanstalten belief sich Ende 1891 auf 76 760 297 M. 27 Pf. Die in Wertpapieren angelegten Kapitalien haben sich zu durchschnittlich 3,67 pCt. verzinzt, zu demselben Satz, wie die Reservefonds der Berufsgenossenschaften. Es wurden an Beitragsmarken I. Lohnklasse: 108 252 904 1/2, II. Lohnklasse: 163 529 956, III. Lohnklasse: 91 540 992, IV. Lohnklasse: 62 280 501 verkauft.

Die Statistik der Altersrenten-Empfänger umfaßt 126 397 Personen, d. h. wesentlich die, denen bis zum 1. Dezember 1891 Altersrenten rechtskräftig zugebilligt worden sind. Fragen wir nach dem Verufe der Altersrentner, so ergibt sich, daß mehr als die Hälfte (66 333, 49 693 männliche, 16 645 weibliche) in der Land- und Forstwirtschaft thätig waren. In der Industrie, einschließlich Bergbau und Bauwesen, finden sich 27 256 (22 065 m., 5191 w.), im Handel und Verkehr (einschließlich Gast- und Schankwirtschaft) 4052 (3259 m., 793 w.), in der Berufsgruppe: häusliche Dienstleistung und Lohnarbeit wechselnder Art 15 885 (8740 männliche, 6645 weibliche), in den sogenannten freien Berufsarten und im Staats-, Gemeinde-Dienst 6744 (6466 m., 278 w.), bei dem für häusliche, nichtgewerbliche Dienste verwendeten Gesinde 6622 (268 m., 6354 w.). Dabei nimmt der Bruchtheil, der von der Gesamtzahl eines Geburtsjahrganges auf die land- und forstwirtschaftliche Gruppe entfällt, mit dem höheren Alter zunächst stetig zu, um erst bei den ältesten Jahrgängen wieder ein wenig zu fallen — hauptsächlich zu Gunsten der Gruppe: Staatsdienst u. s. w. bei den Männern und zu Gunsten der Gruppe: Gesinde bei den Weibern. Den höchsten Prozentsatz erreicht in der Gruppe Land- und Forstwirtschaft der Geburtsjahrgang bei den Männern 1810 mit 59,6 pCt., bei den Weibern mit 50,1 pCt. der Gesamtzahl. Die beiden ältesten männlichen Altersrentner, die zu dieser Gruppe gehören, sind 1795, die älteste Rentenempfängerin, gleichfalls zu dieser Gruppe gehörig, ist 1789 geboren.

Der Höhe der Renten nach treffen auf

	männliche	weibliche	Zusammen
	Personen		
Lohnklasse I (bis zu einschließlich 350 M.)	88 914	29 629	68 453
Lohnklasse II (350—550 M.)	93 083	5 376	98 459
III (550—850 M.)	13 611	831	14 442
IV (mehr als 850 Mark)	4 833	70	4 903
Zusammen	90 491	35 906	126 397

Nimmt man in Anbetracht an § 23 des Gesetzes an, daß die durchschnittlichen Lohnsätze für Klasse I: 300 M.; II: 500, III: 720, IV: 960 M. betragen, so belief sich der durchschnittliche Jahresverdienst in den Jahren 1888 bis 1890, der für die Altersrenten maßgebend war, nach Langes sorgfältiger Berechnung:

### Feuilleton.

Nachdruck verboten. | (Alle Rechte vorbehalten)

### Helene.

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky. | 51

Und sie grub sich, die dunklen Haare zerwühlend, tiefer in ihr Kissen. Neue Bilder erstanden ihr; weicher wurden ihre Hüfte unter dem Ausdrucke eines sehnsüchtigen Verlangens.

Sie gedachte des Gatten . . . Er lebte noch; sie hatte endlich Nachricht von ihm erhalten.

Er befand sich noch immer in den feuchten Kasematten der Peter Pauls-Festung und wartete noch immer, wie Michael Karzow und seine Genossen, wie Katalie auch, auf die Wiederaufnahme des Prozesses. Vier Jahre hindurch schmachtete er nun schon in einer Lage, die zum Wahnsinn führt, als ein Lebendiger in einer Todtengruft, dem Urtheilspruch entgegen.

Wenn sie daran dachte, und sie mußte ja immer wieder daran denken, dann bohrt sich's auch in ihr Gehirn wie Wahnsinn, und diese nutzlose, ungeheuerliche Grausamkeit, die man über einen armen Menschen verhängte, für dessen Schuld noch keine Beweise erbracht waren, und der in diesem Augenblicke vielleicht, seinen Martern erliegend, mit dem Tode kämpfte, ließ sie oft ausschreien vor Wuth und Schmerz. Dann resignierte sie sich wieder, der Mensch gewöhnt sich ja an Alles; ja, sie konnte scherzen und lachen wie ehedem, aber ihre Brust war wund, und die dunklen Stunden, in denen sie in Haß und Sehnsucht heimliche Projekte nährte, kamen immer häufiger.

Wenn sie sterben sollte, ohne ihren Gatten wieder zu sehen, nutzlos dahin zugehen, ohne etwas für die Sache gethan zu haben?

Es dünkte ihr schrecklich, aber nein, so schnell ging's nicht! Sie hatte ein, vielleicht zwei Jahre noch zu leben, eine lange Zeit, und bis dahin —

Sie erhob sich aus ihrer liegenden Stellung und preßte ihre kleinen Hände über die pochenden Schläfen, als könne sie damit ihre Unruhe und ihre Gedanken meistern.

Dann lächelte sie und abgesehen, mit einer gewissen weichen Trägheit, ließ sie sich wieder in ihr Kissen zurücksinken.

Nach einer Weile öffnete sich die Thüre und Sofia Alexandrowna trat leise herein.

Wie eine Leuchte ging es von diesem hellen und vornehmen Gesichte aus.

Sie schritt grade auf Tania zu und fuhr ihr mit der Hand leicht und lieblosend über die Stirne.

Es ist wunderbar draußen — Du solltest ein wenig ins Freie.

Tania schüttelte den Kopf. „Ja, bin zu träge und es ist gut hier; dann werden auch bald die Freunde kommen.“

„Ja, wundere mich, daß sie noch nicht hier sind.“ Sofia trat zum Fenster und sah hinaus.

Von diesem hochgelegenen Punkt der Vorstadt Oberstraß streifte der Blick ungehindert über die sanft aufsteigenden Matten und das junge Gehölz des Bärchberges.

Ein herrlicher Nachmittag, kein Wölkchen am Himmel! Das klang so heiter, als wäre auch in ihrer Seele alles hell und wolkenlos. Sie blickte eine Zeit lang aufmerksam gegen die

Universitätsstraße, als erwarte sie, jemand von dort herauf kommen zu sehen, zuckte dann ein wenig mit den Achseln, als begriffe sie nicht, weshalb er so lange zögere und wendete sich wieder der Stube zu.

Es sah wieder einmal recht unordentlich darin aus. Tania bemerkte so etwas nicht, sie hatte wenig Sinn für das Aeußerliche, und vernachlässigte es vollends, seitdem sie sich leidend fühlte.

Die Lampe mit dem Delfinchen, die Schuhbürste und Tania's runder Hut — ein Teller mit Breitschmuss, das sie „Süßes“ nannte, eine gebrauchte Serviette, Stuart Mill und Spencer in abgegriffenen Bänden lagen und standen auf dem Sophatische neben- und auseinander.

Und darunter Tania's Stiefel, die sie beim Nachhausekommen von den Füßen gestreift und hingeworfen hatte, um ihre Pantoffeln anzuziehen.

Sofia besetzte das Meiste, stellte den Teller mit dem Mus auf das Fensterbrett und ließ nur die Bücher zurück.

Tania sah ihr zu, mit zerstreuten Augen, dann fragte sie plötzlich:

„Ist Lazar nach Genf gefahren? Kravotkin erwartet ihn ja.“

Sofia erröthete wie ein junges Mädchen. „Nein; er sollte es allerdings, ich weiß nicht, was ihn zurückhält.“

Tania lächelte ein wenig, es sah recht schelmisch aus. Sofia aber fuhr fort:

„Er hat einen Freund aus Deutschland hier, mit dem er gestern beisammen war.“

„Meinst Du Konrad Ebner?“ „Ja, er hält viel von ihm.“ sagte Sofia und sah sich um, als von außen das Gepolter rascher Schritte, die die hölzerne Treppe herauf kamen, vernehmbar wurde. Tania setzte sich auf.

	für den männlichen	weiblichen
	Rentenempfänger	
In der Berufsgruppe	M.	F.
Land- und Forstwirtschaft	411	505
Industrie	590	577
Handel und Verkehr	642	346
Häusliche Dienstleistung zc.	484	347
Staats-, zc. Dienst u. f. w.	499	401
Dienstboten	595	370
<b>Im Durchschnitt:</b>	<b>472</b>	<b>341</b>

Der so ermittelte durchschnittliche Jahresverdienst nimmt mit dem zunehmenden Alter ab. Er betrug bei einem 1820 geborenen Rentenempfänger 493 M., bei einem 1815 geborenen: 454 M., bei einem 1810 geborenen: 421 M., bei einem 1805 geborenen: 405 M. Eine 1820 geborene Rentenempfängerin hatte einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 345, eine 1805 geborene einen solchen von 337 M.

Von den Rentenempfängern wohnen in städtischen Gemeinden (mit mehr als 10 000 Einwohner) 12 422 m. und 6141 w., zusammen also 18 563 Personen, in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohner, also in Orten mehr ländlichen Charakters, 78 069 m. und 29 765 w., zusammen 107 834 Personen. Die arbeitsfähigen alten Leute wohnen, wie man sieht, vorwiegend auf dem platten Lande.

Langere berechnet den Jahres-Arbeitsverdienst bei den männlichen Rentenempfängern in der Stadt auf 669 M., auf dem Lande auf 441 M., bei den weiblichen Rentenempfängern in der Stadt auf 412, auf dem Lande auf 326 M. Die Bezirke, wo der ortsübliche Tagelohn am höchsten ist, haben natürlich die verhältnismäßig höchsten Renten. Die Versicherungsanstalten Berlin, Danzestädte, Rheinprovinz, Elsaß-Lothringen, Schleswig-Holstein haben die höchsten, die ostelbischen Bezirke, wo die größten Kartoffeln der „armen Bauern“ wachsen, Ostpreußen und Schlesien die niedrigsten Renten gezahlt. Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst von 1888—1890 berechnet sich z. B. für Berlin bei den m. Rentnern auf 795, bei den w. auf 430 Mark, in Ostpreußen bei den m. auf 332, bei den w. auf 202, in Posen auf 383 bzw. 309, in Schlesien auf 379 bzw. 306, in Pommern auf 450 bzw. 340 M. In Bayern ist das durch seine Hungerbauern und Hausindustriellen berufene Oberfranken mit 331 bzw. 314 M. am ärmsten daran.

Die amtlichen Ziffern zeigen, wie betrübend die Lage der Volksmassen ist. Aber man speist die Armen und Glenden ab mit schönen Worten und 88 1/2 Pf. „Rente“, man belastet sie mit indirekten Steuern, man führt zu gunsten des Militarismus einen unerbittlichen Krieg gegen die Arbeiterschaft, man hütet sich vor einer wirklichen Sozialreform. Das Kapital braucht — „Schonzeit!“

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Februar.

Der Reichstag beschäftigte sich heute an erster Stelle mit Wahlprüfungen. Die Wahlprüfungs-Kommission beantragte über die Wahlen der Abgeordneten v. Benda, Gelscher, Euler, Götz, Vichler, Saurma v. Jeltich, Haake, Chlapowski, Wilt, Rothbarth und Graf v. Bismarck-Schönhausen die Entscheidung über die Gültigkeit auszusprechen und Erhebungen zu veranlassen. Der Reichstag trat den Anträgen seiner Kommission bei, behielt jedoch die Erhebungen bezüglich der Wahlen der Abgeordneten Wilt, Rothbarth und Graf Bismarck noch auf mehrere Punkte aus, welche die Mehrheit der Kommission für unerheblich erachtet hat.

Die Position Reichs-Invalidentfonds gab dem Genossen Wibel Anlaß, die massenhaften Pensionierungen von Offizieren in den besten Jahren zur Sprache zu bringen.

Nach einigen Bemerkungen zum Justizetat, wobei die Eerschlange „Bürgerliches Gesetzbuch“ wie seit Jahren üblich, erwähnt wurde, vertagte sich das Haus bis zum Montag.

**Bundesrat.** In der am 22. d. M. unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats, wurde dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Sparlasten, und dem Auswahlantrage zu dem Entwurf von Vorschriften über die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker die Zustimmung erteilt. Außerdem wurden Eingaben vorgelegt. —

Mit der Hand strich sie die dicken zerwühlten Haare zurück und knöpfte die Bänder ihres weiten Jäckchens zu, die sie vorhin geöffnet hatte: Sie hatte Toilette gemacht.

„Gleich darauf klopfte es an die Thür.“  
„Entrée“, riefen die beiden Damen gleichzeitig.

Zwei junge Männer traten herein; es waren Landsleute, Emigrirte, der Eine Schriftsteller, Paul Fedorowitsch Ostrowski, der Andere Mediziner, Gregor Iwanowitsch Pirowow. Sie wohnten zusammen und waren trotz ihrer äußerlichen und innerlichen Verschiedenheit die besten Freunde.

Sie stritten und debattirten unaufhörlich mit einander, erzürnten sich und veröhnten sich wieder.  
Beide waren klein, aber Ostrowski ebenso zart und fein gebaut, als der Andere plump und schwerfällig; ebenso aufgeweckt und satirisch als Pirowow dorb und naturalistisch im Ausdruck war, der mit seinem unschönen, märrisch drein schendenden Gesicht geradezu komisch wirkte. Auch in ihren revolutionären Anschauungen gingen sie auseinander, Pirowow gehörte den Narodniki an.

Es war die ältere, völkerrückliche Richtung, die sich von allen Einflüssen und Theorien des Westens befreit und spezifisch russisch sein wollte; die Narodniki setzten ihre Hoffnung auf die Organisirung und Revolutionirung der Bauernschaft und ihre Lösung war: Alles für das Volk und durch das Volk.

So verdamnten sie jede politische Thätigkeit, der das ungebildete Volk nicht gewachsen war und suchten die Bewegung den uraltesten Begriffen und kommunistischen Instinkten, die in der Bauernschaft ruhten, anzupassen.

Die Obfchschina, d. h. das Gemeineigentum an Grund und Boden, diese schöne, altherwürdige Einrichtung sollte ihrer Meinung nach der Eckstein des künftigen Gebäudes werden.

Ostrowski hatte sich der Partei der Narodnaja Wolja angeschlossen. Während des Kampfes hatte sie sich gebildet, aus einer todesmuthigen, begeisterten Schaar, der die Jugend und die Intelligenz Rußlands angehörte. Sie waren von rein ethischen Ueberzeugungen getragen, sie

**Die Steuerentwürfe.** Die Reichsregierung hält es für taktisch klug, die Steuerentwürfe vorerst noch nicht zurückzuziehen, wie die folgende in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichte hochoffizielle Notiz zeigt:  
Die „Berliner Börsen-Zeitung“ bringt die Nachricht, daß nach Erledigung des russischen Handelsvertrages dem Reichstage keine größeren Aufgaben mehr übrig blieben, da außer dem Börsensteuer-Gesetzentwurf kein weiterer Steuer-Gesetzentwurf zur zweiten Lesung kommen werde. Die verbündeten Regierungen würden auf eine weitere Berathung der Steuer-Gesetzentwürfe um so weniger Werth legen, als sie bereits mit neuen Steuerentwürfen für die neue Reichstagssession beschäftigt seien. Diese Meldung ist in allen Punkten unrichtig; die verbündeten Regierungen halten fest an der Durchberathung aller Steuerentwürfe und haben keine Veranlassung, sich mit der Vorbereitung neuer Steuerentwürfe für die nächste Session zu beschäftigen. —

**Der Wehrstand ruiniert den Nährstand.** Eine Lokalkorrespondenz berichtet das Folgende: Große Beunruhigung ruft unter den Fleischern und Kleinhändlern auch hier in Berlin einige Gerüchte von Militärbesuchen hervor. So hat der Kommandant von Döbeln in Sachsen, Graf Bithum von Eckstadt laut Regimentsbefehl angeordnet, daß die Soldaten sämtliche Verbrauchsgegenstände, welche der Regiments-Konsumverein führt, ausschließlich bei diesem und nicht bei den Bürgern zu kaufen haben. Zumiderhandelnde werden mit 2 Tagen Haft bestraft. Ferner verlautet, daß es einer der größten Fleisch-Exportgesellschaften Australiens, der „Pastoral Finance Association“ in Sidney, gelungen ist, für die deutsche Armeelieferungen zu erhalten. Die Gesellschaft beabsichtigt, ein eigenes Depot von Kalthäusern in Hamburg anzulegen, um das Fleisch nach allen Richtungen mit Leichtigkeit und Sicherheit versenden zu können.  
Was sagen unsere, alle Heeresvermehrungen mit Durrah bewilligenden Agrarier dazu? —

**Die Silberkonferenz.** Die gestern Abend 7 Uhr in Berlin zusammengetretene Kommission zur Erörterung von Maßregeln zur Hebung und Befestigung des Silberwerthes wurde durch den Vorsitzenden, den Staatssekretär des Reichs-Schatzamt's Dr. Grafen v. Posadowsky-Wehner, mit folgender Ansprache eröffnet:

„Meine Herren! Namens des Herrn Reichskanzlers habe ich die Ehre, Sie zu begrüßen und Ihnen zu danken, daß Sie seinem Rufe Folge geleistet haben. Die Reichsregierung ist in besonderer Veranlassung der neuerlichen Vorgänge auf dem Gebiete des inländischen und amerikanischen Münzwesens verschleht sich nicht der Erkenntnis, daß die seit etwa zwanzig Jahren eingetretene fortgesetzte starke Entwerthung des Silbers, welche bis dahin seit Beginn des Jahrhunderts neben dem Golde ohne wesentliche Schwankung des gegenseitigen Verhältnisses als Münzmetall gedient hatte, auch für Deutschland, namentlich für seine Silbervorräthe, für seine im Umlauf befindlichen Silbermünzen, für seinen Bergbau und für seine Handelsbeziehungen von weittragender Bedeutung ist. Obgleich Deutschland sich in sicherem Besitze der Goldwährung befindet, erkennt die Reichsregierung doch in der zunehmenden Silberentwerthung eine ernste wirtschaftliche Frage, die eingehender Prüfung bedarf. In dieser Erkenntnis war schon im Laufe des vorigen Jahres eine Kommission von Vertretern verschiedener Ressorts gebildet worden, die auf Grund eines vorgeschriebenen Programms ihre darauf bezüglichen Arbeiten führen sollte. Um indeß dem aus den Kreisen des wirtschaftlichen Erwerbslebens geäußerten Wünschen entgegenzukommen, beschloß der Herr Reichskanzler, die Beratung der Silberfrage durch Beratung von sachverständigen Vertretern verschiedener Ressorts und von Vertretern der Wissenschaften und Berufsstände auf eine breitere Grundlage zu stellen und der so gebildeten Enquete-Kommission insbesondere die Prüfung der Frage zu übertragen, ob und eventuell durch welche Maßregeln es ausführbar erscheint, den Werth des Silbers wieder zu heben und zu befestigen. Die Kommission soll den Arbeitsplan selbstständig feststellen. Es wird sich hierbei fragen, ob zunächst das vorhandene statistische Material zu sammeln, zu sichten und eventuell durch neue Erhebungen zu ergänzen ist, um eine von allen Seiten für den Inhalt der Beratungen als maßgebend anerkannte Grundlage zu gewinnen, oder ob Sie sofort in die Erörterung praktischer Vorschläge eintreten wollen. In letzterem Falle möchte es vielleicht rathsam sein, für die einzelnen, von den Mitgliedern der Kommission aufgestellten oder befürworteten Vorschläge je einen Referenten oder Korreferenten zu ernennen und deren schriftliche Berichte den weiteren Verhandlungen zu Grunde zu legen. In zweifelhaften Einzelfragen technischer oder gewerblicher Natur wird es sich empfehlen, Sachverständige zu hören. Die Verhandlungen

kämpften für die Aufklärung, für die Gerechtigkeit; auch sie wollten Alles für das Volk, aber nicht durch das Volk zu stande bringen, sie glaubten nicht an die Mission der Bauernschaft, aber sie glaubten an ihre eigene.

Bewußt traten sie in einen politischen Kampf mit der Regierung. Sie wollten den Absolutismus stürzen, eine provisorische Regierung einsehen und aufgrund des allgemeinen Wahlrechtes eine Konstitution herbeiführen. Aber in einem despotischen Staate konnte ihre Thätigkeit nur eine geheime sein und dem Terror der Regierung gegenüber wurden sie, um sich zu behaupten, zu derselben Kampfesweise gezwungen, welche diese Heldenjünglinge in furchtbaren Weisen zu begreifen begann.

„Bonjour, mes dames,“ sagte Ostrowski. Er sah sehr heiter aus und schwenkte seinen Hut, sich verneigend.  
Pirowow war von einer zur andern gegangen, brückte jeder schweigend aber sehr stark die Hand, ohne sie anzusehen, und blieb dann vor einem Stuhle stehen.

„Gibt es Ihnen noch immer nicht besser, Tania Michailowna?“ fragte Ostrowski, ihr die Hand reichend. „Ich möchte Ihnen eine Segelpartie vorschlagen, das würde Sie restauriren — wir haben herrlichen Segelwind — ich führe Sie hinaus — ich bekomme den Rutter geborgt; — Sie wollen nicht? Das ist schade.“

„Ein anderes Mal, lieber Freund, bleiben Sie nur hier,“ sagte Tania. „Pazar und Rina kommen und Georg Andrejewitsch, vielleicht auch Altschin und Pisanoff. Sehen Sie sich doch, auch Sie, Pirowow.“

Pirowow murmelte etwas und ließ sich auf der äußersten Rante des Sessels nieder. Den Spazierstock und seinen weichen stark zerwühlten Hut zwischen den Beinen haltend, sah er da, mit vorgebeugtem Kopf und gebogenem Rücken, als wollte er in der nächsten Minute wieder davonlaufen.

Ostrowski hatte Tania gegenüber Platz genommen. Er sprach rasch und lebendig und in dem schmalen Gesicht, das von radschwarzen Haaren und einem großen Vollbart umrahmt war, funkelten die kleinen Augen gleich glühenden Kohlen.

werden stenographisch aufgezeichnet werden. Dem Beschlusse der Kommission stelle ich anheim, ob die stenographischen Berichte nach den einzelnen Sitzungen oder insgesammt nach Abschluß der Verhandlungen veröffentlicht werden sollen. Zum Schluß möchte ich hervorheben, daß die Kommission lediglich eine wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Aufgabe hat. Bezüglich der zur Erörterung gelangenden Fragen wird die Auffassung jedes einzelnen Mitgliedes festgestellt werden; Mehrheitsbeschlüsse werden nur in bezug auf den äußeren Gang der Verhandlungen zu fassen sein. Jeder einzelne Vorschlag wird demnach seitens der Reichsregierung zum Gegenstand eingehender Prüfung gemacht werden. Die Reichsregierung beglückwünscht den Wunsch, daß Ihre Beratungen dazu beitragen, das Verständnis für die wirtschaftliche Bedeutung der vorliegenden Frage zu fördern und eine Grundlage für praktische Maßnahmen behufs ihrer Lösung zu schaffen.“

Nach dieser die Geschäftsführung der Kommission bestimmenden Erklärung kann nur die Güte der Gründe, nicht aber die Anzahl der Vertreter für künftige Maßnahmen ausschlaggebend sein. Dies scheint Graf Mirbach, einer der entschiedensten Befürworter der internationalen Doppelwährung auch zu fürchten und deshalb begreift wir es, daß er sofort seinen Austritt erklärt hat. Ob die Herren Arendt, Kardorff und die anderen Bimetallisten seinem Beispiele folgen werden, ist noch nicht bekannt.

Aus der umfangreichen Erklärung des Grafen Mirbach heben wir die folgenden Schlüsselsätze hervor:

Eine Enquete, welche lediglich praktische Vorschläge zur Lösung der Silberfrage zu entwerfen hat, darf nach meiner Auffassung nur aus Männern zusammengesetzt sein, welche auf dem Boden stehen, daß sie das Silber als vollwertiges Münzmetall acceptiren. Es ist weder nöthig noch erwünscht, daß dieselben sämmtlich den unbedingt bimetalistischen Standpunkt einnehmen.

Dagegen erscheint es mir ganz ausgeschlossen, daß eine Enquete, deren Mehrheit unbedingt auf dem Standpunkte der einseitigen Goldwährung steht, praktische Vorschläge zur Lösung der Silberfrage macht, wie ich sie im Interesse der darniederliegenden Produktion namentlich auf dem Gebiete der Landwirtschaft für unbedingt notwendig halte. Ich halte bei der Zusammenfassung der Enquete meine Theilnahme an den Arbeiten derselben für zwecklos und schade aus derselben aus, indem ich vorstehende Erklärung zu Protokoll gebe.

Graf v. Mirbach.

Es gehört die ganze Ueberhebung eines ostelbischen Junkers dazu, um zu fordern, daß die große Majorität des Volkes sich von einem winzigen Ineressententreise Vorschriften machen lasse, es gehört aber auch dazu das Gefühl von der Haltlosigkeit der Gründe, die Herr v. Mirbach vorbringen könnte. Er weiß doch mindestens so gut wie wir, daß unter den Gegnern seiner Projekte auch solche berufen sind, welche früher zu den eifrigsten Befürwortern des Gedankens der internationalen Doppelwährung gehörten, wir erinnern bloß an Lexis. Würden die Mirbach'schen Argumente auch nur etwas Gewicht haben, so müßte versucht werden, die Abtrünnigen wieder zu gewinnen. Herr v. Mirbach täuscht sich, wenn er annimmt, daß seine Erklärung anders als ein sich selbst ausgestelltes Armutshengnis aufgefaßt werden kann.

Daß der wichtigste „Verfassungsstand“, nämlich die Arbeiterklasse, in der Kommission nicht vertreten ist, übersteht Herr Dr. v. Posadowsky. Seiner Meinung nach dürften die Arbeiter wohl das Recht zum Schußten, Beten und Steuern zahlen haben, aber sonst haben sie das Maul zu halten.

Die Kommission hat gestern Abend bis 10 Uhr getagt und beschlossen, ihre Verhandlungen geheim zu halten. Schließlich hat sie ihre Beratungen auf zwei Wochen vertagt, um das eingegangene Material zu verarbeiten. An Stelle des ausgetretenen Grafen Mirbach soll, so berichtet eine Lokalkorrespondenz, eine Neubereifung erfolgen. Die Bimetallisten verlangen eine Kapazität ersten Ranges in die Kommission eintreten zu sehen. —

**Silberpreis und Waarenpreis.** Auf die Behauptung der Bimetallisten, daß zwischen der Preisbewegung der Waaren und des Silbers ein engerer Zusammenhang bestehe, kommt in seiner Uebersicht über den Handel von 1893 auch der englische „Economist“ zurück. Nach der von ihm aufgestellten Tabelle der Preisbewegung ergab unter Anderem die Gesamtheit der Waarenpreise im Jahre 1887 einen Durchschnitt von noch niedrigerem Stande als der heutige ist, wogegen Silber im Jahre 1887 mehr als

Er erzählte ihr von der Thätigkeit des Exekutivkomitees und fingerte dabei nervös in den Taschen seines zerstransten Rockleins herum, offenbar nach einem Gegenstand suchend, den er nicht finden konnte.

Er gelangte dabei in das Untersfutter seines Rockes und jetzt blühten seine Augen verheißend auf. Mit einem Ruck hatte er ein Papier hervorgezogen und überreichte es ihr. Es war ein vom Exekutivkomitee verfaßtes Schriftstück, betitelt „Die Vorbereitungsarbeit der Partei.“

„Lesen Sie das, Sie werden sehen, wir betreten ganz neue Wege.“

Tania nahm es entgegen, las die Aufschrift und sah ihm ernst in die Augen:

„Was Sie hier lächelnd mir bieten, wird in Rußland mit dem Tode bestraft.“

Um seinen Mund zuckte es höhnvoll, während er seine Augen zu einem Spalt zusammenkniff, hinter dem es blinzelte und bligte.

„Was thut das? Nohorski wurde gehängt, weil er ein Exemplar davon verschickt hatte, seitdem sind Tausende davon verbreitet und in allen Händen. Je schrankenloser der Despotismus wüthet, um so rascher werden wir ihn besiegen — wir werden keinen Tisch machen.“

„Ihr seid Idealisten,“ brummte Pirowow.

„Wir? Wir kennen unsere Kräfte — die Intelligenz ist auf unserer Seite — die Idealisten seid Ihr, die Ihr auf die Bauernschaft zählt.“

Pirowow fuhr auf, setzte sich aber sofort wieder nieder. Er klemmte den Stock zwischen die Beine, so daß seine plumpen Kniee schief gegeneinander standen, und murmelte einige Worte in sich hinein.

„Wollen Sie nicht gefälligst Gut und Stod bei Seite legen, Gregor Iwanowitsch?“ fragte Sofia, die ihn lächelnd betrachtete.

„Danke,“ sagte er kurz, ohne seine Stellung zu ändern. „Haben Sie's noch nicht bemerkt, daß er sich stets nur provisorisch niederläßt“, höhnte Ostrowski, „er wartet auf eine Volkserhebung.“

(Fortsetzung folgt.)

80 pCt. höher stand als im vergangenen Jahre. Die Geschichte der letzten acht Monate bereichert diese Beobachtung noch in ganz besonderer Weise. In der Mitte des Jahres stand Silber in London noch über 38, heute steht es 29 Pence. Das ist ein Abstand von etwa 25 pCt., während die meisten Waarenpreise in diesen acht Monaten, wenn überhaupt, höchstens um ein bis zwei Prozent zurückgegangen sind.

**Neue Gegner** ersehen dem Bunde der Landwirthe, nachdem er erst vor kurzem einen unbestreitbaren großen äußeren Erfolg aufzuweisen hatte. Am 8. Februar hielt der Pastor G. Borchmann in der Generalversammlung des Uckermarkischen Bauernvereins einen Vortrag über die Nothwendigkeit politischer Bauernvereinigungen neben dem Bunde der Landwirthe. Derselbe wird jetzt von dem Vorstände des deutschen Bauernbundes an eine große Zahl von Pastoren verandt. Derselbe richtet sich gegen den Einfluss der Großgrundbesitzer im Bunde der Landwirthe. An der Spitze der Ausführungen finden sich folgende Leitsätze:

1. Was ist der Bauernstand? Antwort: Er ist alles! Tenn hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt! Der Bauernstand stellt die meisten und besten Soldaten und im Bauernstand erkennt die Sozialdemokratie je länger, je mehr den Wall, der für ihre höchsten Wollen ein machtvolles „Bis hierher und nicht weiter“ bedeutet. 2. Was hat er bisher im Staate gegolten? Nichts! Er hat sich bisher in politischer Beziehung von jedermann bevormunden lassen, bald wie in Schlesien und andernorts von freisinnigen Stadtschützen, bald von Landräthen und sonstigen Bureaukrassen ohne Art und Palm, bald und zum Theil von adligen und nicht adligen Großgrundbesitzern; er hat sich bisher willenlos in das Schlepptau jeder politischen Partei nehmen lassen. 3. Was will er und was soll er? Antwort: Er muß durchaus einen seiner Kopfsahl und seiner Bedeutung entsprechenden Einfluß im öffentlichen Leben gewinnen und zwar als Bauernstand im Unterschied zum Großgrundbesitzerstand! Bester ist ja freilich mit ihm in wirtschaftlicher Beziehung im wesentlichen gleich interessiert, aber das darf niemand verwirren, obgleich jetzt, so weit ich sehe, sich sehr viele dadurch betören und verwirren lassen.

Wenn der Herr Pastor auch in dem „antikollektivistischen Bauernschädel“ den Wall gegen die Sozialdemokratie sieht, so wird er ebenso eine Enttäuschung erleben, wie die katholischen Pfarrer, die in ihrer Kirche einen Grenzwall gegen die Ausdehnung unseres Besitzthandes sahen. Wichtig ist, daß der Herr Pastor die von den Agrariern so verfehlte Ansicht von der Verschiedenheit der Interessen des Großgrundbesitzer- und Bauernstandes frank und frei ausspricht. In der Broschüre heißt es dann:

Und darum müssen politische Bauernvereinigungen neben dem Bund der Landwirthe das Ziel zur Orientierung und Stellungnahme des Bauernstandes in allen politischen Fragen, also zu seiner selbständigen Anteilnahme am gesammten politischen Leben.

W. S. So lange der Bund der Landwirthe durch seine gegenwärtige Leistung die Auflösung der bestehenden Bauernvereinigungen offen oder versteckt, mit Gewalt oder mit freundschaftlichem Boden herbeizuführen sucht und das Wiederanstreben des neuerstandenen, ihm doch ausgesprochenen freundlich gesinnten „Deutschen Bauernbundes“ in der feindseligsten Weise zu hintertreiben sucht, tritt er thatsächlich als Feind der politischen Weiterentwicklung des Bauernstandes auf, will er ihn in politischer Untermund und Bevormundung belassen wissen, wenn das auch vielleicht zehntausende seiner Mitglieder nicht ahnen und sehen mögen. Denn der Bund der Landwirthe orientiert und schult seine Mitglieder ja nur in wirtschaftspolitischen Fragen, also nur einseitig, in alle übrigen politischen Fragen führt er sie nicht ein und darf es nicht; wenn er also durch seine unfreundliche, ja feindliche Haltung gegen die allgemeinpolitischen Bauernvereine dem Kleingrundbesitzer sagt und bedeutet, daß das, was er bei ihm hat und erhält, vollkommen für ihn genug sei, so ist doch das genau dasselbe, wie wenn jemand einem, der Lehren werden will, den Rath gäbe: Wenn Du nur gut rechnen lernst, so ist das vollkommen genug, um Lehrer zu sein. — Ja, m. S., das Streben der gegenwärtigen Leitung des Bundes der Landwirthe, möglichst alle bestehenden Bauernvereinigungen in des Bundes allein seligmachenden Schoß aufzunehmen und neu eufstehende zu bekämpfen, bedeutet entschieden einen feindlichen Eingriff in die politische Selbständigkeits-Bewegung des Bauernstandes.

Den Herren vom Bunde der Landwirthe und von der „Kreuzzeitungs“-Partei dürfte es wohl kaum sehr erwünscht sein, daß der „Vorwärts“ den Inhalt dieser beachtenswerthen Broschüre weiteren Kreisen mittheilt.

Die Solidarität der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung wird bald durchbrochen sein, der Kleinbesitz will neben dem Großbesitz in der Landwirtschaft zu Worte kommen; die Landarbeiter werden sozialdemokratisch, so daß die Kämpfe, die wir in der Industrie mit jedem Jahre schroffer werden sehen, bald auch in der Landwirtschaft anheben werden.

**Eine der wahren Ursachen der Noth der Großgrundbesitzer** wird durch folgende durch die Zeitungen gehende Notiz beleuchtet:

Ueber das Vermögen des Vorwerkspächters Wittmeister der Reserve Arthur Woltersdorf zu Lauban ist der Konkurs eröffnet worden. Wittmeister Woltersdorf ist seit mehr als sechs Wochen ins Ausland vertrieben. Noch vor wenigen Jahren war er Besitzer eines Vermögens von etwa 800 000 M. Noble Passionen haben ihn zu Grunde gerichtet. Unter den Gläubigern befindet sich auch die Stadtgemeinde Lauban, welcher das von W. gepachtete Vorwerk gehört. Im vorigen Jahre noch wurde Herrn W. von den Stadtvätern 1000 M. von der Pachtsumme erlassen mit Rücksicht auf die Noth der Landwirtschaft. Wittmeister Woltersdorf war — so berichten Laubauer Blätter — eine der Hauptstützen des „Bundes der Landwirthe“, für den er namentlich im Frühjahr vorigen Jahres in politischen und landwirtschaftlichen Versammlungen durch Vorträge manche Lauge gebrochen hat und noch zur Zeit in der Versammlung delegiert war. Charakteristisch ist gerade auch in diesem Falle, daß der Ruin nicht durch hohe Pacht, schlechte Ernte u. s. d., sondern lediglich durch unvernünftige, maßlosen Aufwand und schlechte Wirtschaft verursacht ist. — Der „abwesende“ Arthur W. ist der älteste Sohn des Geheimen Kommissionsraths Arthur Woltersdorf, welcher ein großes Vermögen ererbte und dasselbe durch seine Thätigkeit in Königsberg und Berlin kolossal vermehrt hatte.

„Nur langsam voran“, das ist der Wahlspruch unserer Sozialreformer, das sieht man nicht nur an der Durchführung der Sonntagsruhe, sondern auch an der

mangelhaften Durchführung des Schutzes der Kinderarbeit, wie aus der folgenden Notiz hervorgeht:

In kurzer Zeit werden zwei Vorschriftenkategorien der letzten Gewerbe-Ordnungs-Novelle endgiltig in Kraft treten, und zwar diejenigen, welche sich auf die Kinder und auf die jugendlichen Arbeiter beziehen. Was die Kinderarbeit betrifft, so hat bekanntlich die Gewerbe-Ordnungs-Novelle festgesetzt, daß schulpflichtige Kinder überhaupt nicht in Fabriken beschäftigt werden dürfen. Im größten Theile Deutschlands wurden dadurch die Kinder bis zum Alter von 14 Jahren, in einem kleinen, hauptsächlich wohl nur in Bayern, bis zum 13. Lebensjahre von den Fabriken ausgeschlossen. Für die jugendlichen Arbeiter, d. h. diejenigen zwischen 14 und 18 Jahren, wurden die Pausen zwischen der zulässigen zehnständigen Arbeitszeit geregelt. Jedoch wurde zur endgiltigen Einführung dieser Neuerungen, so weit bereits beschäftigte Kinder und jugendliche Arbeiter in Betracht kamen, eine Uebergangszeit festgesetzt. Diese Uebergangszeit erreicht nun mit dem 31. März d. J. ihr Ende. Bis dahin ist es möglich, daß noch schulpflichtige Kinder in Fabriken und in Werkstätten, in welchen durch elementare Kraft bewegte Triebwerke zur Anwendung gelangen, beschäftigt werden. Vom 1. April 1894 ab wird kein schulpflichtiges Kind mehr in den Fabriken und in den bezeichneten Werkstätten zur Arbeit herangezogen werden dürfen.

**Vertrauensadressen.** Von den verschiedensten Seiten, aus dem Osten wie aus dem Westen Deutschlands geht uns die Mittheilung zu, daß eine Anzahl übereifriger höherer Postbeamten ihren ganzen Einfluß anboten, um die Postbeamten zur Unterzeichnung von Vertrauensadressen an den Staatssekretär der Reichspost Dr. Stephan zu bewegen. In den Zuschriften wird hervorgehoben, daß die Angriffe im Reichstag auf die Leitung der Reichspost der Grund sei für diese Unterschriftenanmeldung und daß die meisten Postbeamten die ihnen vorgelegten Schriftstücke unterzeichneten, weil sie unterzeichnen mußten.

Das letztere ist ja selbstverständlich, aber deshalb trauen wir auch Herrn Dr. Stephan zu, daß er Ungenug sein wird, auf diese erzwungenen Unterschriften keinen Werth zu legen. Ein Verisum auf dieselben im Reichstage dürfte mit homerischem Gelächter aufgenommen werden.

Das nationalliberale Reaktionsvolk benutzte die vorgestrigte Beschlußunfähigkeit des Reichstags abermals zu einer Hah gegen den Parlamentarismus und einer Geschäftsverleumdung für die Bismarcksche Blut- und Raubpolitik. Das unter Bismarck der Besuch des Reichstags ein noch weit schlechterer war als jetzt, wo die Regierungsvorretter der Volksvertretung gegenüber doch wenigstens die Regeln des Anstandes wahren, das erwähnt die nationalliberale Presse natürlich nicht. Ueber die Ursachen der häufigen Beschlußunfähigkeit des Reichstags haben wir uns schon so oft ausgesprochen, daß eine Wiederholung nur vom Uebel wäre. Bemerkenswert sei bloß, daß das ebenfalls diätenlose englische Parlament — im Durchschnitt noch schlechter besucht ist, als der Deutsche Reichstag.

Wenn wir des nationalliberalen Gebelers Erwähnung thun, so geschieht es nur, um an einem eklatanten Beispiele von neuem die Verkommenheit des deutschen Bürgerthums festzustellen. Der Parlamentarismus ist doch recht eigentlich die Regierungsform des Bürgerthums, das in allen anderen Ländern auch jäh an ihm festhält. Das deutsche Bürgerthum hat dagegen in seiner Angst vor dem Sozialismus einen so großen Abscheu vor seinen eigenen „liberalen“ Grundgesetzen bekommen, daß es dieselben längst über Bord geworfen hat, und sehr froh wäre, wenn irgend ein brutaler Conbottier, vom Kaliber eines Bismarck, den ganzen parlamentarischen Plunder den Grundflächen nachwerfen würde. In anderen Ländern hat das Bürgerthum Revolutionen gemacht, um sich den Parlamentarismus zu erkämpfen — in Deutschland bettelt es das reaktionäre Junker- und Beamtenthum an, es von dem Parlamentarismus zu erlösen, der bloß dem Gottseibeiuns von Sozialdemokratie Gelegenheit giebt, das Volk zu verführen und auszuweizen.

**Aus dem hessischen Landtag.** Aus Darmstadt wird uns geschrieben: Der Gesetzgebungsausschuß, welcher auch die Wahlprüfungen vorzunehmen hat, beriet vorige Woche über die Wahlen unseres Genossen Gramer, Wahlkreis Offenbach-Land und Orbis, Gießen-Land und beschloß am 21. Februar einstimmig, die beiden Wahlen für ungiltig zu erklären. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Majorität der Kammer diesem Beschlusse beitreten wird. Bei der stattfindenden Neuwahl wird allerdings eine wesentliche Verschiebung des Stimmenverhältnisses nicht eintreten, da in Gramers Wahlkreis nur die Wahlmännerwahl in Sprendlingen neu vorzunehmen ist, wodurch bestimmt vier Wahlmänner, die jetzt der nationalliberalen Partei angehören, gewonnen werden dürften falls sich die deutschfreisinnigen Wahlmänner, wie bei der letzten Wahl, der Abtömmung wiederum enthalten; geschieht dies, dann ist die Wahl Gramers gesichert, werfen sie sich dagegen auf die Seite der Nationalliberalen, dann wird dieser gewählt. In Orbis Wahlkreis, Gießen-Land, soll zu Unrecht einem antisemitischen Wahlmann aus dem Orte Groß-Wulsdorf, die Qualifikation als Wahlmann abgesprochen, und er demgemäß nicht zur Abgeordnetenwahl zugelassen sein. Wählen übrigens die Deutschfreisinnigen, um die Wahl eines Antisemiten zu verhindern, Oedig, so ist des letzteren Wahl gesichert. Bekanntlich war in Gießen-Land der antisemitische Reichstags-Abgeordnete Köhler gewählt, wegen seiner Doppelwahl lehnte er Gießen-Land ab und bei der Neuwahl erhielt unser Genosse Oedig das Mandat mit 2 Stimmen Majorität. Wie auch die Kammer beschließt, auf alle Fälle werden wir unsere Pflicht thun, um die Siege zurück zu erobern.

Der Abgeordnete Müller hat in der hessischen zweiten Kammer folgende Interpellation eingebracht: In der Regierung bekannt, daß der Keesamen, welcher in den Nothstandsgebieten verabreicht wurde, mit Hirsenamen gemischt war? Würde derselbe in dieser Mischung von der landwirtschaftlichen Behörde bestellt? Wenn nicht — beabsichtigt die Regierung die Lieferanten zur Diebstahlschuld zu ziehen?

**Internationale Maßregeln gegen den Anarchismus** beginnen sehr wahrscheinlich zu werden. Abmachungen zwischen England und Frankreich werden angebahnt, wie die folgende Londoner Depesche beweist:

Zwischen den Vertretern der französischen Polizei, die gegenwärtig in London weilen, und der englischen Polizei fand heute in Scotland Yard eine Konferenz statt betreffend die Ueberwachung der fremden Anarchisten in England und behufs Entdeckung des Ortes, wo die Explosivstoffe hergestellt worden sind. — Der Redakteur des „Père Peinard“, Bouquet, ist nach London gekommen, um hier die Herausgabe seines Blattes fortzusetzen.

Daß dies der erste Erfolg der Propaganda der That sein werde, hätten sich die noch nicht ganz wahrhaftigen Vertreter dieser Theorie, welche nicht blind sind für die Wände der internationalen Reaktion, selbst sagen können.

**Ueber die Bomben-Epidemie** äußert sich sehr verhängnisvoll ein Pariser Korrespondent der „Kreuzzeitung“. Er schreibt in der heutigen Nummer:

Die Hinrichtung Baillants, die Verhaftung Henrys und die neuesten Maßregeln gegen die Anarchisten scheinen diesen den Gedanken nahegelegt zu haben, den Beweis zu führen, daß das alles nicht hilft, daß immer todesmüthige Kompagnons übrig bleiben. Daher wohl die beiden mehr seien, als todesmüthigen Bombenhinterhalter, die sie der Polizei gelegt haben, wenn ich mich so ausdrücken darf. Ganz abgesehen davon, daß man Unglück hatte, — was würden diese Versuche, wenn sie geglückt wären, denn für die anarchische Sache und deren endlichen Sieg beweisen? Es giebt so viel ansteckende Krankheiten, die zumal in einer Großstadt drohen, daß die Gefahr, beispielsweise am Typhus zu sterben, hundert-, ja tausendmal größer ist, als die, von einer Bombe getödtet zu werden. Ich wiederhole es beständig: das wirkliche Gefährliche ist nicht das Bombenattentat an sich, sondern die kindische Furcht vor demselben. Im Augenblick, wo man über derartige Schandthaten so kaltblütig zur Tagesordnung übergehen wird, wie über die nicht gerade seltenen Nord-Anfälle auf den auswärtigen Boulevards, wird die Hauptgefahr beseitigt sein. Die anarchische Propaganda lebt von dem abergläubischen Schrecken, den sie ausstößt. Es kommt hinzu, daß das Publikum, je mehr es sich an diesen Bombenunfall gewöhnt, um so kaltblütiger und — wachamer sein wird. Es ist gar nicht denkbar, daß Anarchisten in öffentlichen Gastzimmern und sonstigen Räumen auf die Dauer ihre Sprenggeschosse anfertigen können, ohne daß es die gewiß gewordenen Nachbarn und Mitthe merken. Man malt sich die Zukunft schwarzer aus, als sie ist.

Ohne die politische Fruktifizierung würde das, was man heut unter Bomben-Attentaten versteht, ein gemeines Verbrechen sein, das nicht mehr Aufsehen machen würde, als andere gemeine Verbrechen.

## Parlamentarisches.

In der Stempelsteuer-Kommission wurde der Theil des Stempelsteuer-Gesetzes, welcher die Besteuerung der Aktien, Renten und Schuldverschreibungen, der Kauf- und sonstigen Anschaffungsgeheimnisse sowie der Lotterieloose betrifft, in zweiter Lesung beendet. Man hat den Regierungsentwurf über die Stempelsteuern in zwei Theile zerlegt und das, was man gewöhnlich als Börsensteuer bezeichnet, mit einigen Abänderungen angenommen. Dieser Gesetzentwurf hatte viele Mitglieder des Reichstages vor eine schwere Aufgabe gestellt. Sie hatten in der Presse, in Volksversammlungen und überall wo sich die Gelegenheit dazu bot, verhandelt; wir wollen der Börse schwere Opfer aufbürden. Das zustimmende Votum zur Militärvorlage hatte man damit zu entschuldigen gesucht, daß die Börse den Löwenanteil zahlen sollte. Es muß kräftiger zugegriffen werden, als die Regierung es vorschlägt, so schaltete es aus den antisemitischen und konservativen Blättern. Man wußte, daß die Börse nicht viel Geld im Saal haben und leicht einige Duzend Millionen zahlen könnten, aber wie das Geld zu erlangen ist, das ist die schwierige Frage, welche auch die nicht gelöst haben, welche selbst noch bei der ersten Lesung im Reichstage damit renomirten, daß die Börse bluten solle. Wie das Geset nun angenommen ist, bleibt es in der Hauptsache nur ein Dekorationsstück in dem Steuerbouquet, aber die anderen Blumen, aus denen das Bouquet gebunden werden sollte, weilen schon. Heute verhandelte zwar der Staatssekretär des Reichsschatzamt, daß die verbündeten Regierungen darauf bestehen, daß alle neuen Steuervorlagen in der Kommission durchberathen werden, aber die wellenden Blumen werden keine Früchte mehr tragen. Die nächste Sitzung der Kommission findet am Montag, den 5. März statt. Bis dahin wird man übersehen können, ob der Reichstag aufgelöst wird oder nicht. Die noch rückständigen Vorlagen, Quittungs- und Frachtbriefstempel, Tabakfabriksteuer und Weinsteuer bieten so viel Gelegenheiten für Abgeordnete, sich zu blamieren und ihre Wiederwahl in Frage zu stellen, daß sie schon aus diesem Grunde die Debatten so lange verzögern, bis man gewiß weiß, daß die Neuwahlen erst nach Jahren stattfinden. Bevor man Sünden begehrt, wollen die Leute wissen, ob das Volk Zeit hat, sie zu vergessen.

**Die Wahlprüfungs-Kommission** beschloß gestern, ohne Debatte, dem Reichstage die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Hoffe (Leipzig-Stadt) zu empfehlen. Gegen die Wahl lag ein von einem einzelnen Wähler angegebener Protest vor, der sich dagegen wendet, daß die Leipzig einverleibten Vororte nach wie vor mit dem Landkreis Leipzig stimmten. Da letzteres den Bestimmungen des Wahlgesetzes entspricht, wurde der Protest für unbegründet erklärt.

In der letzten Sitzung der Petitionskommission wurde über die bekannte Antisemiten-Petition, betreffend staatliche Prüfung der sogenannten „jüdischen Beheimatungsgesetze“ (Talmud, Schulden-Kreuz) verhandelt. Der Referent Abg. Frhr. von Langen wiederholte die im letzten Bericht erwähnten Kraftstellen, die er durch Wiedergabe einiger anderer Uebersetzungen stellen noch zu ergänzen und zu bekräftigen suchte. Sein Votum ging dahin, die Petition dem Reichsanwalt zur Berücksichtigung zu überweisen, d. h. von Reichswegen die gewünschte Prüfung vorzunehmen. Der zur Berathung hinzugezogene Regierungskommissar von Lenthe erklärte, daß das Reichs-Justizamt von der Prüfung und Wirkung solcher Beheimatungsgesetze noch nicht das geringste gespürt habe, und zwar weder auf kriminellen noch privatrechtlichem Gebiet. Nur in einzelnen Ländern pflegt man, wo es sich um Trennung rein jüdischer Ehen handelt, jüdische Kultus-Sachverständige hinzuziehen. Der Regierungskommissar hielt sonach die gewünschte Prüfung für ziels und zwecklos. — Der Korreferent Abg. Vogtherr wies an der Hand reichhaltigen Materials nach, daß bei den etwa 170 Ausgabenden und ca. 2000 Mitarbeitenden des Talmud von einer maßgebenden Uebersetzung niemals die Rede sein könne. Dem vom Referenten angeführten Stellen ließen sich ebenso viele gegenüberstellen, die das Gegentheil jener aussprachen. Auch den Jesuiten würden ähnliche Vorwürfe gemacht, und diese ständen doch auf dem Boden sogen. christlicher Moral! Die amtliche Kriminalstatistik des Deutschen Reichs spräche gerade in bezug auf die Vergehen gegen das Eigenthum zu Gunsten der Juden. Endlich sei die Hauptklage, daß die konfessionell berufenen Vertreter der Juden in einer Erklärung von 218 deutschen Rabbinen einen Ausspruch des Talmuds, wonach das Staatsgesetz gilt, zu dem ihrigen machte. — In der folgenden Debatte wünschte u. A. der freisinnige Abg. Casselmann, die Sache nicht allzu eingehend zu würdigen und namentlich eine Debatte darüber im Reichstag unter allen Umständen zu verhindern. Dem wurde namentlich von sozialdemokratischer Seite mit dem Hinweis widersprochen, daß man eine solche Debatte keineswegs fürchte. Zum Beweis dessen stimmten auch die sozialdemokratischen Abgeordneten für Tagesordnung, deren Annahme eine Berichterstattung und Debatte im Plenum zur Folge gehabt hätte. Die Mehrheit erklärte jedoch die Petition für ungeeignet zur Erörterung im Plenum, wodurch die Petition als erledigt gilt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Sonnabend, den 24. Februar. Opernhaus. Mara. Slavische Brautwerbung. Bajazji. Schauspielhaus. Der Jourfix. Post festum. Lessing-Theater. Madame Sans-Gêne. Deutsches Theater. Der Herr Senator. Berliner Theater. Narcis. Wallner-Theater. Mauerblümchen. Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater. Die Brautjungfer. Residenz-Theater. Der Maskenball. Neues Theater. A Basso porto. Central-Theater. Ein Blitzmädel. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazji. Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant. Alexanderplatz-Theater. Charley's Tante. Vorher: Bajazji. Hierauf: Der Teufel in Berlin. National-Theater. Die Weber. American-Theater. Lumpen - Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin. Theater Unter den Linden. Der Obersteiger. Wintergarten. Spezialitäten - Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten - Vorstellung. Apollo - Theater. Spezialitäten - Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten - Vorstellung.

**National-Theater.**  
Große Frankfurterstraße 132.  
**Sensationelle Novität!**  
**„Die Weber“.**  
Schauspiel in 4 Akten v. Carl Peters.  
Regie: Max Samst.  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. — Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater.**  
**Charley's Tante.**  
Schwan in 3 Akten v. Brandon Thomas.  
Vorher:  
**Die Bajazji.**  
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.  
Musik von Franz Roth.  
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**American-Theater.**  
Friedrichstraße 55.  
Jeden Abend 8 1/2 Uhr:  
**Lumpensusanne**  
oder:  
**Die Obdachlosen von Berlin.**  
Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.  
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“, ein schon geprüftes Mädchen.  
Franziska Häser.  
Die Bombe, Afterspermietherin im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs“; Josephine Delicissour.  
Branwald — mit bewegter Vergangenheit.  
Martin Bendix.  
Täglich: Auftreten des besten Bandredners d. Zeitzeit  
**H. Blank.**  
Ferner u. a.:  
**„Direktor Hippe“**  
von Martin Bendix,  
sowie Hugo Schulz, Alfred Bender.  
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr,  
Sonntags 6 1/2 Uhr.

**Passage-Panopticum.**  
Im Theater - Saal, ohne Extra-Entree:  
**Nord und Süd,**  
Liederpiel von R. Lindeker.  
Aufzutreten sämtl. Spezialitäten.

**Alcazar.**  
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)  
Letztes Gastspiel  
Truppe Hassoni.  
**Die Baby's.**  
**Echt Berliner Blut.**  
Riesen-Programm.  
Entree 15 Pf. Reserviert 30 Pf.  
R. Winkler.

**Central-Theater.**  
Alte Jakobstraße 30.  
Zum 4. Male:  
**Ein Blitzmädel.**  
Posse in 4 Akten von Karl Costa.  
Musik von C. Müllner.  
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Kaufmann's Variété**  
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
Täglich:  
**Spezialitäten - Vorstellung und Konzert**  
von nur Künstlern 1. Ranges.  
Auftreten der Ballet-Gesellschaft **Columbia** (10 Damen), Balletmeisterin Rosa Frioka.  
Auftreten der Elite-Parterre-Akrobaten u. Pantomimentruppe **Hermandez. Ein Liebesabenteuer.** Komische Original-Pantomime. Fräulein Berkany, Koffm.-Soubrette. The Willon's, Dopp.-Jongleure. Geschw. Gläser, Gesang- u. Instrument.-Duettisten.  
G. Cordes, Gesangs-Sumorist.  
Anfang: | Sonntags 6 Uhr.  
| Wochentags 8 Uhr.  
Entree Wochentags 50 Pf.  
A. Zimmermann.

**„Sanssouci“**  
Kottbuserstr. 42.  
Sonntag, den 25. Februar 1894:  
**Stettiner Sänger**  
Anfang 7 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
Großes Uff-Programm.  
Zum Schluss:  
**Auf dem Maskenball.**  
Dienstag: Böhmisches Brauhaus.

**Hur noch kurze Zeit!**  
**Präuscher's anat. Museum.**  
Neu: Kehlkopf-tuberkulose, Kehlkopf-polyp, Brustfellentzündung, Lungenentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwüren, Leber- und Milanchheiten.  
Schnitzkanal durch fünf Körper, Gladiatorenkampf,  
täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für Damen.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
Kommandantenstr. 77-79.  
Kelt. u. größt. Etablissement, Berl.  
Täglich abwechselnd. Programm bei freiem Entree  
der ersten Wiener Damenkapelle  
**„Mikloska“**  
und Auftreten von  
Künstlern u. Spezialitäten  
**I. Ranges.**  
Mr. Kauning, Concertmaler.  
Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Delgenalbe malen, welches nach Schluß der Vorstellung gratis verlost wird.  
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.  
3 Regeldamen. 6 Billards, pro Stunde 60 Pf.  
C. Koch, jr. Cambrinus.  
**Säle für Versammlungen und Festlichkeiten**  
sind noch an verschiedenen Tagen zu haben.

**Circus Renz.**  
(Karlsstraße.)  
Sonnabend, den 24. Februar cr.,  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Auf zur fröhlichen Jagd!**  
Großes Original-Sport-Schauspiel mit Parforce- u. Rasstafelritt vom Direktor Fr. Renz. Glänzender Wagen-Korso. Ballet von 100 Damen. Reute von 40 Hunden. Dressierter Fuchs.  
Außerdem: d. offiz. Fregat Blondel und Monstro-Tableau v. 60 Pfunden, vorgef. v. Dir. Fr. Renz; das Schulpferd Beautiful u. d. Steiger Solon, ger. v. Frau Renz-Stark; d. grossen Tromplinsprünge über 10 Pferde; die Akrobaten auf dem Drahtseil Talva, Espana u. Alvar etc.  
Sonntag: Zwei Vorstellungen: Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei), Komiker-vorstellung; Abends 7 1/2 Uhr: Auf zur fröhlichen Jagd!  
Fr. Renz, Direktor.

Unserm Freund und Kollegen  
**Carl Zunker**  
zu seinem heutigen Wiegenfeste ein  
donnerndes Hoch. 19266  
Carl, laß die Mauerfreese fallen.  
O. E. F. S. A. B.

**Berein z. Regelung d. gewerbl. Verhältnisse der Töpfer und Berufsgenossen Berlins u. Umg.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
470/12

**Otto Illmer**  
am Mittwoch plötzlich verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, Vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Zionkirchhofes in Weissensee aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Am 21. d. Mts. verstarb unser treues Mitglied 19196  
**Johann Berger**  
theutens Andenkens.  
Der Unterstützungs-Verein der Franz Spielhagen'schen Fabrik.

**Danksagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unergötlichen Mannes, des Schmiedes 19176  
**August Lippke,**  
sage ich allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie werthen Kollegen meinen innigsten und tiefgefühltesten Dank.  
Malwine Lippke.

Die Beleidigung gegen meine Schwester, der Frau Martha Böhm, nehme ich hiermit zurück und erkläre dieselbe für eine ehrenwerthe Frau. 19236  
Wittve Helene Wiggert.

**Freireligiöse Gemeinde.**  
Sonntag, Vormittags 10 1/2 Uhr,  
Rosenthalerstraße 38:  
**Vortrag**  
v. Hrn. Waldeck-Manasse:  
„Das Gebet“.  
Gäste sind sehr willkommen. [441/11]

**Castan's Panoptikum.**  
Grossartige Ausstellung  
Viele Novitäten!  
Irrgarten. Illusionen. Märchen-Oyulus.  
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich ein Porzellan-Glas- u. Seifengeschäft eröffnet habe u. bitte um regen Zuspruch.  
Auguste Schneider, Georgenkirchstraße 17.  
Freunden und Genossen empfehle ich meinen tägl. Fleischverkauf von Rind-, Kalb- u. Hammelfleisch zu den billigst. Preisen.  
Frau J. Schulze, 19096 Eisenbahnhalle, Stand 15.

**Fleisch-Halle.**  
Detailverkauf zu Engros- u. Viehhofpreisen: Rindfleisch 50-60 Pf., Kalbfleisch 50-60 Pf., Schweinefleisch 55 bis 60 Pf., Hammelfleisch 45-55 Pf.  
**Holzmarktstraße 19,**  
Ecke Michaelkirch-Brücke.

**37**  
Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für  
**Gold-, Silber-, Alfenidwaren** (Eig. Fabr.)  
goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich  
**H. Gottschalk,**  
Goldarbeiter und Uhrmacher,  
**37 Admiral-Strasse 37**

**37**  
Sofen, Herren- u. Knabenanzüge spottbillig. Sopha-Topplische v. 5 Pf. an, im Ausverf. Pfandleihe, Stalitzerstr. 181.

**37**  
Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Grand, in billigster Preislage, empfiehlt  
**Heinr. Franck, Kohltabak-Handlung,**  
Brunnenstr. 185.  
Formen (Bockfoorn) wieder vorrätig.

**37**  
Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Grand, in billigster Preislage, empfiehlt  
**Heinr. Franck, Kohltabak-Handlung,**  
Brunnenstr. 185.  
Formen (Bockfoorn) wieder vorrätig.

**37**  
Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Grand, in billigster Preislage, empfiehlt  
**Heinr. Franck, Kohltabak-Handlung,**  
Brunnenstr. 185.  
Formen (Bockfoorn) wieder vorrätig.

**37**  
Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Grand, in billigster Preislage, empfiehlt  
**Heinr. Franck, Kohltabak-Handlung,**  
Brunnenstr. 185.  
Formen (Bockfoorn) wieder vorrätig.

**37**  
Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Grand, in billigster Preislage, empfiehlt  
**Heinr. Franck, Kohltabak-Handlung,**  
Brunnenstr. 185.  
Formen (Bockfoorn) wieder vorrätig.

**37**  
Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Grand, in billigster Preislage, empfiehlt  
**Heinr. Franck, Kohltabak-Handlung,**  
Brunnenstr. 185.  
Formen (Bockfoorn) wieder vorrätig.

**Achtung! Große öffentliche Achtung!**  
**Volks-Versammlung**  
Montag, den 26. Februar, Abends 8 Uhr,  
in den Germania-Hälen, Chausseest. 103.  
Tagesordnung:  
1. Berichterstattung des Genossen Dr. Lux über den internationalen sozialistischen Akademiker-Kongress in Genf.  
2. Vortrag des Genossen Dr. Zadek über: „Die Studierenden und der Sozialismus.“  
3. Diskussion.  
Alle aktiven und inaktiven Akademiker sind hierzu ganz besonders eingeladen.  
Der Vertrauensmann Paschowsky ist von der Versammlung unterrichtet.  
Die Parteigenossen werden ersucht, möglichst zahlreich zu erscheinen.  
463/11 Der Einberufer. J. M.: Otto Naetker.

**Hilfs-Arbeiter und Arbeiterinnen**  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 9 1/2 Uhr:  
**Große öffentliche Versammlungen.**  
Für Berlin N. im Wedding-Park, Müllerstr. 176. (Ref.: Reichstags-Abgeordneter Aug. Kühn-Langenbielau.)  
Für Rixdorf, Berlinerstr. 136 bei Kammer. (Ref.: Reichstags-Abgeordneter Busch.)  
Für Charlottenburg, Bismarckstr. 80, „Bismarckshöhe“. (Ref.: Reichstags-Abgeordneter Schulze-Königsberg.)  
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Die Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Industrie, sowie der Gas- und Wasser-Arbeiterinnen und die Gas- und Wasser-Arbeiter sind noch besonders hierzu eingeladen. — Zur Deckung der Unkosten findet Teller-sammlung statt. [161/16] Die Agitationskommission.

**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter**  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 25. Februar cr., Vormittags 10 Uhr,  
im Lokale von Hensel, Zubalidenstr. 1a,  
**Branchen-Versammlung**  
der Eisen- und Metalldreher, sowie Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen-Arbeiter.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Pinn über: „Kulturhistorische Streifzüge“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 458/4

Montag, den 26. Februar cr., Abends 8 1/2 Uhr,  
im „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23:  
**Grosse Bezirksversammlung f. d. Norden.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Bueb. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbands- Angelegenheiten und Verschiedenes. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

**Oeffentl. Versammlung**  
aller in der  
Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen  
aus dem Westen und Südwesten Berlins und Schöneberg  
am Montag, den 26. Februar cr., Abends 8 1/2 Uhr,  
bei Werner, Bülowstraße Nr. 59.  
Tages-Ordnung:  
1. Die wirtschaftliche Lage in der Metallindustrie. Referent: Kollege Rohrlach. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen aller Metallarbeiter und Arbeiterinnen ersucht  
435/7 Der Einberufer.

**Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes**  
für Berlin und Umgegend. (Zentrale Moabit.)  
Sonntag, den 25. Februar, Nachmittags 4 1/2 Uhr,  
bei Hermerschmidt, Berlebergerstr. 28:  
**Grosse Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)  
2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.  
Herren und Damen als Gäste sehr willkommen. Teller-sammlung findet statt. Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.  
460/15 Die Bevollmächtigte.

**Musikinstrumenten-Arbeiter!**  
Montag, den 26. Febr., Abends 8 Uhr, in Hoffmann's Festsaal,  
Oranienstraße 180:  
**Große öffentliche Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission. 2. Bericht unserer Gewerbegerichts-Beisitzer. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.  
Die Kollegen werden ganz besonders auf die Tagesordnung aufmerksam gemacht, da leider die Praxis des Gewerbegerichts speziell zu wenig bekannt ist und die Beisitzer die weitgehendste Aufklärung geben werden. 474/18  
Um zahlreichen Besuch bittet  
Der Einberufer.

**Verband der in Buchbindereien,**  
der Papier- und Leder-galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen, Mitgliedschaft Berlin.  
Sonnabend, den 3. März,  
in den Räumen d. Berl. Ressource, Kommandantenstr. 57:  
**I. (VII.) Stiftungsfest**  
bestehend in Vokal- und Instrumental-Konzert, unter Mitwirkung des „Buchbinder-Männerchors“, sowie des Damen-Komikers Herrn Millardo Stern.  
Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**  
Billets, Damen 25 Pf., Herren (inkl. Tanz) 50 Pf., sind im Arbeits-Nachweis, Annenstr. 16, sowie in nachfolgenden Zahlstellen zu haben:  
Sperling, Oranienplatz, Louisenufer 22; Nordert, Weichstr. 22; Reichert, Friedrichstr. 34; Schälzemann, Ecke Weinmeister- u. Rosenthalerstraße; Hanke, Blumenstr. 88; Slogemann, Eisenbahnstr. 20 und Herschleb, Adalberstr. 4.  
Anfang präzise 8 1/2 Uhr.  
Um regen Besuch bittet [1912b] Der Vorstand.  
NB. Die Zahlstellen sind an diesem Abend geschlossen.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

56. Sitzung vom 23. Februar 1894, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Marschall, Bronsart v. Schellendorf, Schulz.  
In Gemäßheit des schleunigen Antrages Muer wird beschloffen, den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß das gegen den Abg. Schmidt-Frankfurt beim Landgerichte in Frankfurt a. M. wegen Uebertretung schwebende Strafverfahren für die Dauer der Session eingestellt werde.

Darauf geht das Haus zu Wahlprüfungen über.  
Entsprechend den Anträgen der Wahlprüfungs-Kommission werden die Wahlen der Abgg. v. Benda (6. Magdeburg), Gieseler (7. Düsseldorf), Görg (Lübeck), Pichler (3. Niederbayern), Saurma v. d. Zellsch (4. Breslau) beanstandet und die Anstellung der beantragten Erhebungen über Protestbehauptungen beschloffen. Die Wahl des Abg. Guler (3. Münster) wird für gültig erklärt. Die Wahl des Abgeordneten Will (1. Köslin) beantragt die Kommission zu beanstanden und Erhebungen zu veranlassen. Will ist in Stolp in der Stichwahl mit 11083 gegen 11078 Stimmen gewählt worden, welche Wasser-Budischhofhausen (Zf. Vg.) erhalten hat.

Abg. Herber: Eine Reihe von Beschlüssen der Wahlkommission geht nicht weit genug. Es ist notwendig, daß durch ein energisches Vorgehen der Wahlprüfungs-Kommission alle derartigen Wahlen, wo so grobe Uebertretungen des Wahlgesezes vorgekommen sind, für ungültig erklärt werden. Denn nur die Arbeit des wiederholten Wählens kann die konservativen Wahlvorsteher bewegen, auf gesetzlichem Boden zu bleiben. Es sind verschiedene Fälle festgestellt, in denen Herren vom Wahlkomitee den Auftrag gaben, Wähler, die soeben gestimmt hatten, zu misshandeln. Hier muß offenbar auch das Wahlgeheimnis verletzt sein, denn sonst hätte man nicht wissen können, wie der Betreffende gestimmt hatte. Die sozialdemokratischen Agitatoren sind in ihrer Thätigkeit von amtlicher Stelle aus behindert worden, die Befugnis der Wähler, die Wahlhandlung zu kontrollieren, ist beschränkt worden. Es muß endlich einmal dem Gesetz Geltung verschafft werden. Der Wahlvorsteher von Böhm in Gulsow hat Wahlzettel der Wähler, bevor er sie in die Urne legte, entfaltete. Dieser Punkt wurde von der Kommission für unerheblich erachtet, weil die Entfaltung der Zettel sehr wohl zu dem Behufe geschehen sein könne, um zu prüfen, ob etwa ein Doppelzettel überreicht wurde. Dann ist das ganze Wahlgeheimnis illusorisch. Ueber diesen Punkt des Protestes beantrage ich weitere Erhebungen anzustellen.

Abg. v. Dollenker (nl.) erklärt sich namens seiner politischen Freunde mit den Anträgen Herber und Ricker einverstanden.

Abg. Wech (fr. Sp.) beantragt Erhebungen über folgenden Punkt des Protestes, welchen die Kommission für nicht ausreichend substantiiert hielt. Der Wahlvorsteher Rittmeister von Wittlach hat den Wähler Schuhmachermeister August Weddel an die Brust gefaßt und nahm den Zettel von Weddel ab, befah ihn und hat den p. Weddel handgreiflich genöthigt für den konservativen Will zu stimmen, andernfalls keine Stimme abzugeben.

Das Haus nimmt den Kommissionsantrag nebst den Anträgen Herber, Ricker und Wech an.

Abg. Ricker (fr. Sp.) beantragt, daß noch über Punkt 1 Protest-Erhebungen angestellt werden, monach der Gutbefehiger Duschhorn aus Nymow in seiner Eigenschaft als Wahlvorsteher die Wahl verweigert, die abgegebenen Stimmen vernichtet und eine Nachwahl veranstaltet hat. Ferner beantragt Ricker, Erhebungen zu Punkt 12 des Wahlprotesses, monach in Lupow der Forstassessor Wolschke die ihm unterstellten Arbeiter moralisch nöthigte, so zu wählen, wie er wählte und ihnen für die Folgenhaftigkeit ein Waldstößt versprach.

Die Wahl des Abg. Haake (Frankfurt-Lebus) wird für gültig erklärt, zugleich aber beschloffen, Beweiserhebung über verschiedene Protestbehauptungen zu veranlassen.

In bezug auf die Wahl des Abg. Grafen Herbert Bismarck (3. Magdeburg) wird die Beanstandung und die Erhebung des Wahrheitsbeweises über verschiedene Protestbehauptungen beantragt.

Abg. Muer (Soz.): In dem Wahlprotess wird die Behauptung aufgestellt, daß entgegen der Bestimmung des Wahlgesezes, daß die Wahlzettel mit seinem Kennzeichen versehen sein dürfen, Tausende von Stimmzetteln, welche auf den Namen des Grafen Herbert Bismarck lauteten, abgegeben sind, die ein Wasserzeichen trugen. Zum Beweise waren Stimmzettel beigelegt, welche über die ganze Breite ein Wasserzeichen hatten. Bei deren Untersuchung hat sich ergeben, daß auch Zettel dabei waren, welche kein Wasserzeichen hatten; es waren also zwei verschiedene Sorten abgegeben. Nach einem mir zugegangenen Privat Schreiben, welchem ebenfalls Stimmzettel mit Wasserzeichen beigelegt waren, soll die große Mehrzahl der in dem Wahlbezirk Burg abgegebenen Zettel auf diese Weise gezeichnet gewesen sein.

Bereits in der Kommission verlangte die Minorität die Einforderung der in Burg abgegebenen Zettel. Auch heute halte ich dies für notwendig und stelle den Antrag: Der Reichstag wolle beschließen, daß die in dem Wahlbezirk Burg abgegebenen Stimmzettel eingefordert werden.

Der Antrag wird angenommen, desgleichen der Antrag der Kommission.

Die Wahlen der Abgg. Baron Schlapowski (6. Posen) und Casselmann (2. Weimar) werden ohne Diskussion beanstandet. Die Wahl des Abg. Rothbart-Triangel (Selle-Burgdorf-Gishorn) soll nach dem Kommissionsantrage für gültig erklärt werden. Rothbart hat in der Stichwahl mit 12026 Stimmen über den Weifen v. d. Becken, der 11918 Stimmen erhielt, gestimmt. Nach den Ermittlungen der Kommission würde die Mehrheit von 107 Stimmen für Rothbart sich durch die als erheblich erachteten Protestbehauptungen nur auf 72 vermindern.

Abg. v. Hohenberg (Welfe) beantragt die Wahl zu beanstanden und über mehrere Protestnummern Beweiserhebung zu veranlassen.

Abg. Singer (Soz.): Nach Protestpunkt 2 sind im Wahlbezirk Neimar desselben Kreises der Wahlvorsteher und dessen Stellvertreter am Wahltag zur Weichte gegangen, und ist infolgedessen während zwei Stunden Niemand vom Wahlvorstande im Wahllokale gewesen. Bewährtheit sich diese Behauptung, so muß zweifellos die Wahl für ungültig erklärt werden. Ich beantrage, die Erhebungen auf diesen Beschwerdepunkt auszuüben.

Abg. Ricker beantragt eine Ermittlung über eine weitere Unregelmäßigkeit.

Dem Antrage v. Marquardsen, die Prüfung dieser Wahl in die Kommission zurückzuweisen, widerspricht der Vorsitzende der Wahlprüfungs-Kommission, Abg. Spahn.

Unter Ablehnung dieses Antrages wird entsprechend dem durch die Unteranträge erweiterten Antrag von Hohenberg beschloffen.

Darauf wird die Statberathung fortgesetzt und zunächst der Spezialetat des Rechnungshofs ohne Debatte bewilligt.

Zum Etat des allgemeinen Pensionsfonds liegt folgender Antrag des Abg. v. Schöning vor:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß denjenigen Offizieren, Sanitätsoffizieren, Beamten und Mannschaften des Reichsheeres und der Marine, welche infolge einer im Kriege 1870/71 erlittenen Verwundung oder sonstigen Dienstbeschädigung behindert waren, an den weiteren Unternehmungen des Feldzugs theil zu nehmen, und dadurch der Anrechnung eines zweiten Kriegsjahres bei der Pensionierung verlustig gegangen sind, der betreffende Pensionsausfall erstattet werde.

Nachdem Abg. v. Schöning (nl.) den vorstehenden Antrag kurz beantwortet hat, erhält das Wort

Abg. Webel (Soz.): Der Reichstag hat alle Ursache, sich einmal danach zu erkundigen, wie die gewaltige Steigerung des Pensionsfonds möglich ist. Es ist ja ein offenes Geheimniß, daß eine Ursache hierfür darin zu suchen ist, daß eine große Zahl durchaus brauchbarer Offiziere mit Pension verabschiedet und daß die Praxis geübt wird, daß Offiziere, die auf dem Abschiedetat stehen, kurz vor ihrer Verabschiedung in eine höhere Stellung rücken, um mit dem entsprechend höheren Pensionsjahre in den Ruhestand zu treten. Das letzte Militärwochenblatt vom 21. Februar hat unter den dort verabschiedeten Offiziere, verschiedene angeführt, die alle nur eine vergleichsweise kurze Zeit in der höheren Stelle waren. Ich begnüge mich die Chargen zu bezeichnen. Da ist ein Oberst à la suite des 1. Dragoner-Regiments, der erst 1/2 Jahr in dieser Stelle sich befindet; ferner der Oberst des Infanterie-Regiments Nr. 50, der erst seit dem 25. März 1893 diese Stelle inne hat, ebenso der Oberst des Infanterie-Regiments Nr. 114, der seit dem 17. Juli 1893 diese Stellung hat; u. a. m. Aus diesen Umständen erklärt sich auch das riesenhafte Anwachsen des Pensionsfonds. Weiter ist es aber auch ein offenes Geheimniß, daß massenhafte Pensionierungen vorgenommen werden, um ein schnelleres Avancement zu erzielen. Eine ganze Anzahl von pensionirten Offizieren wird im Falle des Ausbruches eines Krieges aufgefordert, wieder in die Armee einzutreten und kann dieser Aufforderung auch thätlich Folge leisten. Mit diesem System der Pensionierungen muß also eingehalten werden! Leider hat der Reichstag keinen Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse, er kann nur dem Etat zustimmen oder ihn ablehnen.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf weist darauf hin, daß das Anwachsen der Ausgaben des Fonds in der Hauptsache durch die seit 1889 erfolgten Heeresvermehrungen verursacht ist; die Steigerung von 1884 bis 1889 ist deshalb nicht so stark wie die von 1889 bis 1893. Die Zahl der Pensionierungen sei sich in den letzten Jahren ziemlich gleich geblieben. Die kommandirenden Generale hätten ein Durchschnittsalter von 60-61, die Divisionskommandeure von 55-56 Jahre; diese Altersgrade seien keine zu jungen, wenn man bedenke, was von diesen Generalen im Kriege verlangt werde. Hiernach müsse behauptet werden, daß die Pensionierung der Offiziere in der Armee nach bewährten und praktischen Grundätzen erfolge. Die Pensionierung erfolge aus den aller verschiedensten Gründen; auch nehme eine große Zahl höherer Offiziere in der Erkenntniß, daß sie den schweren Aufgaben nicht mehr gewachsen sind, freiwillig den Abschied. Daraus erkläre sich auch, daß die Fälle nicht selten seien, in welchen Inhaber einer Charge sich pensioniren ließen, nachdem sie erst ein ganzes oder gar nur ein halbes Jahr oder noch kürzere Zeit diese Charge bekleidet hätten. Von einer gewaltsamen Verjüngung der Armee sei keine Rede.

Abg. Diesch (nl.) wiederholt die früheren Klagen über schwere Benachtheiligung gewisser Militärpensionäre durch die Pensionsgesetz-Novellen; die schlimmste Ungleichheit bestehe nach wie vor darin, daß den in den Staatsdienst eingetretenen ihre Pension gekürzt, den in den Kommunaldienst eingetretenen aber voll belassen wird. Zur Befreiung dieser absolut der Abhilfe bedürftigen Ungleichheiten werde sehr zu überlegen sein, ob in der That, wie die verbündeten Regierungen verlangen, 67 Millionen schon jetzt dem Invalidenfonds entnommen werden sollen.

Abg. Webel (Soz.): Ich habe ausdrücklich erklärt, daß der Reichstag kein Mittel hat, um in diese Verhältnisse einzugreifen, aber er hat das Recht Uebelsände zur Sprache zu bringen. Ich bin keineswegs durch die Ausführungen des Kriegsministers eines Besseren belehrt. Ich glaube vielmehr, daß Heeresvermehrungen in der Art, wie sie stattgefunden haben, die Pensionierungen zu verhalten geeignet sind, weil die Nachfrage nach Offizieren wächst und daher sich auch die Nothwendigkeit ergibt, alle brauchbaren Männer bei der Armee zu halten. Aber gerade das Gegentheil tritt ein. Je größer die Heeresvermehrungen sind, desto höher steigt der Pensionsfonds. Daß der Pensionsfonds im Grunde in den letzten Jahren nicht stärker gestiegen sei als 1884-1889, möchte ich entschieden bestritten. In den Jahren 1884-89 ist der Pensionsfonds von 20 1/2 auf 28 500 000 M. gestiegen, aber in dem einen Jahre 1889/90 bis 1890/91 ist eine Steigerung von rund 6 Millionen auf 34 700 000 M. eingetreten. Von da ab pflegt der Pensionsfonds jedes Jahr um 2 1/2, 2 3/4 Millionen zu steigen und steigt für den vorliegenden Etat um rund 3 1/2 Millionen, auf 48 1/2 Millionen. Tagesgen betragen die Pensionen für die Zivilbeamten des Reichs nur 3 200 000 M. Daß man den Offizier nöthigen solle, trotz seiner abnehmenden Kräfte weiter zu dienen, davon habe ich gar nicht gesprochen. Bei Männern im vorgeschrittenen Alter von 65 Jahren muß selbstverständlich ein höherer Prozentsatz pensionirt werden. Aber gerade das Jahr 1889/90 hat nach dieser Richtung ganz bedeutende Veränderungen gebracht. Vorher betrug das Durchschnittsalter für kommandirende Generale 65 Jahre, nachher 61 Jahre. Ich habe den Eindruck bekommen, als wenn in der Armee ein ganz bestimmtes Pensionierungssystem besteht derart, daß wenn ein Offizier ein bestimmtes Alter erreicht hat und keine Möglichkeit hat, zu avanciren, er alsdann in irgend einer Form pensionirt wird. Daraus erklären sich die verschiedenen Altersgrenzen innerhalb der einzelnen Chargen. Die Divisionskommandeure könnten annähernd das gleiche Alter haben wie die kommandirenden Generale, aber es besteht zwischen diesen beiden Chargen ein Altersunterschied von 6 Jahren. Hauptächlich dagegen habe ich mich gewandt, daß eine ungewöhnlich große Anzahl von Offizieren in bestem Mannesalter pensionirt wird und zwar notorisch gegen ihren Willen. Der Kriegsminister behauptet das Gegentheil. Aber kann denn überhaupt ein Offizier freiwillig den Dienst verlassen? Der Form nach mag der Abschied wohl ein freiwilliger sein, aber es wird dabei ein moralischer Druck ausgeübt. Gewisse blaue Briefe sollen eine große Bedeutung für das Pensionssystem haben. Jeder, der im politischen Leben steht, weiß, daß besonders hier in Berlin ein großer Theil von Offizieren im besten Alter in den Ruhestand versetzt wird und dann in irgend einen bürgerlichen oder amtlichen Beruf eintritt. Der Kriegsminister kann im Alter von 30 Jahren die brauchbarsten Offiziere zu Regimentskommandeuren haben, aber er wird sie nicht nehmen. Sie müssen erst die vorgeschriebenen Karrierestufen durchgemacht haben. Sobald ein Offizier bei einer frei werdenden Stelle seiner Anciennität nach glaubt berücksichtigt werden zu müssen, aber nicht berücksichtigt wird, so ist das wieder ein Zeichen, daß er für überflüssig erachtet wird und seinen Abschied einreichen soll. Auch wird der ablige Offizier gegen den bürgerlichen begünstigt. Mir wird mitgetheilt, daß in einem Falle bei Befehung einer Kommandeur-

stelle ein adliger Offizier acht bürgerlichen vorgezogen wurde, die wahrscheinlich auch dadurch veranlaßt sein dürften, um ihren Abschied einzukommen. Unter solchen Umständen braucht man sich über des Steigen des Pensionsfonds nicht zu wundern.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: Ich weiß nicht, aus welchen Quellen der Herr Redner diese Nachrichten hat; ich weiß von diesen Dingen nichts. Die „blauen Briefe“, welche die Pensionierung bringen, werden stets mit großer Freude entgegengenommen. Ob adelig oder bürgerlich ist bei der Beförderung ganz ohne Bedeutung; nur das Verdienst entscheidet. Ein Zwang bei der Pensionierung wird nicht ausgeübt.

General-Lieutenant v. Spiz: Es ist ganz selbstverständlich, daß mit jeder Heeresvermehrung der Pensionsetat anschwellen muß und zwar progressiv, nachdem die Pensionshöhe selbst erhöht worden sind und eine große Menge von außerordentlichen Pensionierungen zur Folge gehabt haben. Ein mit dem Titel der nächst höheren Charge pensionirter Offizier bezieht nur die Pension der niederen Charge. Was im Offizierkorps der Armee im Frieden durch Dienstbeschädigungen und innere Krankheiten abgängig wird, unterläßt nicht bloß Herr Webel.

Abg. Webel: Daß mit der Vermehrung der Armee der Pensionsfonds steigen muß, ist naturnothwendig und von mir nicht bestritten. Meine Beschwerde richtet sich gegen die unerbildlich große Zahl von Pensionierungen aus Anlaß einer Heeresvermehrung und gegen die zahlreichen Verabschiedungen ganz tüchtiger Offiziere gegen ihren Willen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: In der Stetigkeit der Erhaltung der Altersgrenze bei den einzelnen Chargen sehe ich nicht den Beweis für ein mechanisches Vorgehen, sondern den Beweis für ein bewährtes, von richtigen Grundätzen geleitetes Verfahren. Nach unserer Auffassung sind die von Herrn Webel als brauchbar bezeichneten Offiziere für den Kriegsdienst eben nicht mehr brauchbar; was Verwandte oder Freunde über den Gesundheitszustand des Betreffenden denken, ist für die Armee gleichgültig.

Die Resolution v. Schöning wird angenommen, der Etat des allgemeinen Pensionsfonds bewilligt, ebenso der Etat des Reichs-Justizamts.

Beim Etat der Reichs-Justizverwaltung, Kapitel Reichs-Justizamt, führt

Abg. v. Salisch (nl.) unter großer Unruhe des Hauses Klage über die Schwerfälligkeit und Langsamkeit des Dienstes auf den Standesämtern und verlangt eine anderweitige Fassung der bezüglich der Ausführungsbestimmungen des Bundesraths zum Zivilstandsgesez.

Abg. Sasse (nl.) tritt als Stabsbeamter auf grund seiner persönlichen Erfahrungen diesen Beschwerden bei. Die jetzige Handhabung des Standesamts-Gesezes müsse zu einer Minderung des kirchlichen Sinnes unserer christlichen Bevölkerung führen.

Staatssekretär Nieberding: Die gegenwärtige Einrichtung der Standesregister hat sich im ganzen bewährt.

Auf Anfrage des Abg. Wagem (3.) giebt Staatssekretär Nieberding Auskunft über den Stand der Arbeiten zum bürgerlichen Gesezbuch. Eine Steigerung des Interesses sei für deren Fortgang sehr förderlich, zumal er den Eindruck habe, daß der hohen Stimmung in den ersten Jahren nach Errichtung des Deutschen Reiches auf diesem Gebiet ein Rückschlag gefolgt sei. Die Vorarbeiten würden in nicht zu langer Zeit zum Abschluß kommen. Die ersten beiden Theile seien vollständig abgeschlossen, das Sachrecht unterliege noch einer redaktionellen Revision, welche sich leider etwas verzögert habe, aber in den nächsten Wochen ihren Abschluß finden werde und dann dem großen Publikum wie die anderen Theile durch den Druck zugänglich gemacht werden könne. Die Hauptkommission sei inzwischen in die Bearbeitung des Familienrechts eingetreten und nähme erquicklichen Fortgang, sobald dieses wichtige Kapitel im Laufe des Frühsummers zum Abschluß kommen werde.

Das Erbrecht, der letzte Theil, werde nach seiner Annahme im Laufe des nächsten Winters durchgearbeitet und im Laufe des nächsten Frühjahrs fertig gestellt werden. Der Sommer werde auf die Erledigung noch rückständiger Kapitel aus früheren Theilen verwendet werden. Unter diesen Umständen werde es gelingen, auch das Einführungs-gesez im Laufe des Herbstes des nächsten Jahres zum Abschluß zu bringen und das ganze Werk hoffentlich am Schlusse des nächsten Spätherbstes vollendet vorliegen. Die verbündeten Regierungen erwägen bereits Maßnahmen zur möglichen Beschleunigung der weiteren Stadien der Berathung im Bundesrath und Reichstage. Den einzelnen Regierungen hat der Reichskanzler vorgeschlagen, bereits jetzt die fertig gestellten Theile des Werkes in Berathung zu nehmen und die weiteren zu der Zeit, wo sie aus der Kommission hervorgehen werden; die Zusammenstellung der bezüglichen Arbeiten würde dann zusammen mit den Beschlüssen der Kommissionsarbeiten dem Bundesrath übermittleit werden können. Die Arbeit werde ein Produkt mehr als 20jähriger Thätigkeit zweier Kommissionen der berühmtesten Juristen Deutschlands sein; der Bundesrath werde also wohl davon Abstand nehmen, nochmals seinerseits eine Kommission einzusetzen. Der Bundesrath würde also schon im nächsten Jahre Stellung zu dem Entwurf nehmen können. Gehe diese Annahme in Erfüllung, dann werde der Reichstag in verhältnismäßig kurzer Zeit der Aufgabe sich gegenübersehen, Stellung zu dem Werke zu nehmen. Sollte dann der Reichstag denselben Weg einschlagen wie der Bundesrath, so werde auch das deutsche Volk nicht zu lange mehr auf den Erlaß des bürgerlichen Gesezbuches zu warten haben.

Abg. Schröder (fr. Sp.): Diese Erklärungen lauten ja gewiß hoffnungsvoll, aber auch Herr Wosse hat als Staatssekretär vor 2 Jahren hier ähnliche Aussichten eröffnet, denen die Verwirklichung versagt geblieben ist. Das Rechtsleben der Nation drängt zu Neugealtungen und verlangt dieselben. So wird neuerdings eine reichsgesetzliche Regelung des Heimstättenwesens verlangt, und der gesetzgeberische Eifer der Juristen im Centrum wird ja durch die große Zahl ihrer Gesetzentwürfe bewiesen. Viele dieser Anträge kollidiren direkt mit dem bürgerlichen Gesezbuch, wie die Regelung des Retentionsrechtes, die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker, die Abzahlungs-geschäfte, das Agrarrecht.

Staatssekretär Nieberding: Ich verfolge den Fortgang der Arbeiten sehr vorsichtig und habe keineswegs zu optimistisch geschätzt. Wichtig ist, daß Herr Wosse die Beendigung der Arbeiten für 1893 in Aussicht gestellt hat, ich gebe auch zu, daß im Laufe der letzten Jahre die Arbeit der Kommission nicht so schnell vorwärts gegangen ist, aber der Entwurf ist dadurch in so verdienstvoller Weise umgestaltet worden, daß davon auch eine Beschleunigung der Arbeiten des Bundesraths und des Reichstages zu erwarten ist.

Abg. v. Mantuffel (nl.): Am 1. Oktober 1897 werden die Berathungen der Kommission sicher abgeschlossen sein.

Abg. v. Cunn (nl.) nimmt die Kommission gegen die von dem Abg. Schröder erhobenen Vorwürfe in Schutz.

Abg. Spahn (3.) tritt ebenfalls dem Abg. Schröder entgegen, soweit dieser sich auf die Juristen aus dem Centrum bezogen hat.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Bei den Ausgaben für das „Reichsgericht“ bemängelt

Abg. Schröder die gegenwärtige innere Entwicklung des selben. Ein Kollegium von 80-90 Richtern sei eine Anomalie, eine anderweitige Organisation eine Nothwendigkeit.

Abg. von Gillingen (Rp.) beantragte die geforderte Vermehrung des Personals des Reichsgerichts um drei Räte à 12 000 Mark und beantragte die Abhebung der Mehrforderung.

Staatssekretär Nieberding und Abg. von Buchta (Dk.) befürworteten die unverzügliche Bewilligung, welche auch gegen wenige Stimmen beschloffen wird.

Der Rest des Etats der Reichs-Justizverwaltung wird ohne Diskussion genehmigt.

Beim Etat des Reichs-Eisenbahnamts erklärt

Abg. Hammacher (nl.), aus Rücksicht auf die Geschäftslage keine weitläufige Taxidebatte herbeizuführen, sondern sich auf eine Art Verwahrung gegen die bisherige Ausführung des Artikels 45 der Reichsverfassung zu beschränken. In Preußen und Baden gehe man mit gesetzlichen Änderungen der Tarifvorschriften um; während die Aussicht über diese Materie ausdrücklich dem Reich zustehe, mangle es an der erforderlichen Reichsgesetzgebung zur Geltendmachung dieses Rechts.

Der Etat des Reichs-Eisenbahnamts wird bewilligt. Der Etat der Reichs-Eisenbahnverwaltung wird auf Antrag der Abg. Hammacher und Lingenz an die Budgetkommission verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Ausschüßiger Handelsvertrag.)

**Abgeordnetenhaus.**

21. Sitzung vom 23. Februar. Vormittags 11 Uhr. Am Ministertisch: von Verlepsch.

Das Haus setzt die zweite Verathung des Staatshaushalts-Etats für 1894/95 fort und zwar beim Etat des Herrenhauses und Abgeordnetenhauses, welche ohne Debatte erledigt werden.

Es folgt der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung. Bei den Einnahmen und zwar der Porzellan-Manufaktur weist der Berichterstatter Graf Limburg-Stirum darauf hin, daß die Porzellan-Manufaktur einen erheblichen, wenn auch einen geringeren Zuschuß als im vorigen Jahre erfordert.

Abg. Buchta (Z.): Wenn die Porzellanmanufaktur Ueberlässe erzielen würde, so würde sie ihren Verfall überleben; sie soll künstlerische Ziele verfolgen und der übrigen Industrie ein Vorbild geben. Aber die Ueberlässe dürfen auch nicht zu hoch werden. Die Kosten werden hauptsächlich deshalb so hoch, weil große unverkäufliche Stücke hergestellt werden, die nicht einmal den Nutzen haben, daß sie der übrigen Porzellanindustrie als Muster dienen können und welche leichter veräußert sind.

Abg. Krawinkel (nl.) wünscht eine bessere Durchführung der Porzellanmanufaktur.

Minister v. Verlepsch: Ein solches Kunstinstitut wie die Königlich-porzellanmanufaktur läßt sich nicht verwirklichen wie ein kaufmännisches Geschäft. Wir könnten auch Ueberlässe heranzuwirtschaften, aber dadurch würde der Charakter des Instituts vollständig verändert werden. Wozu sollte aber der preussische Staat, um Geld zu verdienen, eine Porzellanmanufaktur einrichten? Das könnte er der Privatindustrie überlassen. Die großen Ueberlässe sind in bescheidenem Umfange hergestellt worden, zum Theil zum Verkauf, zum Theil aber auch für Ausstellungen, wie das auch von privater Seite geschieht. Solche Ausgaben werden im Interesse des Geschäfts gemacht. An den Remunerationen bitte ich jetzt keinen Antheil zu machen.

Abg. v. Heereman (Z.) wünscht, daß der künstlerische Charakter der Porzellanmanufaktur anrecht erhalten werde.

Abg. v. Heidebrand (Z.): Das wünschen wir auch, aber wir wünschen auch, daß bei der schlechten Finanzlage die möglichste Sparsamkeit geübt wird.

Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrath Lüders: Der Zuschuß hat sich relativ vermindert, statt erhöht; denn er beträgt nicht mehr einen so hohen Betrag der Einnahmen wie früher.

Nach weiterer Debatte werden die Einnahmen und Ausgaben für die Porzellanmanufaktur bewilligt.

Es folgen die Einnahmen des Instituts für Glas-malerei. Hierzu liegt eine Petition der Herren Dr. Oidmann und Genossen in Einrich und Düsseldorf vor, die Ausgaben nicht mehr zu bewilligen.

Die Budgetkommission beantragt, die Petition durch die Beschlußfassung für erledigt zu erklären.

Nach wenig belangreicher Debatte werden die Einnahmen und Ausgaben des Instituts für Glasmalerei bewilligt.

Bei den Ausgaben für das Ministerium und zwar beim Ministergehalt weist

Abg. v. Schendendorff (nl.) darauf hin, daß weite Kreise des Volkes beunruhigt darüber sind, daß die Fortbildungsschulen leiden sollen durch eine vollständige Beseitigung des Sonntagunterrichts oder doch eine Einschränkung desselben. Es habe sich schon als notwendig erwiesen, einige Ueberstunden in der Woche zur Dispo zu nehmen. Aber die eigentliche Zeit des Fortbildungsunterrichts sei doch der Sonntag Vormittag, zumal für diese Zeit allein die nöthigen Lehrkräfte zur Verfügung stehen, die in Tagessunden der Wochentage nicht zu haben sind. Es wird so viel schon geklagt darüber, daß die jungen Leute sich dem Knienleben immer mehr und mehr ergeben. Das wird noch mehr der Fall sein, wenn der Fortbildungsunterricht gestört wird, der doch für die Erziehung des Mittelstandes ein allgemein bekanntes Hülfsmittel ist. Man habe vorgeschlagen, einen besonderen Gottesdienst für die Fortbildungsschüler einzurichten oder für den Fortbildungsunterricht die Arbeitszeit eines Wochentags, vielleicht des Sonnabends, zu verlegen. Jedner spricht die Hoffnung aus, daß die betreffenden Instanzen die Interessen des Unterrichts wahrnehmen würden. Das auch für das religiöse Bedürfnis gesorgt werde, wolle auch er. Es müßten bei dieser Frage alle Faktoren des öffentlichen Lebens zusammenwirken.

Abg. Weumer (nl.): Der Minister hat eine Untersuchung darüber angeordnet, weshalb die Zahl der jugendlichen Arbeiter in so erschreckender Weise abgenommen hat. Das liegt daran, daß die Bestimmungen über die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter so kompliziert sind, daß man zur Erleichterung des Betriebes jugendliche Arbeiter überhaupt nicht mehr annimmt. An der Beschäftigung solcher Arbeiter haben die Industriellen nur ein minimales Interesse. Die Eltern haben aber ein Interesse daran, daß die Kinder gleich nach der Entlassung aus der Schule Arbeit finden und nicht auf der Straße verlottern. Der Lohn der jugendlichen Arbeiter kommt meist der Familie zu gute, die sich diesen ercentlichen Zuschuß entbehren muß. Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ist auch notwendig, um einen tüchtigen leistungsfähigen Arbeiterstamm heranzuziehen. Für diesen Zweck sollten auch für den gewerblichen Unterricht größere Summen bewilligt werden; eine Sparsamkeit auf diesem Gebiete gerichtet zum Verderben und führt nachher zur Verschwendung, weil später größere Summen aufgegeben werden müssen, um das Versäumte nachzuholen. Namentlich sollte für die Handwerkschulen etwas mehr geschehen. Die Städte haben zwar einen Vortheil von solchen Schulen, sie zahlen auch Zuschüsse, aber ebenso wenig wie man von einer Universitätsstadt einen Zuschuß für die Universität verlangt, sollte man für solche Schulen einen städtischen Zuschuß verlangen, zumal unser Etat ja noch 10 Millionen für einen Dom übrig hatte.

Abg. von Cunnaten (Z.) weist darauf hin, daß die große Spinnerei und Weberei von Giesing und Ronze in Wachen im vorigen Jahre während des Betriebes niederbrannte, nachdem sie 1886 bereits einmal niedergebrannt war, wobei 17 Menschen das Leben verloren, während es jetzt nur 4 waren. Es waren keine genügenden Schutzvorrichtungen vorhanden, die doch beim Neubau

hätten vorgesehen werden können. Man könnte doch Galerien mit Treppen außerhalb des Hauses anlegen!

Geheimer Regierungsrath Reubaus: Anordnungen sind von dem Minister durch Rundschreiben von 1874 und aus den achtziger Jahren getroffen worden. Es hat neben dem Kadener Brande ein solcher in Montjoie stattgefunden. Beide Fabriken haben den Bauvorschriften entsprochen, aber die Verarbeitungsmethode hat sich geändert; sie ist feuergefährlicher geworden. Neuere Bestimmungen verlangen die Anlage der Werkräume im Erdgeschoss und zwar so, daß sie nicht mehr mit Arbeiterräumen und mit Treppen in Verbindung stehen. Auch die Treppenhäuser sollen getrennt von den Werkräumen bleiben, durch feuerfest gedeckte Galerien mit ihnen verbunden. Fenster, die zur Rettung geöffnet werden können, müssen kenntlich bezeichnet sein. Die Decken sollen feuerfest sein u. s. w. Diese Grundzüge sind an sämtliche Regierungspräsidenten mitgetheilt worden zur Nachachtung und zur Kritik. Bei der schnell fortschreitenden Entwicklung der Industrie ist es nicht möglich, Vorschriften zu treffen, die auch nur für absehbare Zeiten immer zutreffend sind.

Abg. Horn (nl.) bittet den Minister, die Auswüchse der Konventionen zu beseitigen, die sogar bei staatlichen Ausschreibungen begünstigt werden.

Minister von Verlepsch: Für die Fortbildungsschulen liegt allerdings eine Gefahr vor; es ist und nicht überall gelungen, durch Einrichtung eines besonderen Gottesdienstes die Arbeit der Fortbildungsschulen zu sichern und zwar den Theil, der der wichtigste ist und der nicht zu anderer Zeit als am Sonntag erteilt werden kann, nämlich der Zeichenunterricht. (Hört! links.) Nach dieser Richtung hin muß das Gesehrichtig gestellt werden. Der Zeichenunterricht braucht nicht bloß Tageslicht, sondern auch eine ausgeruhte Hand. (Sehr richtig! links.) Abends kann der Unterricht nach langer Tagesarbeit nicht gedeihlich erteilt werden. Es muß die Möglichkeit gefunden werden, am Sonntag einige Stunden hinter einander den Zeichenunterricht zu erteilen. Ein Zeichenunterricht in der Woche ist nicht möglich; denn Abends kann er nicht stattfinden und Vormittags würde der Betrieb dadurch untraglich gestört werden. Es handelt sich ja nicht bloß um Beurlinge, sondern namentlich auch um die Gesellen und Meister, die immer mehr Antheil nehmen an diesem Zeichenunterricht. Ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß durch Vereinbarung mit den kirchlichen Behörden das nicht erreicht werden kann. Es ist in einzelnen Bezirken eine Vereinbarung erreicht worden, namentlich in katholischen Bezirken. In evangelischen Kreisen müßte ein besonderer Gottesdienst hergestellt werden. Nicht gelungen ist die Vereinbarung in den größten Städten. Es wird vielleicht dadurch eine Vereinbarung erzielt werden, daß die Schüler unter Führung ihrer Lehrer einen besonders eingerichteten Gottesdienst besuchen. Dadurch würde das kirchliche Interesse mehr gefördert als dadurch, daß man nur die Stunden des Hauptgottesdienstes freiläßt. Zunächst würde es sich darum handeln, eine Verlängerung der Ueberstunden herbeizuführen, und wenn in dieser Frist eine Vereinbarung nicht zu Stande kommt, müßte zu einer Änderung des Gesehrichtig geschritten werden. In bezug auf die jugendlichen Arbeiter liegt ein Mißstand vor. Große Werke können über die Pausen für die jugendlichen Arbeiter nicht die vorgeschriebenen Listen führen. Es herrscht aber in den großen Betrieben auch die Neigung vor, sich die Vorschriften der Gewerbe-Ordnung möglichst leicht zu machen. Es haben aber Untersuchungen schon stattgefunden und es wird eine Veränderung der Vorschriften entsprechend den Bedürfnissen des Betriebes versucht werden. Das wir für die gewerblichen Fachschulen nicht mehr einstellen können, liegt an der Finanzlage; wir müßten schon zufrieden sein, daß wir das Durchschnittsgehalt der Lehrer an den Fachschulen haben erhöhen können. Die Konsumvereine und Konsumanstalten haben ja manche Schädigungen des Mittelstandes zur Folge. Aber die Verwaltung ist nicht bemüht gewesen, Alles zu vermeiden, was nach einer geselligen und sohin wie gearteten Begünstigung der Konsumanstalten aussieht. Von Staatswegen sind solchen Anstalten, so viel ich weiß, keine Aufträge erteilt worden. Aber so weit kann man nicht gehen, die Freiheit des Einzelnen zu beschränken, daß er sich nicht mehr mit Freunden und Bekannten zusammenthun darf zur billigen Beschaffung von Bedarfsartikeln.

Abg. Gerold (Z.) empfiehlt beim Kassensyndikat die Konsumanten nicht zu benachteiligen; der Landwirtschaftsgesellschaft seien bessere Bedingungen gewährt als z. B. dem westfälischen Bauernverein. Er bittet, in Zukunft den Landwirtschaftskammern eine Einwirkung zuzuwenden.

Minister v. Verlepsch: Die Sache gehört eigentlich zum Bergetat; ich bin nicht orientirt, denn die Verträge werden vom Syndikat in Stuttgart abgeschlossen.

Abg. Truer (Z.): In den vereinigten Berliner Kreis-synoden haben nicht bloß die Positiven, sondern auch die Liberalen sich gegen den Fortbildungsunterricht am Sonntag erklärt. Der Minister will nur den Zeichenunterricht am Sonntag stattfinden lassen. Dazu reicht die Zeit von 8 bis 10 Uhr Vormittags aus; allerdings könnte der Unterricht nur im Sommer stattfinden. Einen besonderen Gottesdienst für die Fortbildungsschulen einzuführen, widerspricht dem evangelischen Geiste, der für jedermann die Möglichkeit zum Besuche des Hauptgottesdienstes verlangt, der seit alten Zeiten um 10 Uhr beginnt.

Abg. v. Jedlich (nl.): Nach dem Vorschlage des Vorredners würde der Zeichenunterricht nur im Sommer erteilt werden können; der obligatorische Wochentagsunterricht ist zur Zeit unvereinbar. Deshalb sollten die kirchlichen Instanzen durch Dinkaufhebung des Hauptgottesdienstes entgegenkommen. Jedner bittet den Minister, für den gewerblichen Unterricht finanziell besser zu sorgen.

Nach einer Debatte über die Abwässer empfiehlt

Abg. Engel (nl.) eine Einschränkung der Konsumvereine.

Abg. Schall (Z.) protestirt gegen die Vorwürfe, daß die evangelische Kirche sich dem Fortbildungsunterricht stark entgegen-gestellt hätte. Die Forderung, in Berlin den Hauptgottesdienst dieses Unterrichts wegen zu verlegen, ist ein unberechtigter Eingriff in die Selbständigkeit der evangelischen Kirche, die durchaus nicht dem Fortbildungsunterricht hindernd entgegenzutreten will; doch fürchtet sie die Vertretung in der Kirche. Ein besonderer Gottesdienst für Fortbildungsschüler wäre kein geeigneter Ausweg. Die Zeit von 1/8 bis 1/10 Uhr Vormittags im Sommer, von 1/2 bis 3/4 Uhr im Winter wäre durchaus geeignet zum Zeichenunterricht.

Abg. Schmidt-Steglich (Z.) hält es für zweckmäßig, den Zeichenunterricht an jedem zweiten Sonntag stattfinden zu lassen, allen anderen Fortbildungsunterricht aber an den Abenden der Wochentage. Man könne dem kleinen Handwerker nicht zumuthen, seinen Lehrlingen einen halben Wochentag freizulassen für den Fortbildungsunterricht. Jedner empfiehlt eine bessere Berücksichtigung der Baugewerkschulen. Jedner empfiehlt besonders die Einrichtung neuer Baugewerkschulen und sonstiger gewerblicher Schulen in den Provinzen, die sie noch nicht haben. Denn an akademisch gebildeten Personen ist ein Ueberfluß vorhanden, während es an technisch gebildeten Männen fehlt, deren Heranziehung doch der Staat, wenn wir uns wirklich zu einem Industriestaate entwickeln, sich anlegen lassen muß.

Abg. Stöpel (Z.) erklärt sich gegen eine Beeinträchtigung der kirchlichen Interessen durch den Fortbildungsunterricht.

Abg. Dittreich (Z.): Die Beurlinge werden, namentlich in den kleinen Städten noch zu Hausarbeiten angehalten, so daß sich wohl auch in der Woche einige Stunden für den Zeichenunterricht finden lassen.

Abg. Laugerhaus (fränk. Volksp.): Nicht bloß der Zeichen-, sondern auch der Modelunterricht muß am Sonntag bei Tageslicht stattfinden; das hat der Minister auch anerkannt. Die evangelische Kirche hat ihren Hauptgottesdienst nicht immer um 10 Uhr be-

gonnen; er fing früher um 9 Uhr an; er fängt auch jetzt um 10, 10 1/2 oder 11 Uhr an. Die Stadt Berlin wollte den besonderen Gottesdienst für die Fortbildungsschüler selbst bezahlen, aber die kirchlichen Behörden verhielten sich abhaltend.

Abg. Krawinkel (nl.): Die Vorschriften über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter seien von jungen Beamten ausgearbeitet, die bei ihrem häufigen Wechsel im Amte nicht allen Fortschritten der industriellen Entwicklung folgen können. Man sollte in solchen Dingen lieber die Mitwirkung der Berufsgenossenschaften suchen.

Nach längerer Debatte werden die Beschlüsse des Ministerrats genehmigt.

Um 4 1/2 Uhr wird die weitere Verathung bis Sonnabend 11 Uhr vertagt. Außerdem Etat der Bauverwaltung.

**Parteinachrichten.**

**Au sämtliche deutsche Arbeiter-Vereine!**

Die Genossen allerorts werden nochmals ersucht, an die Adresse des Unterzeichneten Angaben über Namen und Lokal-adresse ihrer politischen und anderen Vereine, soweit sie Bildungszwecke verfolgen, einzusenden. Es liegt im Interesse der Organisationen selbst, mir diesen Wunsch zu erfüllen.

Mit Parteigrüß

Dr. Franz Diederich,

Dortmund, Burgholzstraße Nr. 51.

Alle Arbeiterblätter werden um sofortigen Abdruck gebeten.

**Parteiangelegenheiten.** Der Sozialdemokratische Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis veröffentlicht seinen Jahresabrechnung von 1893. Nach derselben sind im Juli des Jahresbestandes von 1892 20 872,24 M. im verfloßenen Jahre eingenommen und 18 536,02 M. ausgegeben worden. Der Vertrieb des „Wahren Jacob“, den der Verein selbst in die Hand genommen, brachte circa 1500 M. Ueberfluß. Daß die Genossen ihrer Aufgabe, die sie auf dem Lande zu erfüllen bemüht waren, geht daraus hervor, daß sie 4099 M. für Land-agitation ausgegeben. Im Ganzen zeugt die Abrechnung von einer regen Thätigkeit der Genossen des Kreises.

**Die diesjährige Landeskongress der Sozialdemokratie Sachsens** wird am dritten Pfingstfesttag (15. Mai) in Leipzig zusammentreten.

**Aus Meerane (Sachsen)** wird uns geschrieben: In der Bekämpfung der Arbeiter wird in Sachsen — das ist längst bekannt — einer Unglaublichen geleistet. Vor allem scheint sich der hiesige Bürgermeister Dr. Gebeling ganz besonders hervorzutun zu wollen. Nachdem die Versammlung vom 1. Februar, in welcher Fr. Wabnitz-Berlin sprechen sollte, verboten war, wurde für den 19. Februar eine neue angemeldet, in welcher Frau Greifenberg-Berlin zu referiren beabsichtigte. Auch diese versiel dem bürgermeisterlichen Verbot. Der Gubenrufer erhielt folgendes Schreiben:

Die von Ihnen für nächsten Montag Abends 8 1/2 Uhr im großen Saale von „Härtel's Hotel“ anberaumte öffentliche Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung wird hiermit verboten, da die Referent nicht bekannt und bis zum Montag die Möglichkeit nicht mehr vorhanden ist, über die Person derselben Erkundigung einzuziehen.

Meerane, den 17. Februar 1894.

Der Stadtrath:

Dr. Gebeling.

Frau Greifenberg, welche sich persönlich zu dem Herrn Bürgermeister begab, bekam dort zu erfahren, daß der Herr Bürgermeister die Absicht habe, in Meerane niemals eine Frau, überhaupt keine auswärtigen Redner (Z) sprechen zu lassen. Es gäbe in Meerane Redner genug und er wolle nicht, daß die Arbeiterchaft von Auswärtigen aufgehet werde. Die hiesigen Textilarbeiter lebten in ganz zufriedenen (?) Verhältnissen. In der weiteren Unterredung erklärte er, daß wenn wieder eine Versammlung stattfinden sollte, diese ihm 14 Tage zuvor anzumelden wäre, damit er in der Lage sei, sich die Listen über die Person, die sprechen werde, einfordern zu können. — Nach Allem, was man jetzt von Sachsen hört, scheint man dort mit Rücksichten zu den politischen Praktiken zurückkehren zu wollen, wie sie unter dem Schandgesetz an der Tagesordnung waren. Haben die sächsischen Behörden in jener Zeit noch immer nicht genug gelernt? Haben sie nicht die Erfahrung machen müssen, daß eine Kulturbewegung sich durch den Polizeinapp nicht aufhalten läßt? Und was die Zufriedenheit der Textilarbeiter anlangt, so dürfte wohl der Herr Bürgermeister mit dieser Ansicht allein dastehen.

**Zur Petition der 42.** Etwas nachträglich zwar, aber jedenfalls noch nicht zu spät — so schreibt unser Dresdener Parteiblatt — können wir unseren Lesern noch mittheilen, wie sich Gemeindevorstände des Plauen'schen Grundes gegenüber Interpellationen wegen der Zweihundertziger Petition verhalten haben. Der Gemeindevorstand Kubelt in Deuben, der Hauptmacher der Petition, erklärte, daß er zwar nicht verpflichtet sei, amtlich Auskunft zu geben, daß er aber nach Schluß der Gemeindevorstellung sich privatim äußern wolle auf die Interpellation. Er stellte sich dann auf den Standpunkt, daß alles, was in der Petition behauptet worden, wahr sei, und daß es berechtigt sei, wenn die Petenten mehr Polizei verlangen. Dieser Herr ist der erste und einzige der Interpellirten, der es gewagt hat, die in der Petition aufgestellten Behauptungen den Angegriffenen gegenüber voll aufrecht zu erhalten. Irigendwelche thatsächlichen Beweise hat er nicht erbracht.

Der Gemeindevorstand Simmang in Pöschappel hat jede Antwort verweigert, hat also auch nicht zu behaupten gewagt, daß in seiner Gemeinde Zustände herrschen, die sein Vorgehen rechtfertigten.

Der Gemeindevorstand Gebauer in Coschütz, dessen Namen ebenfalls unter der Petition zu finden ist, erklärte, daß er seinen Namen nicht selbst darunter geschrieben habe; wie er zu der Verathung in den „Drei Raben“ gekommen sei, da wäre man auf ihn eingestürzt, er solle unterschreiben; er hätte erst gar nicht gewußt, um was es sich handle, schließlich habe er gesagt: „Na, da schmiert meinen Namen o mit drunter!“

Zu diesem für die Veranlasser der Petition doch sehr ärgerlichen Resultat kommt nun noch der früher schon erwähnte Umstand hinzu, daß die Vorstände der mitten im Plauen'schen Grundes gelegenen Gemeinden Döhlen und Niederpöschappel die Petition nicht unterschrieben haben. Sie konnten es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren, solche Dinge öffentlich zu behaupten, von denen sie absolut nichts wußten.

Fügen wir nun noch hinzu, daß auch der Vorstand der Gemeinde Rodwitz interpellirt worden ist und erklärt hat, daß die in der Petition geschilderten Zustände nicht alle beständen, aber daß sie doch eintreten „könnten“, so glauben wir, dürfte wohl schwerlich noch ein unbefangener Urtheilender sich finden, der diesen Räubergeschichten auch nur den geringsten Glauben entgegenbringt.

**Unabhängiger Epistel-Anarchismus.** In der letzten Nummer des hier erscheinenden Organs der Herrrn Berner und Genossen, dessen Inhalt wir sonst nicht zu berücksichtigen pflegen, findet sich folgendes interessante „Eingekandt“ aus Zürich:

In bezug auf die Enthaltungen Brandt's betrefis der Thätigkeit der politischen Polizei sehe ich mich veranlaßt, da auch meine Person dabei in Frage kommt, nachfolgendes zu erklären. Ich besand mich in den Monaten März und April vorigen Jahres in Gelsenkirchen. Ganz natürlich hatte ich Verkehr mit den dortigen Genossen. Das Benehmen einzelner erweckte aber ein

ehr starkes Misstrauen in mir, so daß mir der Verdacht kam, sie ständen in polizeilichen Diensten. Der Verdacht wurde mir zur Gewissheit, als mir einer die Riste Dynamit anbot. Auch sagte er mir, daß er ein Dynamitfabrikant zu bewegen und wollte er sogar Pferd und Wagen besorgen, sowie das Geld zum Verschicken des Dynamits nach Berlin, Frankfurt a. M. und Leipzig. Besonders aber schienen ihm Berliner Adressen angelegen zu sein. Um dem Treiben dieses Menschen ein Ende zu machen, da ich bei der Sorglosigkeit der dortigen Genossen das Schlimmste befürchten konnte, verabredete ich mit einem Freunde, ihn zu entlarven. Ich forderte zu diesem Zwecke die mir angebotene Riste Dynamit von ihm. Er sagte zu, wollte jedoch dabei sein, wenn ich die Riste auf der Bahn aufgebe. Ich machte nun mit meinem Freunde aus, daß wir nach dem Agent provocateur Namens Schall in Uedendorf bei Gelsenkirchen gehen wollten, um die mir angebotene Riste zu holen. Damit wir nicht Beide in Gefahr liefen, ging nur mein Freund nach seiner Wohnung, während ich bewaffnet das Treiben zu beobachten hatte. Er drängte nun darauf, als mein Freund bei ihm erschien, derselbe sollte doch gleich Adressen schreiben. Um kein Misstrauen zu erwecken, schrieb mein Freund eine fingierte Adresse. Er und mein Freund räumten die Riste darauf in eine größere und umgaben sie mit Stroh. Mein Freund bog sich nun mit diesem Schurken mit der Riste zum Bahnhofe Watten-scheid, um von dort nach Bochum zu fahren. Ich beobachtete das ganze Treiben, und zu gleicher Zeit, als die beiden mit der Riste in den Zug stiegen, stieg ich in ein anderes Koupee. In Bochum angelangt, wollte er gleich mit der Riste zur Güterannahme und bot ein Zwangsamtsschiff an, im Falle mein Freund nicht das nötige Geld haben sollte. Dies war jedoch nicht nach unserem Plane, und wies mein Freund darauf hin, daß ja doch der Einbruch noch ausgeführt werden konnte und es besser wäre, wenn alles mit einem Male abgeschickt würde. Um sich nicht verdächtig zu machen, erklärte er sich mit dem Vorschlage meines Freundes einverstanden und gaben sie dann die Riste auf dem Gepäcks-Kuldenbahnwagen ab. Ich wartete indessen in der Retraite des Bahnhofes, um mit meinem Freunde das Pläbère zu besprechen, gemäß unserem Plane. Ich nahm den Gepäckschein von meinem Freunde in Empfang, und während mein Freund den pp. Schall in Uebut nahm und ihn wieder bis nach Hause begleitete, nahm ich die Riste und fuhr nach einer anderen Station, um mich von dem Inhalte der Riste zu überzeugen. Wie ich nicht anders erwartet hatte, fand ich in der Riste nicht Dynamit, sondern Behm und Heu. Am anderen Tage sollte der Einbruch auf Jeché „Delene“ bei Alteneffen ausgeführt werden, den Schall uns empfohlen hatte und wozu er Pferd und Wagen besorgen wollte. Nach näheren Erkundigungen war in dem Schnypen, welchen Schall ausgeben hatte zum Einbruch, kein Sprengstoff vorhanden. Wir machten uns unentwinedlich, um weitere Wahrnehmungen zu machen, und begaben uns wieder getrennt nach Gelsenkirchen. Auf dem Bahnhofe in Gelsenkirchen sah ich mit dem pp. Schall und mit einem gewissen Paudter, welcher in der Bergarbeiter-Bewegung immer eine Rolle spielte und sich als guten Genossen ausgab, an einem Tische, ohne daß sie mich wieder erkannten. Sie unterhielten sich angelegentlich über die oben bezeichnete Ristenaffäre. Dadurch wurde mir zur Gewissheit, daß auch der pp. Paudter um diese Sache wußte, resp. daß er nicht mit dem Schall in Verbindung stand. Paudter ist noch oft mit dem entlarvten Schall, sowie mit verschiedenen Politisten gesehen worden.

Auch warne ich die Genossen allerorts vor einem gewissen „Sichelschmidt“. Derselbe will in Belgien mehrere Jahre Zuchthaus abgemacht haben. Er besetzt sich als Sozialdemokrat und steht in polizeilichen Diensten; er hält sich zur Zeit in Rheinland und Westfalen auf. Beweise gegen „Sichelschmidt“ bin ich auf Wunsch bereit mitzutheilen.

### G. Häusler, Fürth.

Wir haben dem nun hinzuzusetzen, daß der obengenannte Paudter (im Eingefangene irrtümlich Paudter geschrieben) anlässlich des letzten Streiks in Untersuchungshaft genommen, jedoch freigesprochen wurde.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Genosse Wehler, Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, hat am 22. d. M. eine dreimonatliche Gefängnisstrafe angetreten. Er wird nun Zeit haben, über seine Sünden nachzudenken, durch die er die „Göttin der Gerechtigkeit“ beleidigt hat.

Zu einem Monat Gefängnis wurde der Genosse Rudolf als ehemaliger verantwortlicher Redakteur des in Dresden erscheinenden „Volkfreund“ von der dortigen Strafkammer verurteilt, weil er den Stadtgemeinderath von Berggießhübel sowohl, als auch den Freiherrn von Zriesen-Weifen beleidigt haben sollte. Die Beleidigung wurde darin gefunden, daß der Beschluß des Gemeinderaths, einer Fahnenweihung zum Kriegervereinszuge zu stützen einem anderen Beschluß, die Steuerverpflichtungen zu lassen, gegenüber gestellt und einer scharfen Kritik unterzogen worden war. Als strafschärfend wurde in der Urtheilsbegründung hervor-gehoben, daß Rudolf während seiner „unheilvollen“ Thätigkeit als Redakteur schon fünf Mal bestraft worden sei.

Eine Versammlung in Kiel wurde von dem überwachenden Beamten aufgelöst, nachdem bereits das Bureau gewählt war und der Referent Genosse Legien sich eben anschickte, seinen Vortrag zu beginnen. Grund: das Lokal entspreche nicht den polizeilichen Anforderungen. Diese Erklärung rief allgemeine Entrüstung hervor, da den Meisten bekannt war, daß früher gegnerische Versammlungen ruhig hatten stattfinden können.

In Dresden wurde eine Versammlung, die am Dienstag stattfinden sollte, polizeilich verboten, weil das Referat: „Die internationale Anarchistenbewegung und die Maßnahmen der Regierungen“ eine dringende Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit in sich birge. Oub! Wenn nun die Dresdener Epische das Gesehene noch nicht lernen, dann wissen auch wir kein Mittel mehr.

### Lokales.

Arbeiter-Bildungsschule. Am Sonntag Vormittag fällt der Unterricht in der Nationalökonomie wegen Verhinderung des Lehrers aus.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. Zum Direktor des städtischen Waisenhauses ist an Stelle des in den Ruhestand tretenden Waisenhaus-Direktors Wilski, der Rektor der 175. Gemeindefschule, Sahnle, gewählt worden.

Dem von der Stadtverordneten-Versammlung am letzten Donnerstag gefassten Beschlusse entsprechend, hat das Magistrats-Kollegium beschlossen, von der freihändigen Begebung der Be-seitigung des auf der städtischen Müll-Abfallestelle III. angesammelten Mülls an den Unternehmer Kauf Abstand zu nehmen und ein Ausschreiben für diesen Zweck zu erlassen. Die Frist zur Abgabe der Gebote ist zum Dienstag, den 6. März ange-setzt.

Nach einem Beschlusse des Magistrats sollen in Zukunft die von der Parl.-Deputation aufgestellten Projekte für die Her-stellung von Schwimmanlagen auf öffentlichen Plätzen etc. vor ihrer Befreiung der Bau-Deputation zur Begutachtung vorgelegt werden.

Das Magistrats-Kollegium hat beschlossen, die neueren Erlasse des Oberpräsidenten wegen der Neuorganisation der Gemeindebehörden über den Einverleibungsplan der hiesigen bestehenden gemischten Kommission zur Beratung zu überweisen, zugleich aber auch den Minister des Innern um eine kommissarische Beratung der Angelegenheit zu bitten.

Die städtische Bau-Deputation hat der Neuen Berliner

Städtischen Eisenbahn-Gesellschaft im Anschluß an die im ver-gangenen Jahre bereits genehmigte Linie Weihensee-Brühlauer-Chaussee-Danzigerstraße-Weidenburgerstraße-Schönhauser Thor die Genehmigung zum Bau und Betrieb einer Zweiglinie von der Prenzlauer Allee, Ecke Danzigerstraße durch die Prenzlauer-straße bis zum Alexanderplatz erteilt.

Von dem Plan einer Erweiterung des Berliner Stadtbahnbetriebes weiß eine hiesige Korrespondenz zu be-richten. Danach soll der Stadtbahnbetrieb im Westen ausgedehnt werden bis nach Spandau, Potsdam, im Osten nach Erkner, und in dem Bereiche der Stadtringbahn-Stationen soll der Drei-Minuten-verkehr eingeführt werden. Ferner soll durch die Umgestaltung des Bahnverkehrs der Reichshauptstadt eine Erweiterung des Vorort-verkehrs durch Einlegung neuer Züge stattfinden, ebenso wird der Fernverkehr eine erhebliche Vergrößerung erfahren. Vor allem werden auf den Fernstrecken eine Vermehrung der Schnellzüge, sowie eine Erhöhung der Fahr-geschwindigkeit der Personenzüge vorgenommen werden, während die gegenwärtige Fahrgewindigkeit der Kurier- und Schnellzüge als Maximalgeschwindigkeit einbehalten werden soll.

Alles schöne Dinge, die aber bei dem fog. Geist, der heute die Eisenbahnbehörden erfüllt, vorläufig wohl in die Rubrik der Wunschschlösser einzureihen sind.

Die Gemeindefürsorge des Zwischenmeister-Systems trat in der abendlichen Weise in einer Affäre zu Tage, die sich vor kurzem in der Böhmischen Gewerfabrik zu Martinidenfelde abspielte hat. Seit 24 Jahren wirt dort der Zwischenmeister B., seinem Herrn und auch sich selber zum Nutzen. Seinem Herrn suchte er das Gut, das dieser schon besaß, dadurch zu vermehren, daß er die ihm unterstellten Arbeiter nach Kräften antrieb und aus ihnen herausprezte, was das Zeug nur halten wollte. Und sich selber erwarb er Geld und Gut, bestehend in einem Häuschen und einem Gärtchen daneben durch gefälschte Lohnlisten, die er führte. Durch ein recht ge-schicktes Manöver wußte Meister B. es einzurichten, daß er sich 3. B. für einen Arbeiter, dem er nur 35 Pf. Stundenlohn zahlte, auf dem Komtoir der Fabrik 50 Pf. auszahlen ließ, bei den 50 Arbeitern, die Herr B. unter seiner Fuchtel hatte, machte dies im Laufe der Woche ein recht hübsches Sämmchen aus, von dem sich bei genügendem braven Gang zur Sparsamkeit schon ein beträchtlicher Theil auf die hohe Kante legen ließ.

Leider wurde dies langjährige Idyll eines Tages durch eine Unterredung zerstört, die ein Arbeiter zufällig mit einem Komptoir-beamten pflog. Am Freitag nach der Entdeckung der B.'schen Spitzbühlerien wurde auf seine Lohnliste Befehl gegeben und eine Stunde später war B. entlassen.

Soweit wir unterrichten sind, traf die Entlassung den wohl-situirten Meister B. nicht allzu hart. In dem hübschen Häuschen, mit dem seine klugen Geschäftspraktiken gesegnet sind, ruht er sich von seinen Lasten aus und blüht stillvergärt auf die schöne Zeit zurück, die ihm so herrliche goldene Früchte getragen hat. Er hat sich — wohl aus Unkenntniß der Sachlage — bis jetzt noch kein Staatsanwalt seiner angenommen.

Die Direktion der Löwen'schen Gewerfabrik aber fragen wir, ob es denn wirklich nicht möglich ist, Einrichtungen zu treffen, die dem Arbeiter wenigstens den fargen Verdienst sichern, der ihm von oben herab bestimmt worden ist. Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht giebt, ist ein Muthund, sagt Jesus Strach, und eine große Fabrik kann unseres Erachtens ganz gut aus-kommen, ohne daß sie ihren Meistern durch ungenügende Beauf-sichtigung Gelegenheit giebt, sich zu Bluthunden auszubilden.

Deutsche Gasglühlicht-Aktiengesellschaft. Die am 15. September 1893 stattgehabte ordentliche Generalversammlung der Gesellschaft hatte beschlossen, einen Abschluß für das erste, am 31. Dezember 1893 ablaufende Halbjahr des zweiten Geschäftsjahres aufzustellen zu lassen. Dieser Einnahme-Abschluß wurde in einer kürzlich stattgehabten Aufsichtsraths-Sitzung vor-gelegt und ergiebt bei einem Aktienkapital von 1 465 000 M. noch Abzug aller Unkosten etc., aber ohne Berücksichtigung von Abschreibungen, Zantemen etc., einen Ueberschuß von 1 080 844,45 M. inkl. des Gewinn-Vortrages. Hierbei wurde hervorgehoben, daß dieses Resultat in den Monaten Juli bis Dezember, also in der naturgemäß günstigeren Hälfte des Geschäftsjahres, erzielt worden ist.

So lautet eine harmlose Notiz im Handelsbeilieg der „Börsen-Courier“. In einem halben Jahre hat diese Gesellschaft einen Ueberschuß erzielt, der sich auf etwa 150 pCt. des Aktienkapitals be-läuft. Und trotz des Riesengewinnes ist diese Gesellschaft außer Stande, ihren Arbeitern einen Lohn zu gewähren, der zum Leben ausreicht; trotz des Riesengewinnes müssen die Arbeiter in Ver-sammlungen gegen die niedrige Befoldung, sowie gegen die hohen Strafzusage lauten Protest erheben, ein Protest, der auch in die Ohren der Direktion gellt und dessen Folge natürlich die prompte Maßregelung der verdächtigen Elemente unter den Ar-beitern ist.

Mit überzeugender Klarheit lehrt gerade das Geschäfts-gebahren der Gasglühlicht-Gesellschaft, daß das moderne Unter-nehmerthum auch unter den denkbar günstigsten Bedingungen nichts von einer merklichen Steigerung der Lage seiner Arbeiter wissen will.

Mit überzeugender Klarheit lehrt gerade das Geschäfts-gebahren der Gasglühlicht-Gesellschaft, daß das moderne Unter-nehmerthum auch unter den denkbar günstigsten Bedingungen nichts von einer merklichen Steigerung der Lage seiner Arbeiter wissen will.

Das Uebel in der Wäschungsfrage wird jetzt in weit größerem Maße in Anspruch genommen, als bisher. Kurz nach 4 Uhr Nachmittags kann man in dessen Nachbarschaft Gruppen von Obdachlosen bemerken, die auf den Platz zum Antreten harren, obgleich der Einlaß erst um 6 Uhr erfolgt. Viele müssen von den Schulanten als überzählig zurückgewiesen werden und schleichen mit betrübten Gesichtern davon, nicht wissend, wo sie die Nacht zubringen sollen. Das Städtische Obdach-anstalt, ist ein gefährliches Unternehmen, denn nach und nach beginnt man dort „anzuwandern“, d. h. strenger als bisher die bereits Verwahrten nach dem Alexanderplatz behufs Aburtheilung zu befördern; den meisten der Obdachlosen ist bereits vor Wochen ausgegeben worden, sich innerhalb fünf Tagen Arbeit und Unter-kommen zu verschaffen (H), den wenigsten solches aber gelungen. Gerade jetzt sind diese am schlimmsten daran, auf der einen Seite winkt ihnen mit dem beginnenden Frühjahr Aussicht auf Arbeit, auf der anderen längere Haftstrafe wegen „Arbeitscheu“ ober das Arbeitshaus.

Arbeiterfreunden. Der „Berl. Lokalanzeiger“ bringt folgende Notiz: Seit 60-jähriges Jubiläum feiert heute der in Berlin N. wohlbelannte Webergeselle Heinrich Rich. Leider ist der fast 70-jährige Mann trotz seines Fleißes arm geblieben.

Es ist hübsch, daß das Blatt seiner bekannten Arbeiter-freundlichkeit sich theilnehmenden Ausdruck verleiht, nur vort das „Leider“ nicht, vielmehr müßte es heißen: „Selbstver-ständlich“. Oder kann die Redaktion des „Lokalanzeigers“ einen Arbeiter aufweisen, der durch seiner Hände Arbeit reich geworden ist? Oder will das Blatt sich selbst gar als Muster aufstellen, welches sich in nur 10-jähriger „unpar-teilicher“ Thätigkeit reich ge-arbeitet hat?

Uebrigens hat sich Herr Rich gar nicht so sehr zu beklagen, erlebt er sein 70. Jahr, so fällt auch ihm der Segen der sozial-politischen Reform in Gestalt einer Rente von täglich 88 1/2 Pf. in den Schooß und dann ist er aller Sorgen um's tägliche Brot ledig.

Da müßte einfach die Hundspitze in Anwendung kommen, das ist der lebhafteste Wunsch des „Führers“, nachdem derselbe in seiner letzten Nummer des Bangen und Breiten ge-

jammert hat, daß die während des Kutscherstreiks für die Fahr-herren so segensvolle Thätigkeit eines gewissen Wilhelm Bangner seitens der Kutscher nicht anerkannt wird. Im Gegentheil waren die am Streik Theilnehmenden so bereit, demselben „Urkunden-fälschung“ vorzuwerfen, weil der Genannte mit noch vier Kollegen den frischgebackenen Postkutschern ihre Fahrtüchtigkeit attestirt hat. — So sehr streng wird wohl die Prüfung der Streikbrecher auch nicht ausgefallen sein; denn die Hauptsache war doch schleuniger Ersatz der streikenden Kutscher. Welche Achtung als Menschen aber das Unternehmertum dem um seine Existenz kämpfenden Proletariat zollt, das könnte wohl kaum deutlicher illustriert werden, als durch die Worte: „Die Hundspitze in die Hände zur Anwendung kommen!“

Zu dem Mord in der Cuvrystraße wird weiter berichtet, daß Mutter und Kind auch bis heut Morgen noch nicht auf-zufinden gewesen sind. Frau Rahm muß übrigens schon im vorigen Sommer geistesgeheert gewesen sein, denn sie verließ schon damals mit ihren beiden jüngsten Kindern die Wohnung, um sie umzubringen, kehrte aber wieder heim mit der Keußerung, daß sie ihr Vorhaben nicht habe ausführen können. Uebrigens dürfte Frau Rahm kaum schon am gefrigen Morgen die That geplant gehabt haben. Noch um 8 Uhr hat sie sich über den Verkauf des Hauses Cuvrystr. 48 in unauffälliger Weise unterhalten, dann die Wohnung geäubert und in Ordnung gebracht und schließlich das Mittagessen bereitet. Der Wahninn muß daher plötzlich in heftiger Form zum Ausbruch gekommen sein. Sämtliche polizeilichen Dienststellen Berlins sind schon gestern Nachmittag auf die Verschwindende aufmerksam gemacht worden. Frau Rahm ist klein, hat dunkelblondes Haar, das sie glatt am Kopfe trägt, war ohne Kopfbedeckung und trug ein graues Umschlagetuch. Frieda Rahm hat große braune Augen, eine breitgedrückte Nase, an der sich vorn eine kleine Vertiefung befindet, und dunkelblondes Haar.

Ein wegen Mordversuchs verfolgter 17-jähriger Schuh-macher, Namens Berthold aus Sprowtau, ist am Donnerstag auf dem Potsdamer Bahnhof festgenommen worden. Er wird be-zichtigt, seinem Meister in Sprowtau wegen schlechter Behandlung eine Revolverkugel durch den Hals gejagt zu haben.

Ein zweites Opfer scheint das plötzlich wieder ziemlich scharf aufgetretene Frostwetter gefordert zu haben. Im 58. Polizeirevier, dessen Bezirk am Wedding liegt, wurde heute früh ein unbekannter Mann in hilflosem Zustande noch lebend aufgefunden und der Charitee eingeliefert. Hier ist er bald darauf gestorben. Vorläufig wird Tod durch Erfrieren angenommen.

Ein Heberziehdieb war sehr unvorsichtig, als er in dem Bestal der Baptisten-Gemeinde in der Gubenerstraße einen neuen Heberzieher mit seinem alten vertauschte. Er hatte zugleich mit dem Kleidungsstück eine Postkarte mit seiner genauen Adresse und eine Arznei mit seinem Namen zurückgelassen, wodurch seine Ermittlung und Festnahme herbeigeführt werden konnte.

An den Genossen, welche die Ferienkolonne betret, haben sich 200 Berliner Wehrmänner und Reservisten, welche vom hiesigen Amtsgericht gesucht worden, den Wagen überladen. Sie werden beschuldigt, ausgewandert zu sein, ohne von ihrer vorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben und sollen sich nun wegen dieses Verbrochens am 10. Mai in Moabit verantworten. Einziger Militärstaat Preußen, welche Liebe müssen doch deine Söhne zu dir hegen!

Als Rechtsbeistand stellte sich der Ehefrau des in Unter-suchungshaft befindlichen Handelsmannes J. in Schönberg am 21. d. M. ein Fremder vor, der Beamter der Staatsanwaltschaft sein wollte und mittheilte, daß er mit der Aufnahme eines Protokolls zwecks Richtigkeit einer Zeitungsnote betraut sei, auch in der Strafsache gegen den Ehegatten mitzuwirken habe. Er glaube, daß die Strafe milde ausfallen werde, wenn Frau J. es sich etwas kosten ließe. Für seine Bemühung forderte und erhielt er eine Mark. Der Schwindler wurde später festgenommen und als der wegen Betruges schon mehrfach bestrafte Barbier Jakobsohn erkannt.

Polizeibericht. Am 22. d. M. erschloß sich ein Maurer in seiner am Plan-Ufer belegenen Schlafstube. — Nachmittags fand der Arbeiter Rahm in seiner Wohnung Cuvrystr. 48 den neun-jährigen Sohn erdrosselt vor. Der Knabe ist anscheinend von seiner Mutter getödtet worden. Diese hat sich mit ihrer fünf-jährigen Tochter entfernt und ist bisher nicht zurückgekehrt. In einem zurückgelassenen Zettel hat die Frau die Absicht ausge-sprochen, auch dieses Kind zu ermorden und sich selbst das Leben zu nehmen. — Vor dem Hause Oranienaustr. 4 fiel ein Mann plötzlich zur Erde und blieb bewußtlos liegen, so daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. — Im Laufe des Tages fanden fünf kleine Brände statt.

### Gerichts-Beilage.

Wegen „Anreizung zu Gewaltthätigkeiten“ wurde am Freitag der Anarchist Paul Pawlowitsch zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt. Die inkriminirten Aeußerungen soll Pawlowitsch am 1. Februar in einer bei Suggenbagen abge-haltenen Versammlung gethan haben.

Auch eine Beleidigung. Als der Arbeiter Franz Thiemermann eines Tages durch die Frankfurter Allee ging, bemerkte er eine Gruppe von Personen, welche ein weinendes Kind umstund. Er trat näher und sah, daß das Kind zu Falle gekommen war und sich dabei die Fußbäder an einem Glas-scherben geschnitten hatte. Während die umstehenden Personen Worte der Theilnahme äußerten, aber sonst unthätig blieben, sah Thiemermann sofort, daß Gefahr im Verzuge war. Er hob das Kind auf und erklärte, es zur Sanitätswache bringen zu wollen. Der Sergeant Röhre, der ebenfalls so lange unthätig dabei gestanden, äußerte nun die Worte: „So schlimm ist es ja nicht.“ Dies brachte Thiemermann derraufen in Harnisch, daß er dem Sergeanten die Worte zurief: „Sie Oebe! Sehen Sie denn nicht, daß das Kind sich verbliuten kann?“ Er trug das Kind dann zur Sanitätswache, wo ihm ein Nothverband angelegt wurde. Als er das Samariterwerk beendet hatte und wieder auf die Strafe trat, hielt ihn ein Schuhmann an, da der Sergeant seine Persönlichkeit feigeheißt wissen wollte. Thiemermann stand gestern wegen Beleidigung vor der 137. Abtheilung des Schöffengerichts. Der Vorsitzende machte ihn darauf aufmerksam, daß er bestraft werden müsse, hob aber gleichzeitig hervor, daß er sich sonst bei der Gelegenheit sehr brav benommen habe.

Das Urtheil lautete auf 6 M. Geldstrafe.

### Soziale Ueberlicht.

An alle Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sowie an die in der chemischen Industrie und in Gas-anstalten Beschäftigten! In Anbetracht der überaus traurigen Verhältnisse, die in allen Verufen herrschen, zu deren Begleiterscheinungen Arbeitslosigkeit und niedere Löhne gehören, wenden wir uns auch neue an unsere Berufsgenossen mit der Mahnung: Arbeiter organisiert Euch! Leider trägt bewusst oder unbewußt mancher unserer Kollegen und Kolleginnen zur Stärkung der Macht der Unternehmer bei. Gleichzeitig im Zaum der Interesslosigkeit lassen sie alles über sich ergehen. Kollegen und Kolleginnen! Ernannet Euch endlich, schließt Euch unserer Organisation an! Heißt der Willkür und Lohnbrüdererei der Kapitalisten ein halt gebietet! Begreift, daß Ihr in einer Organisation eine Macht seid, mit der man rechnen muß, während Ihr sonst ein Spielball der Launen eines Fabrikpachas werden könnt!

Die unterzeichnete Kommission hat folgende Versammlungen am Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 9 1/2 Uhr, einberufen: Wedding-Part, Müllerstr. 178. Referent: Reichstags-Abgeordneter Kühn. Charlottenburg, „Bismarckhöhe“, Bismarckstr. 80. Referent: Reichstags-Abgeordneter Schulze-Königsberg. Rixdorf, Berlinerstr. 136, bei Kummer. Referent: Reichstags-Abgeordneter Vueb.

An unsere Kolleginnen richten wir ganz besonders das Ersuchen, in diesen Versammlungen zahlreich zu erscheinen. Zeigen wir dem Unternehmertum, daß auch die Arbeiterinnen die Bedeutung der Arbeiterbewegung erfährt haben!

Die Agitationskommission.

Eine Konferenz der auf dem Boden der Vertrauensmänner-Zentralisation stehenden Maurer-Verbands findet am 26. und 27. März d. J. (Dienstag) in Strimmitzschau in Sachsen statt. Adresse: August Beck, Halle a. S., Tholackstr. 4, 3 Treppen.

Die deutsche Ost-Afrika-Linie, welche bekanntlich Ende Dezember v. J. beschloß, nur weiße Feizer auf ihren Schiffen fahren zu lassen, ist bald wieder anderen Sinnes geworden. Wie das „Hamburger Echo“ erfährt, ist der Dampfer „Sunderstrath“ wiederum mit über 20 schwarzen Feizern und Trimmern in Hamburg eingetroffen. Den Schwarzen ist verboten worden, ans Land zu gehen. Unser Bruderorgan bemerkt hierzu sehr richtig: Die Arbeitslosigkeit der hiesigen Feuerleute ist gerade groß genug und es hat sich wohl mancher gestreut, als er erfährt, daß die genannte Gesellschaft nur mit weißen Feizern ihre Schiffe besetzen wolle. Aber welche Täuschung ist den Leuten geworden! — Von einer Gesellschaft, wie die Deutsche Ost-Afrika-Linie, welche doch eine bedeutende Subvention durch das Reich erhält, sollte man solches Vorgehen in erster Linie nicht erwarten.

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung der Bureau-Angestellten hielt am Mittwoch, den 21. Februar, eine Mitgliederversammlung ab. Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die von der Agitationskommission der Bureau-Angestellten in Aussicht genommene Herausgabe der Fachzeitung „Der Bureau-Angestellte“, deren erste Nummer Anfangs April d. J. erscheinen soll. Die Mitglieder der Vereinigung geben ihr Einverständnis mit dem diesbezüglichen Beschluß der Agitationskommission. Das Blatt soll monatlich einmal erscheinen und einem längst gefühlten Bedürfnisse entsprechen. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 50 Pf. Abonnements nimmt bereits jetzt die Agitationskommission der Bureau-Angestellten, Dragonerstr. 49 a, entgegen.

Arbeiter-Gängerbund Berlin und Umgebung. Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 10 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshagen. Nachdem: Ausdrückliche Ausladung von Vereinen, welche sich programmäßig am Niederkampfen, den 17. März, beteiligen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29 Hamburg), Filiale Berlin a. Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, Bergstr. 65 bei Heller: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur General-Versammlung.

Verein ehemaliger Schüler der 18. Gemeindefschule, 9 Uhr, Wolff's Salon, Köpenickerstr. 29a: Maskenball. Wilkes bei den Mitgliedern und im Saal.

Schüler-Verein. Heute, Abends 9 Uhr, Melchiorstr. 15.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29), Filiale 2. Am Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 10 Uhr, im Wärschen Hofe, Admiralsstr. 156: Große Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Anträge. 2. Wahl der Delegierten zur General-Versammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29 Hamburg), Filiale Berlin a. Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 10 Uhr, in der Kronenbrauerei, Wilk-Nordstr. 47-49: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur General-Versammlung.

Arbeiter-Gängerbund Berlin und Umgebung. Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr: Vortrag des Herrn Waldmann über „Das Geld“.

Ethische Gesellschaft. Sonntag, den 25. Februar, Abends 8 Uhr: Zwei Versammlungen. 1. In Grauwitz's Bierhause, Kommandantenstr. 77-79. Referent: Herr Sigg über „Religion und Moral“.

Arbeiter-Gängerbund Berlin und Umgebung. Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 10 Uhr: Vortrag des Herrn Waldmann über „Das Geld“.

Arbeiter-Gängerbund Berlin und Umgebung. Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 10 Uhr: Vortrag des Herrn Waldmann über „Das Geld“.

Arbeiter-Gängerbund Berlin und Umgebung. Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 10 Uhr: Vortrag des Herrn Waldmann über „Das Geld“.

Arbeiter-Gängerbund Berlin und Umgebung. Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 10 Uhr: Vortrag des Herrn Waldmann über „Das Geld“.

Arbeiter-Gängerbund Berlin und Umgebung. Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 10 Uhr: Vortrag des Herrn Waldmann über „Das Geld“.

Arbeiter-Gängerbund Berlin und Umgebung. Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 10 Uhr: Vortrag des Herrn Waldmann über „Das Geld“.

Schilling, Wälderstr. 65. — Verein ehemaliger Schüler der 10. Gemeindefschule, Abends 9 Uhr, Restaurant Freitag, Roppenstraße 65. — Gefälliger Verein Italia, jeden Sonnabend im Restaurant Voite, Kolbergerstr. 22.

Briefkasten der Redaktion. John Burns. Beitr. Zeitungsauschnitt ist nicht anders als eine schamlose Lüge.

Albert Otto Rühstedt. Der Anwalt hat das Recht darauf, daß Sie ihm die Akten wiedergeben, denn er kann nur aus den Akten die Liquidation berechnen.

Wien, 23. Februar. Im Anarchistenprozeß wurden Gaspel zu zehn, Hanel zu acht, Stifala und Kretschmann zu je vier, Zellner, Wopatel und Blach zu je drei, Wodracel zu zwei Jahren (Schwerer Kerker verurteilt; die übrigen sechs Angeklagten wurden freigesprochen.

Depeschen.

Wien, 23. Februar. Im Anarchistenprozeß wurden Gaspel zu zehn, Hanel zu acht, Stifala und Kretschmann zu je vier, Zellner, Wopatel und Blach zu je drei, Wodracel zu zwei Jahren (Schwerer Kerker verurteilt; die übrigen sechs Angeklagten wurden freigesprochen.

Verband deutscher Gold- und Silber-Arbeiter und verwandter Berufsgenossen. (Zahlstelle Berlin.) Montag, den 26. Februar, Abds. 8 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45: Versammlung.

Riffenmacher. Montag, den 26. Februar 1894, Abends 8 1/2 Uhr, bei Gründer, Köpenickerstr. 100: Versammlung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Sonntagabend, den 24. Februar, im Schweizer-Garten: 5. Stiftungs-Fest.

Boltz' Festsäle, S. Alte Jakobstrasse 75. bestehend in Gesang, komischen Vorträgen, Theatervorstellung und Ball, unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Freie Liedertafel“ (M. v. H. S. B.), sowie des Komikers Herrn Lewandowsky. Feste abgehalten vom Reichstags-Abgeordneten Robert Schmidt. Anfang 8 Uhr.

Oranien-Bad, Oranienstr. 44. Dampfbad, Einpachtung in seidene Laken. Massage. Mitglieder sämtlicher Vereine zahlen nur pro Bad mit Packung und Massage 75 Pfennige.

Sammlung illustrierter sozialistischer Jugendchriften. Soeben erschienen und durch alle Partei-Buchhandlungen und Kolportureure zu beziehen: Die dritte Schrift: Haß und Liebe.

Ernst Wiest, Leipzig, Verlags-Buchhandlung. Metzner's Korbwaren-Fabrik, Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren. Ausstattungen in Mahagoni u. Buchbaum; Küchenmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.

Roh-Tabak. A. Goldschmidt, 4435L am besten Plage wie bekannt größte Auswahl!

Restaurations, billig für Anfänger, zu verkaufen. Zu erfragen bei Rube, Alexandrinenstraße 87, 4 Tr., v. 10-2 Uhr. 1924b

Achtung! Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich ein Weiß- und Sayrischbier-Lokal eröffnet habe.

Mußinstrumente. Meß-Bias, Streich- u. Schlaginstrumente, Spielflöten, Drehen u. selbstspielend.

Oranienburgerstr. 2. Restauration, billig für Anfänger, zu verkaufen. Zu erfragen bei Rube, Alexandrinenstraße 87, 4 Tr., v. 10-2 Uhr. 1924b

Oranienburgerstr. 2. Restauration, billig für Anfänger, zu verkaufen. Zu erfragen bei Rube, Alexandrinenstraße 87, 4 Tr., v. 10-2 Uhr. 1924b

Oranienburgerstr. 2. Restauration, billig für Anfänger, zu verkaufen. Zu erfragen bei Rube, Alexandrinenstraße 87, 4 Tr., v. 10-2 Uhr. 1924b

2 Jahrg. Neue Zeit, gebd., verkauft billig Berlin, Kreuzigerstr. 3, vorn 3 Treppen (Friedrichsberg). 1911b

Charlottenburg. Freunden und Bekannten empfehle mein Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal, August Röttger, Christstr. 5.

Swinemünderstr. 45/46. billige, freundl. Wohnungen, Stube u. Küche von 182 Mark an. Näheres beim Verwalter 45. 1874b

Arbeitsmarkt. Parteigenosse, Dr. phil., in der Sozial-Literatur bewandert, nationalökonomisch, gewandter Stenograph, sucht Stellung als politischer Redakteur od. ständ. Mitarbeiter an einem Parteiblatt.

Oranienstraße 201. Kleiner Laden. empfiehlt zur Saison 20 000 entzündende Sommerpaletots.

## Das Boykottverfahren.

Aus parteigänglichen Kreisen geht uns die folgende Zuschrift zu: Am 13. Februar mußte eine öffentliche Volksversammlung in Berlin in einen Boykottbeschlus gegen ein Versammlungslokal rückgängig machen, der am 4. Februar von einer andern Volksversammlung ohne hinreichende Begründung gefaßt worden war. Der besondere Fall, um den es sich hierbei handelte, ist damit erledigt, aber, daß ein solcher übereilter Beschluß überhaupt vorkommen konnte, läßt es dringend rathsam erscheinen, die Frage, was für ein Verfahren bei Verhängung des Boykotts beobachtet werden soll, einmal zum Austrag zu bringen.

Als Vertrauenskörper zur Kontrolle der Saalbeschaffung ist von den sozialdemokratischen Parteigenossen Berlins die Lokalkommission niedergesetzt worden. Ihre Aufgabe ist es, durch persönliche Unterhandlungen von den Berliner Wirthen die allgemeine Zusicherung zu erwirken, daß sie bei rechtzeitiger Anfrage ihr Lokal für sozialdemokratische Versammlungen und Festlichkeiten hergeben wollen. Die Lokale derjenigen Wirthe, die auf eine solche Abmachung sich nicht einlassen wollen, hat die Lokalkommission als ungeeignet für den Besuch von Parteigenossen in bestimmten Zeiträumen durch die Presse bekannt zu machen.

Nun liegt aber auch noch die Möglichkeit vor, daß ein Wirthe aus irgend welchen saulen Vorwänden sich der übernommenen Verpflichtung, sein Lokal zu Versammlungen herzugeben, entzieht. In einem solchen Falle haben diejenigen Genossen, die sich vergeblich um die Gewinnung des Versammlungslokales bemüht, eine Beschwerde bei der Lokalkommission vorzubringen. Kommt die Lokalkommission dann nach gründlicher Prüfung der Angelegenheit zu der Ueberzeugung, daß thatsächlich der Wirthe sich der böswilligen Saalverweigerung schuldig gemacht hat, so pflegt sie einer öffentlichen Versammlung die Frage zu unterbreiten, ob der Boykott über jenes Lokal auf bestimmte oder unbestimmte Zeit verhängt werden soll. Die endgiltige Entscheidung liegt dann also in den Händen der öffentlichen Versammlung.

Da die boykottierende Volksversammlung in ihrer Wirksamkeit einem urtheilssprechenden Volksgericht gleichgestellt werden muß, ist es eine einfache Forderung der Gerechtigkeit, daß ihre Entscheidung von einer so sorgfältigen Vorprüfung der Streitfrage abhängig gemacht wird, wie sie unter den Umständen zu erreichen ist. Die beste Bürgschaft für eine solche Vorprüfung liefert jedoch die Beobachtung bestimmter Formen. Das geläuterte Rechtsgefühl der Nichtenden muß dann das Uebrige thun, um einen gerechten Nichtspruch herbeizuführen.

Nun sind allerdings manche Genossen der Ansicht, es schade gar nicht so sehr, wenn einmal auf bloßen Verdacht hin, ohne völlig überzeugende Beweise ein Saalhaber boykottiert würde. Komme es doch darauf an, hin und wieder ein Exempel zu statuieren, um den in ihrer Gesammtheit mehr oder weniger unzuverlässigen Wirthen einen heilsamen Schrecken einzujagen. Besser zu viel als zu wenig boykottiert! Eine solche Denkweise hat in jener Versammlung am 4. Februar zum Boykott vor „Sonsouci“ verleitet. Bei Nicht bestehen, ist sie aber weiter nicht, als ein Widerschein jenes unheilvollen Juristenrechtes, das in unserer Strafrechtsplege zum Rechtsbewußtsein des Volkes in schroffen Gegensatz tritt. Viele unserer Staatsanwälte und Strafrichter glauben ebenfalls, es komme in der Strafrechtsplege darauf an, einen jeden Schuldigen zur Verurteilung zu bringen, damit wirkliche Rechtsicherheit erzielt werde. Mäße dabei auch hier und wieder ein Unschuldiger der Verurteilung „wegen begründeten Verdachts“ verfallen. Dem gegenüber fordert das Rechtsbewußtsein des Volkes, daß vor allen Dingen hinreichende Vorsichtsmaßregeln ergriffen werden, um den Unschuldigen gegen Verurteilungen zu sichern. Das Volk denkt und denkt ganz richtig, es sei für die Rechtsicherheit jedes Einzelnen besser, daß zehn Schuldige wegen mangelnden Beweises davon kommen, als daß ein Unschuldiger auf sogenannten begründeten Verdacht hin einer Strafe verfallt. Es dürfte in unseren Reihen wenige geben, die nicht in diesem Sinne unsere Strafrechtsplege gehandhabt zu sehen wünschten. Da verlangt es aber denn doch die Konsequenz, daß wir überall dort, wo im öffentlichen Leben die sozialdemokratische Partei, oder bestimmte Kreise innerhalb der Partei, Beschlüsse fassen, die in ihren Einwirkungen auf das Schicksal einzelner Personen strafgerichtlichen Urtheilen gleich zu stellen sind, die möglichsten Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung ungerichteter Entscheidungen ergreifen. Läßt sich also die beschließende Volksversammlung etwa mit dem erkennenden Strafgericht, die Lokalkommission mit den die Voruntersuchung leitenden Behörden, Staatsanwaltschaft und Untersuchungsgericht, vergleichen, so ergibt sich zunächst die eine unvermeidliche Forderung, daß die Volksversammlung (richtiger wäre wohl Parteiversammlung) keine Beschlüsse in einer solchen Sache fassen, also keinen Boykott verhängen darf, wenn nicht die Lokalkommission auf grund ihrer Voruntersuchung zur Verhängung des Boykotts gekommen ist.

Diese notwendige Voraussetzung für jedes geregelte Boykottverfahren wurde leider bei jener Versammlung am 4. Februar unberücksichtigt gelassen. Die Lokalkommission erließ eine unklar abgefaßte Anklage, daß über die Lokale, die für die Abhaltung von Arbeitslosen-Versammlungen verweigert worden waren, verhandelt werden solle. Daraus schöpften einzelne Versammlungstheilnehmer die Berechtigung, gegen jedes der fraglichen Versammlungslokale den Boykott zu beantragen, und leider gelang es ihnen ja auch trotz der Abmahnung der Mehrheit der Lokalkommission, die Versammlung zur Verhängung des Boykotts über Sonsouci zu überreden. Um die Wiederholung solcher Mißgriffe zu verhüten, muß also die Lokalkommission für die Zukunft, wenn sie es für nöthig hält, die Frage eines Boykotts der Beschlußfassung einer öffentlichen Volks- oder Parteiversammlung zu unterbreiten, den bestimmt formulirten Antrag, ein oder mehrere Lokale zu boykotten, auf die Tagesordnung setzen, und es muß von vornherein als ausgeschlossen gelten, daß die Versammlung den Boykott über andere Lokale verhängt, gegen die kein Antrag der Lokalkommission vorliegt.

Sollte die Lokalkommission aus Mangel an Einsicht hin und wieder einen oder den andern Winkelzüge machenden Wirthe durchschlüpfen lassen, so sind noch andere Körperschaften vorhanden, die in gleicher Weise, wie die Lokalkommission, Untersuchungen veranstalten, Versammlungen einberufen und Boykottanträge stellen können, nämlich die sozialdemokratischen Vertrauensmänner Berlins und die Gewerkschaftskommission. Es muß jedoch als unabwehrliche Praxis gelten, daß außer diesen drei Körperschaften, die eine jede ihr sich die organisierte Arbeiterschaft Berlins vertreten, keiner anderen Körperschaft, also weder einzelnen Gewerkschaften noch einzelnen Vereinen u. s. w., das Recht zu steht, das Boykottverfahren einzuleiten. Boykottbeschlüsse, die auf irgend einem anderen Wege zu Stande kommen, dürfen für die Berliner Sozialdemokratie keine Gültigkeit haben.

Nur bei Beobachtung solcher Vorsichtsmaßregeln läßt es sich erreichen, daß das Boykottverfahren, diese wirksame Waffe des Proletariats in heutigen Klassenkampf, in zweckdienlicher Weise angewandt und nicht durch leichtfertige Handhabung entwerthet wird.

## Gerichts-Beitrag.

Gewerbegericht.

Kammer VII. Vorsitzender: Assessor Meyer. Sitzung vom 15. Februar.

Zur Nichtbezahlung von Mehrarbeit (Ueberstunden und Sonntagsnachmittags-Thätigkeit) in den Berliner Ladengeschäften. Wegen die bekannte Firma H. Wertheim klagen die Hausdiener K., F. und W. auf Bezahlung von Ueberstunden und von je vier Stunden, welche sie am „Silbernen“ und „goldenen“ Sonntag vor Weihnachten des Nachmittags im Bazar des Beklagten in der Leipzigerstraße thätig gewesen sind. W. beansprucht außerdem 42 M. Lohnentschädigung, weil er erst 13 Tage nach seiner Entlassung sein Krankenlassenbuch erhielt und dadurch verhindert war, während dieser Zeit anderwärts Stellung zu erhalten. K. erhebt dagegen noch Anspruch auf 1,50 M., weil er zweimal die Mittagszeit durchgearbeitet hatte auf weitere 2 M., weil ihm viermal die Tischzeit von 2 Stunden auf eine Stunde verkürzt wurde. Alle Forderungen stammen aus der Weihnachtszeit, der so oft von rüheligen Poeten verhimmelten. Eingewandt vom Beklagten beziehungsweise dessen Vertreter wird: Die Kläger seien auf Monatsgehalt engagirt worden. Sie hätten deshalb „selbstverständlich“ die erforderlichen Ueberstunden der Weihnachtszeit und die Arbeit an den fraglichen Sonntags-Nachmittagen ohne Entgelt leisten müssen. Die Kläger K. und W. hätten sich übrigens durch Annahme der Stellung bei Beklagtem damit einverstanden erklärt. Auf ihren Engagementsscheinen stehe: Arbeitszeit von 7 bis 1/2 event. länger. (Die Scheine befinden sich bei den Akten, in einer Ecke ist thatsächlich dieser Vermerk.) Die Beschäftigung der Kläger an den Sonntagen vor Weihnachten liege in der Natur des Betriebes, sei darum ebenfalls wie die Ueberstunden „selbstverständlich“ in dem Monatsgehalt mitbezahlt. Die der Kläger K. die vier Stunden, die er an seiner Tischzeit eingekauft habe, extra bezahlt verlangen könne, sei unklar. („Selbstverständlich“ liegt das auch in der Natur des Betriebes, sie nicht zu bezahlen). Die 1,50 M. für den vollen Ausfall der Tischzeit werden anerkannt. (Nachdem die Ablehnung ihrer Bezahlung, „selbstverständlich“, vorher damit motivirt worden war, daß nur die Hausdiener für ihr Verbleiben im Geschäft während der Mittagszeit mit 75 Pfennig entschädigt würden, welches dasselbe aufgetragen sei, nicht aber jene, die, wie Kläger, „freiwillig“ (bleiben.) K. und W. behaupten gegenüber dem Einwande des Beklagten, daß sie von den für ihr Gehalt mitzuliefernden ev. Ueberstunden gewußt hätten, daß sie nicht der Fall, jener Vermerk: „eventuell länger“, habe bei ihrer Annahme nicht auf dem Engagementsschein gestanden, sei jedenfalls nachträglich gemacht worden. Der Geschäftsführer Gebl., als Zeuge vernommen, bestritt dies und beschränkt, daß nicht nur der Vermerk (schon beim Engagement der Kläger auf dem Schein enthalten gewesen sei, es sei auch von ihm gefaßt worden, in der Weihnachtszeit könne nicht an der gewöhnlichen Arbeitszeit festgehalten werden und auch die Tischzeit werde vielleicht Kürzungen erfahren. Die Kläger wissen davon nichts, wie sie erklären. Bezüglich des Klägers F., dessen Engagementsschein nicht den umstrittenen Vermerk enthält, bezogt der Inspektor Rißfeld, demselben ausdrücklich gefaßt zu haben, er dürfe nicht eher wie alle anderen Hausdiener Feierabend machen, d. h. erst dann, wenn ausgeräumt sei, und eine Extravergeltung gebe es nicht. Der Kläger bestritt das ganz energisch, worauf dem Zeugen der Eid auferlegt wird, den er leistet. Als dann die Kläger nochmals zu Worte kamen, beklagen sie es als eine Ungerechtigkeit sonder Gleichen, für ihre große Mühe in den Weihnachtswochen nichts bekommen zu sollen, alles „mitmachen“ zu sollen für ihre 90 und 75 und 85 M. Monatsgehalt. Sie seien oft vor 12 Uhr Nachts nicht aus dem Geschäft gekommen. Das Urtheil lautete auf Zahlung von 9,50 M. an K., 6 M. an F. und 6 M. an W. (Die Klage-Objekte waren bedeutend höher.) Der Vorsitzende begründete das Urtheil folgendermaßen:

Die Zeugenansagen hätten erwiesen, daß die Kläger die Verpflichtung eingegangen waren, in der Weihnachtszeit länger zu arbeiten als sonst; für die Ueberstunden konnten sie darum keine Entschädigung fordern. Allerdings könne das Gericht sich nicht enthalten, zu erklären, daß für gewöhnlich solche Mehrarbeiten durch eine angenehme Gratifikation abgegolten werden. Der Lohn der Kläger sei durch aus kein so hoher gewesen, daß eine derartige Entschädigung nicht nothwendig war. Ein Rechtsanspruch lasse sich jedoch in vorliegendem Falle nicht konstruieren, die Kläger hätten als mündige Männer eine Abmachung erwiesenermaßen getroffen, durch welche ein solches ausgeschlossen wurde. Bezüglich der Sonntage sei keine Abmachung getroffen worden, konnte auch nicht getroffen werden, da dieselben beim Engagement der Kläger noch nicht freigegeben waren. Das Gericht habe für die Stunde eine Entschädigung von 75 Pfennigen für angemessen erachtet, mit Rücksicht darauf, daß durch die vergrößerung vier Nachmittagsstunden den Leuten der ganze Sonntag genommen wurde. Bei zwei Sonntagen à 4 Stunden mache das für jeden Kläger 6 M. Das vom Kläger K. verlangte Tischgeld sei mit 1,50 M. für zwei Mittagessen anerkannt worden. Für zusammen vier Stunden, um die ihm die Mittagszeit vergrößert sei, habe er sich 2 M. berechnet. Der Gerichtshof habe nun erwogen, daß Kläger nicht in einer Stunde, die ihm jedesmal verblieb, nach Hause gehen konnte und jedenfalls wo anders essen mußte, was Extraausgabe verursachte. Deshalb habe das Gericht seine diesbezügliche Forderung für angemessen und billig erachtet und ihm auch das Geld zugestimmt, sodaß er im ganzen 9,50 M. zu bekommen habe. Für den Lohnentschädigungsanspruch F.'s sei das Gericht nicht zuständig. Für Schadenersatzforderungen sei es nur zuständig, wenn sie aus dem Arbeitsverhältnis entspringen. Die Einbehaltung des Krankenbuchs verstoße aber nur gegen das Gesetz, betreffend die Krankenversicherung. Das Gericht stülte dem Kläger anheim, sich an das Amtsgericht zu wenden.

Kammer VI. Vorsitzender: Leo. Sitzung vom 19. Februar. Unbefugtes Verlassen der Arbeit ist, so stellt die Gewerbe-Ordnung fest, ein Entlassungsgrund. So mancher Kläger, der siegesgewiß vor die Schranken des Gewerbegerichts getreten ist, mußte das bereits in unliebsamer Weise erfahren. Auch der Kläger L. gehörte zu diesen nachträglich Belehrteten. Er hatte seine Entlassung durch den Restaurateur Erlstädt mit einer Lohn-Entschädigungsklage beantwortet, ohne damit Erfolg zu haben. Der Beklagte war mit dem Einwande gekommen, Kläger habe seine Gäste vernachlässigt, indem er hin und wieder „nebenan“ in die Bestieille gegangen sei und „ein Glas Bier“ getrunken habe. Als Zeuge des Beklagten erschien im letzten Termin (am 19.) sein Oberkellner, als Zeuge des Klägers, dessen Mitarbeiter bei Erlstädt. Der Oberkellner sagte aus, W. wäre bisweilen nicht auf seinem Posten gewesen, und es habe dann immer geheißen (seitens der anderen Kellner),

er sei mal ausgetreten, um nebenan ein Glas Bier zu trinken. Das „Ausgetreten“ sei aber nicht erlaubt gewesen. Am Abend vor seiner Entlassung sei der Kläger wieder einmal längere Zeit ausgetreten. Der zweite Zeuge, von dem der Kläger bestätigt zu haben wünschte, daß er ihn gebeten, „einen Augenblick“ sein Revier „mit zu besorgen“, „entfann“ sich dessen nicht. Derselbe führte vielmehr aus, Kläger sei „verwunden“ gewesen und er, Zeuge, habe nicht gewußt, wo derselbe „Rekte“. Die Abweisung des Klägers wurde folgendermaßen begründet: Nach dem Ergebnis der Beweiserhebung sei der Gerichtshof der Meinung geworden, das Verlassen des Lokales zum Zwecke des Biertrinkens oder sonstiger Erholung sei während der Arbeitszeit nicht gestattet gewesen. Der Kläger sei den Beweis für seine Behauptung schuldig geblieben, daß er einen Kollegen, den Zeugen, mit seiner Vertretung betraut gehabt hätte. Gerade darin, daß Kläger sich nicht für die betreffende Zeit vertreten ließ, die er außerhalb des Geschäfts zubrachte, habe das Gericht ein unbefugtes Verlassen der Arbeit gesehen.

Fräulein Köster klagt gegen den Linden-Bauverein, Inhaber des Etablissements Konacher. Sie war etwa über drei Monate Wäscherwahrerin, in diesem „Wastraurant“ und verlangt für diese Zeit ihr Gehalt, sowie eine Lohnentschädigung wegen kündigungloser Entlassung (Schlus des Geschäfts). Von der beklagten Gesellschaft wird durch ihren Vertreter eingewandt, die Klägerin sei gar nicht engagirt worden. Ihr Vater sei im Restaurant Geschäftsführer gewesen und habe sie in eine von der „Gesellschaft“ nicht vorgesehene Stellung hineingesetzt. Er habe nicht das Recht gehabt, Leute zu entlassen und zu engagieren. Die umfangreiche Beweiserhebung — sie kostete mehrere Termine vor vollbesetzter Kammer — endete mit der Vernehmung der Schwester der Klägerin, welche schon unter „Konachers“ und dann unter der Herrschaft des Lindenbau-Vereins im „Restaurant Konacher“ thätig war, und zwar als „Buffetdame“ und später „Kassierin in der Küche“. Diese beschwor, daß zur Zeit des Engagements der Schwester ihr Papa das männliche und die Minna das weibliche Personal anzunehmen und zu entlassen berechtigt gewesen wären und dementsprechend gehandelt hätten. Die Beklagte wurde zur Zahlung von 181 M. verurtheilt, dem ermäßigten Klageobjekt.

Kammer III. Vorsitzender: Assessor Fürst. Sitzung vom 20. Februar.

Der Arbeiter als Konkursmassengläubiger. Der Fischeer Komnid hatte mit einigen Kollegen zusammen vom Tischlermeister Köhlschmidt einen Afford in Eisengarbeiten übernommen. Er war sozusagen der „Hauptmacher“, eine Art Vorarbeiter, hatte die Aufsicht zu führen und für seine Mitarbeiter des Sonntags den Verdienst einzuziehen und sie zu entlohnen. Einem Tages gerieth Köhlschmidt in Konkurs, die Arbeit ward dadurch unterbrochen. Komnid klagte nun gegen die Köhlschmidt'sche Konkursmasse auf volle Bezahlung seines Affords. Da er die fertige Arbeit bezahlt erhalten, blieb eine Restforderung von 32 M. Weiter beanspruchte er 50 M. als Extravergeltung seiner beaufsichtigenden Thätigkeit und der mit der Lohnzahlung verknüpften Umstände. Für jede Woche — zehn Wochen arbeitete er mit seinen Kollegen auf den in Frage kommenden Bauten — glaubte er fünf Mark beanspruchen zu dürfen. Er berief sich auf seinen Vetter, den Werkführer Komnid, der ihm eine entsprechende Vergütung seiner Nebenarbeit versprochen hätte. Der Vetter erklärte, als Kläger sich bei ihm einmal beklagt habe, daß er mit dem Affordlohn unter den obwaltenden Umständen nicht zurecht komme, demselben gesagt zu haben, nach Fertigstellung der gesammten Arbeiten solle er etwas bekommen. Befragt, wie hoch die Verschämisse des Klägers als eines Vorarbeiters zu bewerten seien, antwortete Zeuge: Mit höchstens 2 M. pro Woche, im ganzen also mit 20 M. Der Annahme des Klägers, seine beiden Ansprüche an die Konkursmasse seien sogenannte *bonoräre* Rechte, trat der Vorsitzende unter Berufung auf die Konkursordnung entgegen. Wegen der durch Konkurs seines Arbeitgebers herbeigeführten Nichterfüllung einer Verbindlichkeit, hier Affordvertrag, könne er nur eine Entschädigungsforderung als Konkursgläubiger geltend machen (§§ 21 und 15 der Konkursordnung). Was anderes sei es mit der Forderung eines Lohnzuschlags für die geleistete Nebenarbeit bezw. für die durch jene bei seinem Afford gehaltenen Verschämisse. Nach der Aussage des Zeugen stehe Kläger der Anspruch auf einen Lohnzuschlag ungewissheitvoll zu, und gewissermaßen als Theil seines verdienten Lohnes sei demselben die Bevorrechtung zuzuerkennen. Streitig sei nur die Höhe des Anspruchs. Da aber betreffs derselben das Urtheil des Zeugen als maßgebend erachtet werden würde, empfehle es sich, es auf eine gerichtliche Entscheidung, die im übrigen zu gunsten des Klägers ausfallen müsse, erst gar nicht ankommen zu lassen. Die Parteien schlossen denn auch folgenden rechtskräftigen Vergleich:

Der Konkursverwalter erkennt an, daß der Kläger an die Konkursmasse des Tischlermeisters Köhlschmidt eine bevorrechtete Forderung von 20 Mark an Lohnzuschlag für die Beaufsichtigung seiner Mitarbeiter und Lohnzahlung an dieselben besitzt. Er erkennt ferner an, daß Kläger eine nichtbevorrechtete Forderung von 32 Mark an Entschädigung deswegen hat, weil der Affordvertrag auf Anbringung v. von 64 Zalusien nicht zur vollständigen Erfüllung gelangt ist. Kläger zieht hierauf die Klage zurück.

Kammer III. Vorsitzender: Cuno. Sitzung v. 21. Februar. Gegen den Hofsteinmeister Schilling klagt der Steinbildhauer H. auf Zahlung einer Lohnentschädigung. Seitens des Beklagten wird der Einwand erhoben, H. sei vom Polier Macher ausgesordert worden, weiter zu arbeiten; Kläger stellt dies in Abrede. Die Beweiserhebung ergab, daß die Entlassung desselben erfolgte, weil er angeblich zu schlechter Arbeit (Afford) geliefert hatte, und daß ihn der Polier bei der Entlassung in Gegenwart von 15—20 Lehrlingen beleidigt hat, indem er ihn einen „Schuster“ nannte, der „Lumpenarbeit“ leiste u. s. w. Nachträglich wendet der Beklagte noch gegen die Klage ein, die Kündigung sei ausgeschlossen gewesen. Zum Beweise dessen legt er dem Gerichtshof ein großes Buch vor, aus dem allerdings hervorgeht, daß Kläger einmal durch Namenunterschrift sich mit dem Ausschluß der Kündigung einverstanden erklärt hat, daß dies aber nicht das letzte Mal war, als er beim Beklagten in Arbeit trat. Derselbe wurde verurtheilt, 62,84 M. zu zahlen. Das Urtheil wurde damit begründet, daß der Kündigungsausschluß nur auf das erste Arbeitsverhältnis bezug haben konnte, da erwiesenermaßen nicht beim Beginn oder während der Dauer des in Betracht kommenden neuen Arbeitsverhältnisses erneuert wurde. Ein gesetzlicher Grund zur Entlassung sei nicht vorgebracht worden. Was den Einwand betreffe, Kläger sei zum Weiterarbeiten aufgefordert worden, so habe der Gerichtshof angenommen, daß es dem Kläger nach der Auseinandersetzung mit dem Polier nicht zumuthen war, zu bleiben.

Ein besonderes Aufgebot von Gerichtsbeamten war gestern nöthig, um eine aus neunzehn Köpfen bestehende Diebes- und Fehlerbande aus dem Untersuchungsgängnisse der IV. Strafkammer des Landgerichts zu entfernen. Es waren durchweg junge Burschen im Alter von 17 bis 21 Jahren, die in vier Reihen im und vor dem Hofplatz zunehmen hatten. Es waren ursprünglich 20 Angekl.

einer von ihnen hat sich im Gefängnisse erhängt. Es handelte sich in der Hauptsache um Bandendiebstahl, dessen 16 der Angeklagten beschuldigt waren, die übrigen sollten Diebstahl, Betrug und Unterschlagung begangen haben. Im wesentlichen waren die Angeklagten sämtlich geständig. Sie hatten sich im Juli v. J. zusammengethan, um eine förmliche Räuberbande zu bilden. Ihr Zusammenkunftsort war entweder der Zionskirchplatz oder der Altonaplatz. Hier theilten sie sich in Gruppen von je 3 und 4 Personen, die dann Streifzüge nach allen Gegenden Berlins unternahmen. In erster Linie war es dabei auf kleinere Geschäfte abgesehen, in denen nur eine Person den Verkauf besorgte. Die Rollen wurden in der Weise vertheilt, daß zwei der Angeklagten den Laden betreten, während ein Dritter in der Nähe auf der Straße Wache hielt. Während einer der Scheinkäufer immer neue Wünsche äußerte, um den Verkäufer abzulenken, stahl der andere so viel er konnte. Einigen der Angeklagten wurden über 50 solcher Diebstähle zur Last gelegt. Die Beute, Halsstücker, Messer, Zigarren, Kurzwaaren u. s. w., wurde vertheilt und der Erlös getheilt. Bei der Unterschlagung, deren zwei der Angeklagten beschuldigt waren, handelte es sich um zwei Pferde. Der Pferdehändler Krendt hatte zwei Pferde verkauft, die dem Käufer nicht gefielen. Der letztere schickte sie zurück, Krendt verweigerte die Annahme. Der Ueberbringer half sich dadurch, daß er die Pferde auf dem Hofe Krendt's stehen ließ und davonging. Krendt nahm zwei von den Angeklagten, die häufig auf der Straße standen, an, um die Pferde als herrenlos zum Polizeibureau zu bringen. Auch hier wollte man von den Pferden nichts wissen. Man betrachtete die jugendlichen Fahrer der Thiere dieselben als ihr Eigentum. Sie brachten sie nach dem Grunewald, um sie dort grasen zu lassen, kehrten nach einigen Stunden nach Berlin zurück und fanden dann in unbekanntem Personen Käufer. Die Pferde, die einen Werth von 1100 Mark gehabt hatten, wurden kaum für den vierten Theil verschleudert.

Der Staatsanwalt beantragte Strafen, die sich zwischen vier Jahren Zuchthaus und 9 Monaten Gefängniß bewegten, insgesamt betrug das beantragte Strafmaß 11 Jahre 3 Monate Zuchthaus und 29 Jahre 3 Monate Gefängniß.

Der Gerichtshof billigte sämmtlichen Angeklagten mit Rücksicht auf ihre jugendlichen Umstände zu und verurtheilte dieselben je nach dem Grade ihrer Thätigkeit zu Gefängnißstrafen, die sich zwischen 2 Jahr 6 Monaten und 6 Wochen bewegten.

## Soziale Ueberlicht.

Achtung, Schneider!

Die unterzeichnete Kommission richtet das dringende Ersuchen an die Kollegen, ungesäumt mit ihren engeren Arbeitsgenossen zusammen zu kommen, um festzustellen, inwieweit Abzüge stattgefunden haben, insbesondere von den Geschäften der Friedrichstadt, Hoffmann u. s. w. Falls die Kollegen aus irgend welchen Gründen daran verhindert sind, wird die Kommission, sobald ihr die Adressen übermitteln sind, die Einberufung der einzelnen Werksstätten übernehmen. Auf alle Fälle muß jedoch bis zum Dienstag, den 27. d. Mts., wo eine allgemeine Delegirtenversammlung zur Freitag, Schützenstr. 18/19, stattfindet, das gesammte Material in unseren Händen sein.

Die Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

**Amliche Kritik an den heutigen Lohnverhältnissen.** Wieviel zur Ernährung einer Arbeiterfamilie notwendig ist, das zu beurtheilen vermag wohl am Besten der Arbeiter selbst. Das der Verdienst, den die große Mehrzahl der deutschen Arbeiter heute hat, nicht ausreicht, ein menschenwürdiges Dasein führen zu können, ist ebenfalls satfam bekannt, wenngleich es von den Unternehmern und Behörden stets bestritten wird. Um so bemerkenswerther ist es, wenn diese Thatsache eine amtliche Beglaubigung findet. Eine solche wurde kürzlich einem verheiratheten Arbeiter zu theil, der als geborner Bayer um die heftigste Staatsangehörigkeit nachsuchte. Sein Gesuch wurde vom Kreisamt zu Offenbach a. M. abschlägig beschieden, da „mit Rücksicht auf die hiesigen Preisverhältnisse Ihr demalstiger Verdienst zur Ernährung einer Familie als unzureichend erachtet ist“. Und wie viel beträgt der Verdienst des Mannes? Nach den Mittheilungen unseres Offenbacher Parteigangs, dem wir die obigen Angaben entnehmen, 16—18 Mark pro Woche. Dieser Wochenverdienst reicht also nach Auffassung des großherzoglichen Kreisamts nicht aus, eine Familie zu ernähren und darin stimmen wir ganz mit demselben überein. Dabei können wir ganz unerörtert lassen, inwieweit die Abweisung auf diese Begründung hin gerechtfertigt war oder nicht. Uns kommt es darauf an, von einer Behörde konstatirt zu sehen, daß ein Wochenlohn von 15—18 Mark für menschenwürdigen Ernährung einer Familie nicht genügt. Damit ist seitens einer Behörde eine Kritik an den heutigen Verhältnissen geübt worden, wie wir sie besser uns nicht wünschen können.

**Die die Unternehmer die Gesetze achten.** Nach dem Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Bauergewerkschaftsgenossenschaft wurden im letzten Jahre in Strafe genommen: 19 Unternehmer wegen Nicht-(rechtzeit.) Anmeldung eines Unfalls mit 159 M., 49 „ „ „ „ eines Betriebes „ 451 „ 223 „ „ „ „ „ „ „ „ „ 746 „ 124 „ „ „ „ „ „ „ „ „ 2656 „ 1 „ „ „ „ „ „ „ „ „ 3 „ 1 „ „ „ „ „ „ „ „ „ 3 „ 7 Bauherren „ Nicht-(rechtzeit.) Einreichung des Regiebau-Nachweises „ 159 „

In 424 Fällen zogen sich also die Unternehmer insgesamt 4137 M. Geldstrafe zu. Wie viele aber mögen durchgeschlüpft sein?

**Kosten des ärztlichen Attestes für die Anträge auf Gewährung von Invalidenrenten.** Bekanntlich hat nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889 die Kosten für das zu dem Antrage auf Gewährung einer Invalidenrente erforderliche ärztliche Attest der Antragsteller aus eigenen Mitteln zu tragen. — Falls er hierzu außer Stande ist, so hat er sich an die Polizeibehörde seines Wohnortes zu wenden, welche hierauf vorbehaltlich der späteren Wiedererziehung des veranlagten Betrages bei einer etwaigen Rentenbewilligung die vorläufige unentgeltliche Untersuchung durch den zuständigen Kreisarzt veranlaßt.

Um jedoch den Versicherten in dieser Beziehung alle Weiterungen zu ersparen, haben sich einige Versicherungs-Anstalten, unter anderen in letzter Zeit auch diejenige der Provinz Brandenburg, in richtiger Erkenntnis ihrer sozialen Aufgabe freiwillig bereit erklärt, die Kosten für das zu Invaliden-entwürfen erforderliche ärztliche Attest zu tragen. — Hoffentlich folgen bald alle übrigen Anstalten diesem nachahmenswerthen Beispiel.

**Ein Eierkartell.** Unlängst wurde zwischen zwei der größten Eier-Großhändler Oesterreich-Ungarns und den Zwischenhändlern der ungarischen Donau-Ebene ein Abkommen abgeschlossen, nach welchem letztere sich verpflichten, alle Eiervorräthe ausschließlich den beiden Großhändlern zu einem bestimmten Preise zur Verfügung zu stellen. Diese beiden Eiergroßhandlungen wollen sich ein Kaufmonopol für Oesterreich-Ungarn sichern, natürlich um den Gewinn zu vergrößern, um die Einkaufspreise herabzusetzen und die Verkaufspreise in die Höhe zu treiben. Diese beiden Großhändler beherrschen auch den deutschen Markt, da

die österreichisch-ungarische Eier-Ausfuhr nach Deutschland eine beträchtliche ist.

**Ein „Erdbeer der Nation“** erklärt in einem Wiener Blatte folgende Angelegenheit: „Berathungsantrag. Jüngerer Staatsbeamter von elegantem Extérieur, Freiherr, in günstigen Vermögensverhältnissen, wünscht sich mit häßlichem, 15-jährigem Mädchen mit 30 000 fl. zu vermählen. Für jedes weitere Lebensjahr wird ihm je 2000 fl. mehr beibringen. Welche Familie bevorzugt. Anträge für „Baron K.“ befördert. — Ob! über diese Sozialdemokraten, die diese „Heiligkeit der Ehe“ abschaffen wollen.“

**„Vete und Arbeit“** — so lautet ein christliches Sprichwort. Das Vete allein scheint aber noch viel einträglicher zu sein. Der Kardinal Ropy hat für das katholische Bisthum folgende Bestimmungen getroffen: An Ruhegehältern werden nach vierzigjähriger Thätigkeit jährlich gezahlt: an Pfarrer 2400 M., an Kuratengeistliche 2000 M., an Hilfsgeistliche (Kapläne) 1500 M., voransetzt, daß der Eremit das 65. Lebensjahr vollendet hat. Privatvermögen kommt nicht in Betracht. Das „Ruhegehalt“ des Arbeiters aber, der 40—50 Jahre gearbeitet, beträgt ungefähr 120 Mark das Jahr. Das Vete und Paßen unserer gefestigten und geschorenen Seelfürsorge muß doch recht ansehnlich sein. Nur gut, daß diese aufopfernde Thätigkeit auf genügend Verständnis und Anerkennung rechnen kann.

**Kapitalistische Entbehrungslehre.** Die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft erzielte pro 1893 einen Reingewinn von 436 669 M. gegen 331 820 M. im Jahre 1892. Davon gelangten u. a. 43 450 M. (gegen 40 514 M. im Vorjahre) für Lohntienem zur Vertheilung, während den armen Aktionären die Kleinigkeit von 360 000 M. in Gestalt einer Dividende von 13 1/2 pCt. (gegen 12 pCt. im Vorjahre) in den Schoß geschüttet wird. — Die Berlin-Neudorfer Aktienspinnerei erzielte, trotzdem in dem betreffenden Jahresberichte das Jahr 1893 als recht ungünstig bezeichnet wird, dennoch einen Gewinn von 30 598 M. — Die Berlin-Ludowiger Wollwaaren-Fabrik Müller kann bei 103 147 M. Abschreibungen, 10 537 M. diverser Rücklagen, 16 650 M. Lohntienem und 12 876 M. Vortrag ihren Aktionären 190 000 M. in Form einer 10prozentigen Dividende zur gütigen Annahme anbieten. — Die Sudeburger Maschinenfabrik zahlt ihren Aktionären diesmal nur die „statutenmäßige“ Dividende von 10 pCt., während diese im Vorjahre 14 1/2 pCt. erschnappten. — Die Kaliwerke Alchtersleben sind gleichfalls in der Lage, an ihre Aktionäre 10 pCt. Dividende zu vertheilen zu können. — Die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft zahlt ihren Aktionären diesmal zwar nur 6 pCt. Dividende gegen 10 pCt. im Vorjahre, verwendet dafür aber 1 753 000 M. zu Abschreibungen.

## Versammlungen.

**Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Wahlkreis** tagte am 21. d. Mts. in Habel's Brauerei. Die Abrechnung von der Gedächtnisfeier ergab eine Einnahme von 538,20 M. und eine Ausgabe von 190,50 M., somit Bestand 347,70 M. Gleichzeitig wurde bekannt gegeben, daß der Bestand von der letzten Abrechnung im Wahlverein, der irrthümlicher Weise höher angegeben war, sich auf 272,70 M. bezieht. — Als erster Redner der in voriger Versammlung abgebrochenen Debatte über die Reorganisation des Wahlvereins erhielt das Wort Genosse Antick, welcher gegenüber der Bedenkerischen Auffassung betonte, daß ein fühlbarer Mangel an theoretisch gebildeten Rednern in der Partei vorhanden sei; von der Anschaffung einer Bibliothek verpriet sich der Redner keinen besonderen Nutzen und bezüglich der Bezirksführer sollte man erst abwarten, wie sich diese Einrichtung in den anderen Kreisen bewährt. Böh m spricht sich entschieden gegen den vorliegenden Entwurf der Kommission aus, während Hing, Silber schmidt, Lindemann, Jacobs und Knäpfer dafür eintreten. Nach einer längeren, mehr persönlichen Debatte zwischen Antick und Ledebour, wobei der letztere nochmals eingehend seinen Standpunkt begründet, wird die Diskussion geschlossen und der Entwurf der Kommission unverändert angenommen. Zwei Anträge, das Beitrittsgeld fallen zu lassen und nach vierwöchentlicher Arbeitslosigkeit von der Erhebung der Beiträge abzusehen, wurden abgelehnt.

Ein Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, am zweiten Osterfesttage in zwei Lokalen, bei Klein (Gasfabrik) und bei Lehmann (Kreuzbergstraße) eine Matinee stattfinden zu lassen. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, wonach künftig der Punkt „Verschiedenes“ in den Versammlungen in Fortfall kommt; etwaige Wünsche der Parteigenossen sollen im Tragekasten niedergelegt werden.

**Der Wahlverein des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises** tagte am 22. Februar im Lokale von Brochow Sebastianstr. 39. Reichstags-Abgeordneter Herbert hielt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Macht ist Recht.“ An der Diskussion beteiligten sich Gröndel, Eickernig und Neuberger. Ein Antrag, die Generalversammlungen nicht mehr durch Säulenausschlag, sondern durch Insuperat im Vorwärts bekannt zu geben und in Zukunft nur bei Ehrenberg, Kamenstr. 16, abzuhalten, wurde auf Befürwortung Kräfers hin bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt. Ledewig theilte mit, daß am 18. März Abends, in den Bürgerläden, Dresdenstr. 98, eine Gedächtnisfeier für die gefallenen Freiheitskämpfer von 1848 stattfindet, wozu bereits in der nächsten Woche Büllets auf allen Zahlstellen erhältlich sind. Börner ermahnte zum Schluß die Mitglieder zur baldigen Entgegennahme des Protokolls vom Kölner Parteitag.

**Sant Bericht der Volkversammlung vom 20. Februar** hat Herr A. Hoffmann-Panlow behauptet: Der Bericht über die Versammlung am 14. Februar (bei Joss) sei im „Intelligenzblatt“ besser und vor allem objektiver gewesen, als der im „Vorwärts“. Hierzu bemerke ich: Das „Intelligenzblatt“ schrieb:

„Nach der Diskussion wurde eine längere Resolution angenommen, in der die Versammlung die königliche Staatsregierung ersucht, die Religion als Privatsache, als Sache des Einzelnen zu erklären. Außerdem war noch eine Resolution eingebracht, in der der sozialdemokratische Parteivorstand ersucht wird, den Programmpunkt: „Religion ist Privatsache“ so umzuändern, daß Mißverständnisse nicht mehr vorkommen können.“

Eine dazwischenliegende Resolution ist in der betreffenden Versammlung jedoch, wie jeder Versammlungsbefucher bestätigen wird, nicht zur Abstimmung gelangt, wohl aber fand ein Antrag Domschids Annahme zu einer nächsten Versammlung die noch nicht aus der Landesliste ausgeschiedenen sozialdemokratischen Abgeordneten einzuladen und ein weiterer Antrag desselben Genossen, in welchem gegen die Nichtaufnahme des Insuperats zu der betreffenden Versammlung protestirt wird. Jeder des Lesens Kundige wird mit leichter Mühe feststellen können, welcher Bericht objektiver war, der des „Intelligenzblatts“ oder der des „Vorwärts“.

Der Berichterstatter.

**Eine öffentliche Versammlung der Stellmacher** tagte am 11. Februar, in der Genosse Vorlang über das Thema „Arbeitslohn und Kapitaleinkommen“ referierte. Redner gab der Versammlung eine sehr ausführliche Schilderung der Arbeitsverhältnisse im Stellmachergewerbe. Gegenüber diesen Umständen, so bemerkt Redner zum Schluß, vermag nur eine Organisation zu helfen und bessernd einzutreten. Möge dessen sich jeder bemühen sein und dem Fachverein als Mitglied seine Unterstützung gewähren, damit die Organisation eine Macht werde, mit der das Unternehmertum zu rechnen hat. In der Dis-

kussion versuchte ein Anarchist, wenn auch ohne Erfolg, den Referenten zu widerlegen. Hierauf erstattete Kollege Brüst den Bericht über seine Thätigkeit in der Gewerkschafts-Kommission und wurde sodann wieder zum Delegirten für diese Kommission ernannt. Vom Kollegen Janger gelangte nunmehr die Abrechnung der Agitations-Kommission zur Verlesung. Diese weist eine Einnahme von 36,43 M. und eine Ausgabe von 27,25 M. auf. Zum Schluß giebt der Kollege Brüst bekannt, daß der Fachverein wieder in Thätigkeit tritt. In der Versammlung ließen sich 25 Kollegen in den Verein aufnehmen, so daß jetzt der Verein 60 Mitglieder zählt.

**Eine Branchenversammlung der Rohrleger und Gehilfen** einberufen vom Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend tagte am 18. Februar. Genosse Bruns hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Aus der Kulturgeschichte.“ Zur Diskussion sprachen die Kollegen Hanke und Fricus. Vom Kollegen Becker wurde auf die öffentliche Versammlung der Rohrleger und Gehilfen aufmerksam gemacht, die am 4. März stattfindet, in welcher der Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes wie auch der Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer gegeben wird. Am Sonntag, den 25. Februar findet eine Vertrauensmänner-Zusammenkunft der Rohrleger bei Rattke, Krautstr. 48 statt. Kollege Karpenkel führt die mangelhaften Sachverrichtungen, wie sie in den Betrieben vorhanden sind, den Mitgliedern vor Augen, er ersuchte die Berufsgenossen wiederum, möglichst viel Material zu sammeln, da auch diese Angelegenheiten in nächster Versammlung einer näheren Beratung unterzogen werden sollen. Des weiteren wurde die Lehrlingszucht einer Kritik unterzogen. So seien zum Beispiel in einer Werkstätte regelmäßig 15 Lehrlinge angestellt, welche das Schlosserhandwerk erlernen sollen. Im ersten Jahre werden die betreffenden in der Werkstätte beschäftigt, im zweiten Jahre gehen sie als Helfer mit dem Rohrleger, im dritten als Klempner und im vierten Jahre machen dieselben verschiedene Arbeiten. Nach beendeten 4 Jahren ist demzufolge aus dem Lehrling nichts geworden, so daß derselbe oft genug als Erdarbeiter dem Rohrleger behilflich sein muß, aber auch hierzu sich kaum eignet.

Ueber die in Charlottenburg abgehaltene Versammlung der Rohrleger wurde berichtet, daß man mit dem ersten Versuch die Kollegen zu organisiren, wohl zufrieden sein könne. Es wurde hieran der Wunsch geknüpft, daß die Kollegen in den anderen Vororten es ebenfalls versuchen mögen, die Branchengenossen für die Organisation zu gewinnen. Beschlossen wurde noch, die Branchenversammlungen der Rohrleger und Gehilfen sollen regelmäßig jeden Sonntag nach dem 15. jedes Monats stattfinden. Mögen die Kollegen dieses einem jeden ihrer Berufsgenossen recht oft einprägen, damit die Versammlungen immer zahlreicher besucht werden. Abschluß wurde noch mitgeteilt, daß der Vertrauensmann für diese Branche, Kollege Ritter in Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 16, wohnt.

**Im Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sprach am 19. d. M. an stelle des verhinderten Genossen Dr. Heymann der Kollege Sailer über: „Die Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland.“ Sodann wurde Kollege Kusch, den die letzte Branchenversammlung als Vertrauensmann für die Kontobuch-Branche vorgeschlagen hatte, als solcher bestätigt. Kollege Paul Schneider, Werkführer der neu errichteten Bading'schen Buchbinderei, hatte, dem Aufrage des Chefs der Firma zuwider, mit Umgehung des Arbeitsnachweises seinen Freund Kollegen Otto Schneider als Buchbinder eingestellt. Dies gab den Anlaß zu einer längeren Debatte, in der das Verhalten Paul Schneiders scharf getadelt wurde. In später Stunde, aber bei voller Versammlung wurde beschlossen, Herrn Bading zu ersuchen, Kollegen Otto Schneider wieder zu entlassen. Dem Kollegen Paul Schneider wurde in einer Resolution die schärfste Mißbilligung ausgesprochen und ihm für den Wiederholungsfall der Ausschluß aus dem Verbands angeordnet.

**Die freie Vereinigung der Graveure und Hefenreue** hielt am 19. Februar ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Köhler einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Pariser Kommune hielt. Nach dem Berichte des Vergütungs-Komitees hat das Winterfest einen Ueberschuß von 174,90 M. abgeworfen, der der Unterstützungskasse zu gute kommt. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei G. Wunderlich, Neue Grünstr. 20 und haben sich Arbeitslose und Unterstützungsberechtigte Kollegen dort zu melden. Abonnements auf die Leipziger Fachzeitung werden vom Kollegen Thiel, Fischerstr. 22, entgegengenommen.

**Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter** tagte am 19. Febr. Hoffmann referierte über das Thema: „Die zehn Gebote und die bestehende Klasse.“ Nach einer kurzen Diskussion wurde sodann ein Artikel der „Berliner Musikinstrumenten-Ztg.“ verlesen, der das Verhalten der Berliner Musikinstrumenten-Arbeiter in sehr absprechender Weise behandelte. Hiergegen sprachen sich mehrere Kollegen sehr energisch aus und beantragte Kollege Blum, dem Redakteur dieses Blattes die Ansicht der organisierten Kollegen durch den Vorstand brieflich mitzutheilen. Dieser Antrag wurde angenommen mit dem Zusatz, den betreffenden Redakteur zur nächsten Vereinsversammlung einzuladen. — Hierauf wird bekannt gegeben, daß die „Urania“ seitens des Vereins am 15. April bezieht wird. Büllets sind bei Scholz, Ostbahnhof 7, v. 3 Tr. und im Restaurant Rohr, Raunaystr. 78, zu haben. Zum Schluß wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Montag, den 26. d. M. eine öffentliche Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter und am 3. März die Vereinsversammlung für den Norden, Bergstr. 93, stattfindet.

**Die Kassierer** hatten am 19. Februar eine öffentliche Versammlung bei Ehrenberg einberufen, in der Genosse Ledebour einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Ferner beantwortete man lebhaft, eine recht rege Verbreitung der Sonz, um Mittel zu bekommen, die Agitation wieder in Fluß zu bringen. Die hierauf folgende Abrechnung ergab: Einnahmen insgesamt 93,51 M., dieser gegenüber standen Gesamtausgaben von 75,90 M., somit bleibt ein Bestand von 17,61 M. Der Kollege Rantenhaus fungirt als Kassierer weiter. — Bekannt gegeben wurde, daß vom 1. April an die Beiträge für die Sommermonate pro Woche 15 Pf., für die Winterwochen 10 Pf. betragen. Das diesjährige Stiftungsfest findet am 14. April statt.

**Der Verein aller in der Schuh- und Pantoffelbranche** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 19. Februar eine Versammlung ab. Der Kassierer giebt zunächst der Versammlung den Kassierbericht. Darnach betrug die Einnahme 86,64 M., der eine Ausgabe von 74,40 M. gegenübersteht. Sodann hielt Kollege Hermann einen beifällig aufgenommenen Vortrag, dem sich eine kurze Diskussion anschloß. Kollege Steffen giebt hierauf bekannt, daß am 29. Februar eine öffentliche Versammlung stattfindet, gleichzeitig ersucht er die Mitglieder, mit den Büllets vom Stiftungsfest abzurechnen.

**Trotz der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung,** welche der öffentlichen Versammlung der Damenmantel- und Schneider-Fabrikung zur Veranlassung vorlag, zeigte der große Versammlungssaal bei Buggenhagen eine solche gähnende Leere, daß es unmöglich war, die Versammlung abzuhalten. Der Herr Obermeister Kuth, der seine Truppen zu kennen scheint, meinte im bitteren Tone, daß einer Einladung zum Etat oder zu einer Regelpartie kann einer der geehrten Kollegen widerstanden hätte. Ob die nächste Versammlung, für welche durch Flugblätter Propaganda gemacht werden soll, ein wesentlich besseres Resultat zeitigt, bleibt abzuwarten, insondere als nach den Andeutungen des Vorstandes ersucht der Versuch gemacht werden

... od, Uebergänge der Konfessionsgeschäfte zurückzuführen. Ja, wenn es gegen die Bürger und Mannsells ginge, dann fände man Zeit und Worte genug der Entrüstung!

In einer Versammlung des Verbandes der Geschäftsdienere, Vater und Berufsgenossen, die am 20. d. M. tagte, hielt Reichstags-Abgeordneter Foerster-Hamburg einen sehr interessanten und lehrreichen Vortrag, in welchem er an der Hand der Volkswirtschaftslehre die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit und der Krisen in der heutigen Gesellschaft darlegte. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Hierauf theilte der Vorsitzende mit, daß der Kollege Kurstella verstorben sei. Die Versammlung ehrte dessen Andenken in der üblichen Weise. Des Weiteren wird bekannt gegeben, daß am 8. März der zweite Maschinenball des Verbandes und am 6. März die nächste Versammlung stattfindet, zu der Genosse Hueb das Referat übernommen hat. Nachdem dann noch eine interne Angelegenheit des Verbandes erledigt worden war, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Mit der Gründung einer Organisation beschäftigte sich eine Versammlung der Lokal- und Straßenhändler, die am 20. Februar in den Arminkassen tagte. Ein leid tiefen sozialen Elends entrollten die einzelnen Redner dem Zuhörer über die traurigen Zustände, die in dieser Berufs-kategorie herrschen. Bei einer Einnahme von 75 Pf. bis 1,25 M. täglich sollen sie nur allzu oft den polizeilichen Strafbestimmungen über den Hausirhandel zum Opfer. Strafmomente von 3-5 M., die als Sühne für diese Vergehen ihnen auferlegt werden, zwingen die Armen die Strafe im Gefängnis abzuhängen, da der winzige Verdienst es unmöglich macht, solche Strafen zu bezahlen. Dabei fällt das sittliche Niveau immer tiefer. Hinter dem Hausirhandel der Frauen und Mädchen verbirgt sich die Prostitution, unter den Männern treibt mancher Zubehörer sein Wesen. Ganz besonders mißbilligt sprach man sich über die Benützung der Kinder zum Hausirhandel aus. Der Aufenthalt auf der Straße nachts in den Lokalen, muß sichtlich deprimierend auf die armen Geschöpfe einwirken. Ein energischer Zug machte sich unter den Versammelten bemerkbar, ein unwürdiges Joch abzuschütteln, sich selbst emporzurichten aus dem Sumpf in dem sie stehen.

Der Genosse Näher gab den Anwesenden verschiedene praktische Rathschläge betreffend die Gründung einer Organisation. Auf seinen Vorschlag hin wählte man zur Ausarbeitung von Statuten eine fünfköpfige Kommission, bestehend aus den Händlern: Quade, Heeder, Gutmom, Mischke, Rodler. Der Kommission wurde der Auftrag, die Statuten in möglichst kurzer Zeit auszuarbeiten, und zur Begutachtung, resp. Beratung der selben eine öffentliche Versammlung der Lokal- und Straßenhändler und -Händlerinnen einzuberufen. Am der Kommission eine Grundlage zu bieten, auf der sie die Statuten aufzubauen habe, wurde folgende Resolution gegen 4 Stimmen angenommen:

Die Versammlung erachtet es als ihre Pflicht, eine Vereinigung zu gründen, um gegen alle Mißstände im Gewerbe und alle Uebergänge seitens der Polizei-Organen energisch Front zu machen. Die Vereinigung soll auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen.

Eine Verbandsversammlung der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Berlin, Filiale 2) fand am 20. Februar statt. Genosse Willarg hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Unternehmergewinn und Arbeiterlohn“. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Sodann entspann sich eine längere Debatte betreffend die Bibliothek unserer Filiale. Es wurde bemängelt, daß so wenig Kollegen dieselbe benutzen, trotzdem jeden Sonntag Vormittag im Arbeitsnachweis, Veteranenstraße 22, bei Veterian, Bücher zur Ausgabe gelangen. Kollege Wegner befragte über einen Antrag, für die Erweiterung der Bibliothek 12-20 M. zu bewilligen, damit neue Werke angeschafft werden können. Dem stimmte die Versammlung zu. Auch wurde nochmals den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, die Adressen der Vertrauensmänner einzusenden. Zum Schluß gab sich der Vorsitzende der Hoffnung hin, daß die Mitglieder reger wie bisher an den Versammlungen theilnehmen, denn gerade unter den obliegenden Verhältnissen hätte jeder Kollege genügend Grund, sich der Organisation anzuschließen. Außerdem wurde bekannt gegeben, daß die nächste Versammlung am 13. März stattfindet.

Die Mitglieder sämtlicher Filialen Berlins und Umgegend der Freien Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher und Berufsgenossen Deutschlands hielten am 20. Februar ex. im Lokale von Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a, eine kombinierte Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand die Wahl des gemeinsamen Hauptvorstandes, der Redaktoren und des Redakteurs der Hochzeitung „Vereins-Anzeiger“. Bald nach Eröffnung der gut besuchten Versammlung kam es zu äußerst stürmischen Ausbrüchen. Außer dem Inzerat waren die Angehörigen dieser Organisation durch einen Aufruf in der Dienstag-Nummer des „Vorwärts“ zu zahlreichen Erscheinungen in der Versammlung und zur Wahl nur solcher Kollegen aufgefordert worden, die auf dem Boden des sozialistischen Programms stehen, da die den anarchistischen Grundfahnen anhängenden Mitglieder zur Leitung der „Vereinigung“ ungeeignet seien, und ihre Experimente zur Genüge gezeigt hätten, daß sie der Arbeiterbewegung nur schädlich sind. Dikolew fand es betauerlich, daß dieser Aufruf nicht den Namen des Einsenders aufweise, damit werde jeder Verdächtigung Thür und Thor geöffnet, irgend welche Bedenken gegen zu wählende Kollegen vorzubringen, sei der allein passende Ort die Versammlung selbst. (Beifall.) Die Angelegenheit wurde vorläufig zurückgestellt und der Rechenschaftsbericht des Vorstandes entgegengenommen. Der Vorsitzende Riesop theilte mit, daß der Vorstand keine Mühen und Opfer gescheut habe, in allen Gegenden des Reiches Filialen zu errichten. Es wurden Agitationsreisen durch Ost- und Westpreußen, Schlesien, Posen, Pommern, Süddeutschland und im Elbthale unternommen, die aber zum Theil einen negativen Erfolg aufwiesen. Im Jahre 1892 wurden 24 und im Jahre 1893 23 neue Filialen errichtet. Wo Fachvereine bestehen, scheiterte deren Anschluß gewöhnlich an den vorgeblich zu hohen Beiträgen, an anderen Orten fehlten wieder die geeigneten Räume zur Leitung einer Filiale. Im Ganzen wurden durch vier Kollegen 104 Agitationsreisen ausgeführt. Zur Zeit besteht die Vereinigung aus 57 Filialen mit circa 5400 Mitgliedern. Ein genauer Rechenschaftsbericht wird allen Mitgliedern im April d. J. gedruckt zugehen. Redner empfahl zum Schluß eine bessere Werkstätten-Agitation als bisher zu entfalten, denn der Vorwurf der Bremer Kollegen auf der letzten Generalversammlung in Nordhausen, die Berliner Kollegen seien ungenügend organisiert, treffe durchaus zu. Selbst in der Hochsaison gäben sämtliche Filialen Berlins zusammen genommen im Höchsthalle nur 800 Mitglieder. — Von einer Diskussion des Reichstags wurde Abstand genommen und in die Wahlhandlung eingetreten. Wilhelm Schweiger-Rixdorf ging nochmals auf den Aufruf im „Vorwärts“ ein. Er verwahrte sich und seine politischen Freunde ganz entschieden dagegen, daß sie brachsigsten, einen Keil in die Organisation der deutschen Maler zu treiben. Sie ständen auf dem Boden des modernen Klassenkampfes, fügten sich aber in die augenblicklichen Verhältnisse und arbeiten in der Zentralisation mit ihren Berufskollegen ohne Rücksicht auf deren politische Meinung. Schulter an Schulter. (Beifall.) Ähnlich äußerte sich Link. Riesop warnte davor, die Politik in die Organisation hineinzutragen, die sehr leicht dem Staatsanwalt Veranlassung geben könnte, gegen die „Vereinigung“ einzuschreiten. — Riesop verzichtete auf eine Wiederwahl und wurden Schweiger und Böbling als Vorsitzende in Vorschlag gebracht. Nachdem mehrere Kollegen gegen Schweiger und für Böbling

Wahl gesprochen hatten, erklärte Letzterer unter großem Lärm und allgemeiner Heiterkeit, daß er auf demselben politischen Standpunkt wie Schweiger stehe. Dasselbe für und Wider entspann sich bei fast allen Kandidaten. Aus der Wahl gingen schließlich hervor: Wilhelm Schweiger-Rixdorf als Vorsitzender, der bisherige Kassierer Wendtler als Kassierer, Vormund als Schriftführer, Fleischer und Böbling als Beisitzer, Schlag und Söpel als Redaktoren und der bisherige Redakteur Mark wiederum als Redakteur des „Vereins-Anzeigers“. Erst nach 2 Uhr erreichte die Versammlung ihren Schluß.

Eine öffentliche Versammlung für Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen tagte am 22. d. M. im großen Saale des Industriegebäudes. Dieselbe hatte ein kleines Vorspiel, indem der überwachende Polizeibeamte die Vertheilung des laumännlichen Hochorgans „Der Handelsangestellte“ an die Versammlungstheilnehmer inhibirte und die noch vorhandenen Exemplare von Rechtswegen mit Beschlagnahme belegt, welcher Vorgang begreifliches Aufsehen erregte. Nachdem die Versammlung eröffnet worden war, referirte Julius Zärt an stelle des durch wichtige Verhandlungen in der Stadtverordneten-Versammlung am rechtzeitigen Erscheinen verhinderten Reichstags-Abgeordneten Paul Singer über den Antrag Singer im Reichstags-tage betreffend die vierwöchentliche Minimal-Kündigungsdauer im Handelsgewerbe. Derselbe konstatierte zunächst, daß durch die Handlungsgehilfeneinigung wenigstens das erreicht worden sei, daß man sich im Reichstags-tage mit den Angelegenheiten der Handelsangestellten beschäftige. In seinem Vortrage gab Zärt sodann einen Abriss der diesbezüglichen Verhandlungen im Reichstags-tage, die hierbei zu Tage getretene Politik der bürgerlichen Abgeordneten einer treffenden Kritik unterziehend und die Verdienste des Abgeordneten Singer um die Handelsangestellten in das rechte Licht rüchend. Des weiteren referirte Zärt über die Forderung der Ausdehnung der Gewerbeverordnungen auf die Handlungsgehilfen, die Nothwendigkeit dieser veranschaulichend. Die Referate wurden mit größtem Beifall entgegengenommen. Im Anschlusse hieran referirte Kollege Blum über: „Die Antwort des Berliner Magistrats betreffend die Verlängerung der Sonntagsarbeit auf die diesbezügliche Petition der Freien Vereinigung der Kaufleute“. Die Antwort ist eine ablehnende. Die Agitation für Verlängerung der Sonntagsarbeit wird befehlungslos energisch fortgesetzt und zunächst an die Stadtverordneten-Versammlung appellirt werden. Den Referaten folgte eine ausgedehnte Debatte, in welcher auch Segner zum Worte kamen. — Zur Annahme gelangten schließlich folgende Resolutionen:

1. Die Versammlung spricht dem Abgeordneten Singer für sein energisches Eintreten für die Sache der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen ihren Dank aus und bittet denselben, bei der dritten Lesung der Anträge zur Abänderung des § 61 des Handels-Gesetzbuches folgende Fassung des Paragraphen zu beantragen:

Das Dienstverhältnis zwischen Prinzipal und Handlungsgehilfen kann von jedem Theile mit Ablauf eines jeden Kalender-Vierteljahres nach vorgängiger sechswochentlich Kündigung aufgehoben werden. Ist durch Vertrag eine längere oder längere Frist ausbedungen, so muß sie für beide Theile gleich sein und muß mindestens einen Monat dauern. Die Kündigung darf beiderseitig nur vom ersten zum ersten eines jeden Monats erfolgen. Probe- oder Aushilfs-Engagements sind nur auf die Dauer eines Monats und darunter zulässig. Jede Erneuerung eines derartigen Vertrages nach Ablauf eines Monats ist unzulässig und tritt in diesem Falle die gesetzliche Kündigungsdauer in Kraft. An jedem Tage zwischen erfolgter Kündigung und Abgang sind dem Handlungsgehilfen zwei Vormittagsstunden freie Zeit zur Besorgung einer neuen Stelle zu gewähren.

2. Die heutige Versammlung spricht den Abgeordneten des Deutschen Reichstages, die gegen den Antrag Singer auf Einführung einer vierwöchentlichen Minimal-Kündigungsdauer im Handelsgewerbe stimmten, ihre entschiedene Mißbilligung aus. Die Versammlung bittet die sozialdemokratische Fraktion, bei der nächsten Berathung eine namentliche Abstimmung herbeizuführen, damit die Handlungsgehilfen ihre „Ödnen“ genau kennen lernen.

3. Die Versammlung richtet an die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion die Bitte, im Reichstags-tage einen Antrag auf Ausdehnung der Gewerbeverordnungen auf die Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen einzubringen.

4. Die Versammlung protestirt gegen den Beschluß des Magistrats der Stadt Berlin, dem Antrage auf Erlass eines Ortsstatuts in Sachen der Sonntagsruhe nicht näher zu treten. Die Versammlung richtet nunmehr an die Stadtverordneten-Versammlung die dringende Bitte, durch Ortsstatut die völlig überflüssige Sonntagsarbeit in Einzel-, Fabrik- und Bankgeschäften zu beseitigen und in den Detailgeschäften die Arbeitszeit auf drei Stunden zu beschränken. Die Versammlung beauftragt das Bureau, diese Resolution mit Begründung der Stadtverordneten-Versammlung einzubringen.

In einer gut besuchten Versammlung des Wahlvereins für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis referirte am 21. Februar Genosse Dr. Luz über das vielfach auf den letzten Kongressen, Parteikonferenzen und in Volkerversammlungen erörterte Thema: „Wie wird die Landagitation am besten betrieben und welche Schritte sind die geeignetsten dazu?“ Redner betont zunächst, daß er selbst kein für die Landagitation geeigneter Redner sei und nur auf besonderen Wunsch zu diesem Thema spreche. Im allgemeinen ist bei der Landagitation zu berücksichtigen, die große Verschiedenheit der ländlichen Verhältnisse im Osten und Westen des Reiches, sowie der einzelnen Landesheile, ob wir es nur mit Landarbeitern, Gesinde oder mit dem an die Scholle gebundenen Kleinbauern zu thun haben. Die Interessen dieser Gruppen sind einander widersprechend, namentlich in Verbindung mit industrieller Beschäftigung. Bei der durch die Agitation der Geistlichkeit und gegnerischen des konservativen Presse erzeugten Voreingenommenheit des der Kultur fernstehenden Bauern und Sozialdemokraten gegenüber, dürfte man auch die durch Jahrzehnte langen Gebrauch gebilligten Interessen des Gemeindefortschritts und des Familienlebens nicht verlegen. Die Zunahme des Großgrundbesitzes und die damit verbundene immer mehr vor sich gehende Verarmung, die Verpredung Handels- und politischer Fragen müßte den örtlichen Verhältnissen angepaßt, die gemeinsamen Interessen des ländlichen und städtischen Proletariats stets hervorgehoben werden. Von den bis jetzt für die Landagitation vorhandenen Schriften, sei wohl keine, auch selbst der „Märkische Kalender“ als besonders geeignet zu empfehlen. Am geeignetsten haben sich in dieser Beziehung wohl immer kurz verfaßt geschriebene Flugblätter erwiesen, deren Vertheilung man durch einzelne Landboten weit eher als durch zahlreiche und lärmende Ausläufer, welche weder dem Gutsherrn noch dem Kleinbauern als Besuch angenehm sind, bewerkstelligen könne.

In der darauffolgenden sehr regen Diskussion erklärte sich Genosse Läterow namentlich in bezug auf die vorhandene Literatur mit Genossen Luz einverstanden.

Wagner erwartet von jedem Redner, daß er sich über die Verhältnisse und Personen am Ort informire. Er selbst habe durch die Verwerthung dieser eingezogenen Erläuterungen die besten Erfolge erzielt. Gerisch schließt sich im Wesentlichen den Ausführungen des Referenten und der Vorredner an, indem er u. a. auf die Erfolge des Genossen Vollmar in Bayern und das Vorgehen unserer französischen Genossen hinweist. Die Verbesserungen des Bildungsstandes, die Bekämpfung des Jogen, „Wälzfrevels“, die Hölle und indirekten Steuern seien Angriffspunkte für jeden Landagitor. Betreffs der Schriften hält Redner den „Märk. Kalender“ doch wohl für geeignet, vorzüglich zu wirken. Voraussichtlich werde sich

die Herausgabe eines Wochenblattes für die ländliche Bevölkerung empfehlen, womit sich in erster Linie die Agitationskommission zu befassen habe. Hellwig und Böbler sprechen in demselben Sinne. Luz erwähnt noch, daß das dreibändige Werk, betreffend die Enquete über die Lage der bäuerlichen Bevölkerung vom „Verein für Sozialpolitik“ nicht nur zu theuer, sondern für unsere Zwecke völlig werthlos sei, da es nur im Interesse des Unternehmertums geschrieben ist.

Die Abstimmung über nachstehende von Läterow gestellte Resolution war zweifelhaft:

„Die Versammlung hält es für die erste Pflicht unserer ökonomisch gebildeten Genossen, eine erschöpfende Agrarabhandlung zu schaffen, welche eine wissenschaftliche Darstellung der sozialen Lage und Entwicklung der verschiedenen ländlichen Distrikte und Kommunen, der Agrargesetzgebung bietet, insbesondere den Widerstreit der Industrie mit der Landwirtschaft behandelt, wodurch eine gründliche Bildung für die ländliche Propaganda ermöglicht wird.“

Unter „Verschiedenem“ theilte der Vorsitzende Gen. Meyer noch mit, daß die nächste Versammlung sich mit der Frage beschäftigen wird: „Welche Stellung nehmen die Genossen gegenüber der herrschenden Staatsreligion ein?“ Auch wird in dieser Versammlung an jedes Mitglied eine Broschüre gratis vertheilt, weshalb das Mitbringen der Mitgliedsbücher erforderlich ist.

Rixdorf. Eine Versammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter tagte hier am 18. Februar. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Wahl eines Delegirten und beauftragte mit diesem Amt den Kollegen Lüben. Kollege Hainmann bedauert, daß die Mitglieder so wenig das Vereinslokal besuchen. Man müsse den Wirth, der sein Lokal zur Versammlung hergibt, auch unterstützen. Auf Anregung Höpfer wird im Vereinslokal eine Liste angelegt, in die sich die arbeitslosen Mitglieder einschreiben sollen. Nach Schluß der Versammlung erledigte man in einer Mitgliederversammlung einige Vereinsangelegenheiten. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 34,85 M. und eine Ausgabe von 15,45 M. aus, dessen Richtigkeit die Referenten bestätigten.

Friedrichsfelde. Hier tagte am 18. Februar eine gut besuchte Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins, in welcher Genosse Wagner aus Berlin über das Thema: „Sind die Gemeindevorsteher in der Lage, den herrschenden Nothstand zu bekämpfen?“ referirte. Der Referent legte der Versammlung die Gründe ausführend dar, wie nothwendig es sei, sich an der Gemeindevahl zu betheiligen. In der Diskussion sprachen die Genossen Duff, Junge und Vorphal im Sinne des Referenten.

Friedrichsberg. In einer Kommunalwähler-Versammlung, die hier am 18. d. Mts. tagte, wurde nochmals Stellung genommen zu der Betheiligung an den Kommunalwahlen. Die in der vorigen Versammlung eingesetzte Kommission mußte erklären, daß die ihnen vorgeschlagenen Kandidaten für das Amt nicht geeignet erschienen, sowie daß von einer Seite ihnen eine abschlägliche Antwort zu theil wurde. Die Bemühungen der Kommission, andere geeignete Kandidaten zu empfehlen, waren erfolglos; sie unterbreitete deshalb den Vorschlag, von einer Betheiligung an der Wahl Abstand zu nehmen. Die Versammlung beschloß jedoch, da sich der Genosse Meinhardt bereit erklärte, wieder ein Mandat anzunehmen, in die Wahlagitation einzutreten. Für die Wahl traten ein die Genossen Meinhardt, Kämpf, Eien und Pantow, gegen die Wahl sprachen die Genossen Ant. Kopp, Bernhard Lampe, Fritz Schulz, Welzig und Fiedner. Durch obigen Versammlungsbeschlusse sind wir genöthigt, in die Wahl einzutreten, und bitten wir die Genossen, sich recht reger an der Wahl zu betheiligen.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Schöneberg und Umgegend hielt am 19. Februar in der Schlossbrauerei eine Versammlung ab. Genosse Kleinschmidt referirte über das Thema: „Zustände in den staatlichen Betrieben.“ In der sich anschließenden Diskussion, an der sich die Genossen Vainch, Fommerte, Gröschle, Feinze und andere betheiligten, wurde betont, daß auch die in den staatlichen Betrieben Angestellten sich der modernen Arbeiterbewegung anschließen hätten, um selbst für ihre Sache zu kämpfen; gegenwärtig stehen sie leider theilnahmslos den Bestrebungen der Arbeiter gegenüber. Weiter wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Presse sich mehr mit dieser Arbeiterkategorie beschäftigen möge. Bei Verlesung der neu aufgenommenen Mitglieder beantragt Gen. Schubert: Nichtaufnahme des Buchdruckers Felsner, weil derselbe dreimal gegen die Interessen der Arbeiter gehandelt habe. Nach sehr eingehender Diskussion wurde der Antrag angenommen. Als Thema zur nächsten Versammlung wurde bestimmt: „Werb der Gewerkschaftsbewegung“, mit den Genossen Feinze, Matsjewsky und Köpfer als Referenten.

Köpenick. Der hiesige sozialdemokratische Arbeiterverein hielt am 20. ds. Mts. seine Versammlung im Lokale des Herrn Gärlich ab, in der Mattutat in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über das Thema: „Der Kampf um das Dasein“, referirte. Sodann wurde beschlossen, am Abend des 1. Mai eine Festlichkeit im Klein'schen Lokale abzuhalten. Der Vorsitzende theilte darauf mit, daß der in letzter Versammlung gewählte Bibliothekar Umhände halber dieselbe nicht übernehmen könne. Die Versammlung betraute deshalb den Barbier Göhe mit dem Amt. Außerdem wird vom 1. März eine Filiale der Vereinsbibliothek beim Mitgliede Schwan errichtet. Zum Schluß wurde noch auf das am Sonntag, den 24. d. M., stattfindende Vergnügen aufmerksam gemacht und die Mitglieder gebeten, ihr Statutenbuch mitzubringen.

Eingelassene Druckschriften. Zeitschrift des Leipziger Mehrverbandes. Herausgegeben vom Nebenausshuß der Leipziger Handelskammer. Leipzig. Betretung in Berlin. Haasenstejn u. Vogler. Diät und Wegweiser für Inzertanten. Von Dr. W. Schröder, prakt. Arzt. Berlin SW. Verlag Hugo Steinhilber. Preis 1 M. Was verursacht und fördert die Unzufriedenheit? Sozialpolitische Betrachtungen von N. Grodzyński. Berlin SW. Verlag Hugo Steinhilber. Preis 1 M.

Briefkasten der Redaktion.

H. Schmolz. Berichten Sie den Inhalt an den aufschreibenden Richter zu Storkow und verlangen Ersatz der Kosten und Auslagen.

B. in Berlin. Sie beklagen sich, daß Sie, weil Ihr Name mit B. beginnt, in den Verdacht gekommen seien, daß „horchende Langohr“ zu sein, in das der Floh unserer Aufmerksamkeitsabteilung gesetzt ward. Nun, sagen Sie den guten Freunden — denn „gute Freunde“ sind immer — die diesen schänden Verdacht gehabt haben, daß B. sei zweifelhaft, habe 7 Buchstaben und ende mit einem r. Das genügt doch zu Ihrer Entlastung?

Mehrere. Sie irren sich. Der B. B., der eine Redaktionsstelle sucht, ist kein Mitglied unserer Redaktion, die überhaupt kein heilensuchendes Mitglied enthält.

Humor. Bälle und Vergnügungen werden im Vereinskalender nicht aufgenommen.

Wiesenberg. Ihr Eingefandt eignet sich nicht für den „Vorwärts“. Uebergaben Sie dieses Eingefandt einem Gewerkschafts-Organ.

G. R. Der Arbeitsnachweis der Arbeitervereine ist und unbekannt.

G. J. Ludwigshafen. Derartige Klassen können wir Ihnen nicht namhaft machen.



# Arbeiter! Genossen!

## Kauft nur Cigarren mit der Kontrollmarke der Tabakarbeiter.

Nachfolgend verzeichnete Fabrikanten und Händler führen nur Cigarren mit der **Kontroll-Markung der Tabakarbeiter.**

Händler können nur veröffentlicht werden, wenn dieselben ausschließlich Waare mit Schutzmarke führen, jede andere Veröffentlichung beruht auf Täuschung.

- S.**  
 \*Wilhelm Förner, Ritterstr. 108.  
 S. F. Dinslage, Kottbuserstr. 4.  
 N. Fiedig, Wöhlstr. 21.  
 Gust. Lochmann, Brandenburgstr. 82.  
 Michaelis, Alexandrinenstr. 40.  
 S. G. Schmidt, Gräferstr. 68.  
 Carl Schonheim, Gräferstr. 8.  
 Julius Stark, Schönleinstr. 10.

- SO.**  
 Carl Albert, Paderstr. 6.  
 Behke u. Ringel, Schmidstr. 21.  
 Carl Böhlert, Mariannenstr. 5.  
 G. Carl, Admiralstr. 25.  
 G. Fischer, Skaligerstr. 128.  
 George, Mariannenstr. 83.  
 Theodor Goede, Wrangelstr. 125.  
 C. Gosda, Mantuffelstr. 8.  
 H. Kunze, Forsterstr. 2.  
 deagl., Grünauerstr. 84.  
 Lobbes, Adalbertstr. 58.  
 \*Wilh. Mertens, Suvorstr. 34.  
 Theodor Stämpel, Mariannenstr. 26.  
 Stübner, Reichensbergerstr. 157.  
 Herm. Wicht, Dresdenerstr. 16.

- SW.**  
 W. Ringel, Alexandrinenstr. 103.  
 \*Heinrich Schröder, Kreuzbergstr. 15.  
 C. Schulze, Friesenstr. 23.

- O.**  
 Louis Anders, Krautstr. 16.  
 August Dahuse, Koppenstr. 98.  
 A. Gräff, Holzmarktstr. 42.  
 August Heß, Gr. Frankfurterstr. 4.  
 deagl., Weidenweg 96.  
 Th. Hodde, Langestr. 108.  
 Erhard Hoffmann, Memelerstr. 32.  
 Johann Liebich, Memelerstr. 8.  
 \*August Nates, Pöfeneckerstr. 11.  
 Fr. Peters, Koppenstr. 94.  
 Johann Schirlich, Holzmarktstr. 63.  
 Otto Schreiber, Blumenstr. 51a.  
 Rich. Schulze, Friedrichselderstr. 21.  
 Otto Unterberg, Koppenstr. 8-9.  
 B. Unterlauff, Frankfurter Allee 117.  
 Gustav Vogel, Koppenstr. 83.  
 W. Wolf, Andreasstr. 60.  
 P. Woschke, Andreasstr. 3.

- C.**  
 \*Robert Drescher, Linienstr. 50.  
 Max Platauer, Landsbergerstr. 72.  
 Hermann Gumpel, Barnimstr. 42.  
 Carl Blanzwitz, Linienstr. 21.
- Oranienburger Vorstadt.**  
 Adolf Abelt, Reinickendorferstr. 64b.  
 Louis Dehand, Ruheplatzstr. 24.  
 Franz Frank, Köllnerstr. 2.  
 Paul Franke, Eichendorferstr. 15.  
 Wilhelm Göppner, Jennstr. 1a.  
 Jakob Göting, Lindowerstr. 9.  
 August Hühne, Pantstr. 14a.  
 Fr. Jordan, Reinickendorferstr. 37a.  
 Oskar Klose, Reinickendorferstr. 20.  
 Paul Müller, Hochstr. 2a.  
 Franz Noffe, Vorkstr. 28.  
 Paul Pfug, Reinickendorferstr. 89.  
 Wihl. Steinbach, Antonstr. 1.  
 H. Tien, Invalidenstr. 124.  
 Carl Werner, Gerichtstr. 25.

- Reinickendorfer Vorstadt.**  
 Reinhold Anders, Strelitzerstr. 45.  
 Carl Basemann, Prinzen-Allee 57.  
 S. Baumgarten, Ewinemünderstr. 48.  
 Franz Döring, Ruppinerstr. 21.  
 R. Geselle, Ruppinerstr. 19.  
 Gustav Hennig, Coloniestr. 147.  
 August Hiete, Ewinemünderstr. 67.  
 Emil Höhne, Ackerstr. 89.  
 Köppler, Badstr. 42-43.  
 B. Moritz, Bernauerstr. 18.  
 Hermann Vogel, Demminerstr. 62.  
 C. Walter, Hufsteinstraße 35.  
 Max Winkelmann, Ackerstr. 153.  
 Georg Wolter, Ackerstr. 58.  
 S. Zechert, Putzuserstr. 37.
- Schönhauser Vorstadt.**  
 Wilhelm Brall, Ewinemünderstr. 4.  
 C. Herm. Dieß, Pappel-Allee 2.  
 Johann Fahn, Hebbelinerstr. 3.  
 Lorenz Heidemann, Danzigerstr. 10/18.  
 Rudolf Magnus, Weinbergsweg 10.  
 S. Maffowin, Rastanien-Allee 95/96.  
 S. Mehnert, Diederhosenstr. 3.  
 Gustav Pinner, Treßdowstr. 32.  
 Aug. Schönfeld, Danzigerstr. 16.

- NO.**  
 Hermann Vailoff, Pallisadenstr. 79.  
 Veyer, Landsberger Allee 131.  
 S. Kraft, Landsbergerstr. 112.  
 Paul Krämer, Greifswalderstr. 30.  
 Gebr. Leiby, Marienburgerstr. 37.  
 Gustav Mirak, Georgenkirchstr. 12.  
 Jakob Neul, Weinstr. 11, Hof 3 Tr.  
 Gustav Richter, Landsberger-Allee 145.
- NW.**  
 Paul Böning, Bremerstr. 58-57.  
 Joh. Bösenberg, Busselstr. 64.  
 \*Robert Kern, Stromstr. 45.  
 G. Reinde, Stromstr. 5.  
 Rudolf Kunge, Kottbuserstr. 13.  
 Carl Siller, Stephanstr. 24.
- Stralau-Rummelsburg.**  
 Theodor Ritter, Rantstr. 6.  
 J. Ulbrich, Schillerstr. 1.
- Friedrichsfelde-Lichtenberg.**  
 Wiesner, Prinzen Allee 24.  
 Anton Kopp, Friedrich-Carlstr. 4.
- Rixdorf.**  
 Heinrich Barth, Berlinerstr. 136.  
 Leop. Wagerl, Hoberstr. 10.
- Weissensee.**  
 Emil Apitich, Langhansstr. 135.  
 Liebschwager, Gustav-Adolfstr. 16.  
 Georg Schröder, Volbringerstr. 42.
- Reinickendorf.**  
 Burgard, Marktstr. 5.  
 F. Schellenberg, Scharnweberstr. 107.
- Tempelhof.**  
 August Reisen, Berlinerstr. 44.
- Pankow.**  
 Carl Hoffmann, Kaiser-Friedrichstr. 15.

Neumeldungen von Fabrikanten sind persönlich bei Louis Dehand, Ruheplatzstr. 24, sowie beim Unterzeichneten zu machen. Neue Marken sind ebenfalls dort, sowie auch an den mit \* bezeichneten Stellen der betr. Bezirke zu entnehmen.

Die Kontroll-Kommission der Tabakarbeiter.  
 J. A.: Carl Butry, Stralsunderstr. 17. II. 322/16

**Jede Uhr** 5466L\*  
 zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue Alb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine, von 14 M. an. da. 10 Steine, von 16 M. an. goldene Damen-Remontoirs, 14 Karat Gold u. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen.  
**E. Rothert & Stolz,** Geschäft: Andreasstr. 62. Uhrmacher. Chausseestr. 78.

**Möbel-Tischlerei u. Lager**  
 Polster- und Dekorations-Werkstatt  
**August Herold, Tischlermeister**  
 83/84 Oranienstr. 83/84 Berlin SW., 83/84 Oranienstr. 83/84  
 zwischen Alexandrinen- und Alte Jakobstrasse.  
 Eigene Tischlerei. Eigene Tapezierwerkstätten.  
 Verkauf nur gegen Cash ohne Zwischenhandel zu Werkstattpreisen.  
 Besichtigung der Lagerräume erwünscht. Illustrierte Musterbücher kostenfrei.  
**Compl. Wohnungs-Einrichtungen von 333-3000 M.**  
 Solideste Preise. Sauberste Ausführung. Reelle Bedienung.

**Zum 18. März**  
 erscheint das „Volkblatt“, Organ für die arbeitende Bevölkerung, auf rothem Papier  
 gedruckt in einer der Bedeutung des Gedentages entsprechenden Extra-Nummer. Bestellungen werden baldigst erbeten an die Expedition des „Volkblatt“, Berlin SW., Deuthstraße 2.

**Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin**  
 mit eigener Werkstat.  
 Große Auswahl in Kussbaum u. Mahagoni, sowie großes Lager von Küchenmöbeln empfiehlt zu den billigsten Preisen bei nur solider Ausführung [5466L]  
**Julius Apelt, Tischlermeister,**  
 Berlin S., Sebastianstraße Nr. 20 (früher 27/28).

**Billigste Bezugsquelle!**  
 Wecker-Uhren, bestes Fabrikat, 2,40, 3 und 4 Mark.  
 Wanduhren mit Schlagwerk 3,50, 4 und 5 Mark.  
 Reparaturen unter Garantie gut und billig.  
**H. Schneider, Uhrmacher und Optiker,**  
 Brannenkraße 40.

**Berliner Bock-Brauerei**  
 Tempelhof 55. Bodk-Haison. Tempelhof 55.  
 1910b Täglich:  
**Grosses Militär-Konzert.**

**Echt Stonsdorfer**  
 50er à Str. 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10, 50 Str. 47,50, 100 Str. 90 Mark.  
**Eugen Neumann & Co., Inh. Conrad Neumann,**  
 6a, Belle-Alliance-Platz 6a. 6102R  
 81, Neue Friedrichstraße 81. 8, Oranienstraße 8.

Im Verlage von Birklein & Comp., Nürnberg, erscheint Anfang März:  
**Volks-Lexikon.**  
 Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern herausgegeben von Emanuel Wurm.  
 60 Seite à 8 Bogen in 14 tägigen Lieferungen à 20 J.

Den großen Volkstreffen, welche nicht höhere Schulen besuch haben und daher allgemein verständliche Erklärungen beantragen müssen, bietet das **Volks-Lexikon** ein sorgfältig zusammengestelltes Nachschlagewerk für alle Gebiete des Wissens und berücksichtigt besonders Arbeiterrecht, Gewerbeordnung, Gewerbeverordnungen, Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung, Gewerbeordnungen) Handwerkswesen, (Buchführung, Wechselrecht, Handelsgehe) Gesundheitspflege (Naturheilkunde) und  
**Sozialpolitik,**  
 ihre Theorien und Geschichte, ferner die politischen Parteien und die Sozialstatistik, so daß ein gemeinverständlich geschriebenes Staatslexikon geboten wird. Außerdem enthält es ein vollständiges Wörterbuch. Dieser reichhaltige Inhalt des Volks-Lexikons wird durch das gegen 60000 Stichworte umfassende Generalexikon so zugänglich gemacht, daß das Volks-Lexikon ein bequemes Nachschlagewerk für die vielen Tausende von Einzelfragen bildet, während es zugleich durch die Anordnung des Inhalts ein Lehrbuch ist, das den Lehrstoff nicht alphabetisch zerstückelt, sondern in zusammenhängender klarer Uebersicht bietet.

**Sozialpolitik,**  
 Ihre Theorien und Geschichte, ferner die politischen Parteien und die Sozialstatistik, so daß ein gemeinverständlich geschriebenes Staatslexikon geboten wird. Außerdem enthält es ein vollständiges Wörterbuch. Dieser reichhaltige Inhalt des Volks-Lexikons wird durch das gegen 60000 Stichworte umfassende Generalexikon so zugänglich gemacht, daß das Volks-Lexikon ein bequemes Nachschlagewerk für die vielen Tausende von Einzelfragen bildet, während es zugleich durch die Anordnung des Inhalts ein Lehrbuch ist, das den Lehrstoff nicht alphabetisch zerstückelt, sondern in zusammenhängender klarer Uebersicht bietet.

**Sozialpolitik,**  
 Ihre Theorien und Geschichte, ferner die politischen Parteien und die Sozialstatistik, so daß ein gemeinverständlich geschriebenes Staatslexikon geboten wird. Außerdem enthält es ein vollständiges Wörterbuch. Dieser reichhaltige Inhalt des Volks-Lexikons wird durch das gegen 60000 Stichworte umfassende Generalexikon so zugänglich gemacht, daß das Volks-Lexikon ein bequemes Nachschlagewerk für die vielen Tausende von Einzelfragen bildet, während es zugleich durch die Anordnung des Inhalts ein Lehrbuch ist, das den Lehrstoff nicht alphabetisch zerstückelt, sondern in zusammenhängender klarer Uebersicht bietet.

**Sozialpolitik,**  
 Ihre Theorien und Geschichte, ferner die politischen Parteien und die Sozialstatistik, so daß ein gemeinverständlich geschriebenes Staatslexikon geboten wird. Außerdem enthält es ein vollständiges Wörterbuch. Dieser reichhaltige Inhalt des Volks-Lexikons wird durch das gegen 60000 Stichworte umfassende Generalexikon so zugänglich gemacht, daß das Volks-Lexikon ein bequemes Nachschlagewerk für die vielen Tausende von Einzelfragen bildet, während es zugleich durch die Anordnung des Inhalts ein Lehrbuch ist, das den Lehrstoff nicht alphabetisch zerstückelt, sondern in zusammenhängender klarer Uebersicht bietet.

**Sozialpolitik,**  
 Ihre Theorien und Geschichte, ferner die politischen Parteien und die Sozialstatistik, so daß ein gemeinverständlich geschriebenes Staatslexikon geboten wird. Außerdem enthält es ein vollständiges Wörterbuch. Dieser reichhaltige Inhalt des Volks-Lexikons wird durch das gegen 60000 Stichworte umfassende Generalexikon so zugänglich gemacht, daß das Volks-Lexikon ein bequemes Nachschlagewerk für die vielen Tausende von Einzelfragen bildet, während es zugleich durch die Anordnung des Inhalts ein Lehrbuch ist, das den Lehrstoff nicht alphabetisch zerstückelt, sondern in zusammenhängender klarer Uebersicht bietet.

**Sozialpolitik,**  
 Ihre Theorien und Geschichte, ferner die politischen Parteien und die Sozialstatistik, so daß ein gemeinverständlich geschriebenes Staatslexikon geboten wird. Außerdem enthält es ein vollständiges Wörterbuch. Dieser reichhaltige Inhalt des Volks-Lexikons wird durch das gegen 60000 Stichworte umfassende Generalexikon so zugänglich gemacht, daß das Volks-Lexikon ein bequemes Nachschlagewerk für die vielen Tausende von Einzelfragen bildet, während es zugleich durch die Anordnung des Inhalts ein Lehrbuch ist, das den Lehrstoff nicht alphabetisch zerstückelt, sondern in zusammenhängender klarer Uebersicht bietet.

**Sozialpolitik,**  
 Ihre Theorien und Geschichte, ferner die politischen Parteien und die Sozialstatistik, so daß ein gemeinverständlich geschriebenes Staatslexikon geboten wird. Außerdem enthält es ein vollständiges Wörterbuch. Dieser reichhaltige Inhalt des Volks-Lexikons wird durch das gegen 60000 Stichworte umfassende Generalexikon so zugänglich gemacht, daß das Volks-Lexikon ein bequemes Nachschlagewerk für die vielen Tausende von Einzelfragen bildet, während es zugleich durch die Anordnung des Inhalts ein Lehrbuch ist, das den Lehrstoff nicht alphabetisch zerstückelt, sondern in zusammenhängender klarer Uebersicht bietet.

**Sozialpolitik,**  
 Ihre Theorien und Geschichte, ferner die politischen Parteien und die Sozialstatistik, so daß ein gemeinverständlich geschriebenes Staatslexikon geboten wird. Außerdem enthält es ein vollständiges Wörterbuch. Dieser reichhaltige Inhalt des Volks-Lexikons wird durch das gegen 60000 Stichworte umfassende Generalexikon so zugänglich gemacht, daß das Volks-Lexikon ein bequemes Nachschlagewerk für die vielen Tausende von Einzelfragen bildet, während es zugleich durch die Anordnung des Inhalts ein Lehrbuch ist, das den Lehrstoff nicht alphabetisch zerstückelt, sondern in zusammenhängender klarer Uebersicht bietet.

**Buchhandlung des „Vorwärts“**  
 Berlin SW., Deuth-Strasse 2.  
 Bei kleineren Aufträgen von Auswärts bitten wir den Betrag incl. Porto zwecks Ersparrung der Nachnahmegebühr der Genehmigung in Preismarken beizulegen, bei größeren Befehlen vorher per Postanweisung einzusenden.

**Bebel'sche**  
 Schriften:  
**Die Frau und der Sozialismus.** Preis brosch. M. 2,- geb. 2,50. Porto 30 Pfg.  
 Für die Bedeutung des Bundes spricht nicht besten die Thatsache, daß es unter allen sozialistischen Schriften trotz seines für die Arbeiterklasse hohen Preises die höchsten Auflagen und die weiteste Verbreitung gefunden hat.

**Charles Fourier.** Sein Leben u. Thoren. Preis broschirt M. 2,- gebund. M. 2,50. Porto 20 Pfg.  
 Die Schrift enthält in der Einleitung u. Kritik der utopischen Theorien Fourier's, zugleich eine Darstellung der Gegensätze zwischen utopischem und wissenschaftlichem Sozialismus.

**Sozialdemokratie u. Antisemitismus.** Preis 20 Pfg. Porto 3 Pfg.  
 Die Schrift analysirt den prinzipiellen Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Antisemitismus u. erklärt die antisemitische Bewegung aus ihren historischen und sozialen Ursachen. Im Anhang weist Bebel nach, daß und warum die Juden die eigentlichen Feinde der Kleinrentner waren und sind und geht auf die natürlichen Ergebnisse ein über das Verhältnis der Juden zu den Christen in Bezug auf die begangenen Verbrechen und Vergehen.

**Unsere Ziele.** Preis 30 Pfg. Porto 5 Pfg.  
 Diese Polemik gegen die „Demokratische Korrespondenz“ ist ein historisches Dokument der Partei; sie zeigt, nach welcher Richtung die Partei in den letzten 20 Jahren sich theoretisch entwickelt hat.

**Parlamentarische Thätigkeit** des Deutschen Reichstages u. der Landtage von 1874 bis 1876. Preis 25 Pfg. Porto 5 Pfg.  
 Zur Beurteilung der Frage, welche Stellung die Sozialdemokratie gegenüber den parlamentarischen Organen vor dem Sozialistengesetz einnehmen, liefert die Schrift schlagende Antwort und legt klar, wie die Regierungen der bürgerlichen Parteien Bankrott macht, wenn die parlamentarischen Umdeutungsbewegungen bedroht scheinen.

**Reichs-Gesundheitsamt** und sein Programm vom sozialist. Standpunkt aus beleuchtet. Preis 10 Pfg. Porto 3 Pfg.  
 Zur Beurteilung der Frage, welche Stellung die Sozialdemokratie gegenüber den parlamentarischen Organen vor dem Sozialistengesetz einnehmen, liefert die Schrift schlagende Antwort und legt klar, wie die Regierungen der bürgerlichen Parteien Bankrott macht, wenn die parlamentarischen Umdeutungsbewegungen bedroht scheinen.

**Entwicklung Frankreichs** vom 16. bis gegen Ende 18. Jahrhunderts. Preis 15 Pfg. Porto 3 Pfg.  
 Eine kulturhistorische Skizze über die Reformationskämpfe in Frankreich, die Uera des gottesdienstaentümlichen Fürstentums und dessen Verfallensorganen und die darauf folgende Revolution der Geister.

**Glossen zur Bahren Gestalt des Christentums.** Mit Anhang: Ueber die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau. Preis 30 Pfg. Porto 5 Pfg.  
 Alle religiösen Bewegungen entspringen im Grunde sozialen Ursachen, das wird in knapper und scharfer Darstellung, besonders in Bezug auf Luther's Reformationsbewegung dargelegt.

**Christentum und Sozialismus.** Eine religiöse Polemik mit Kaplan H o s o f f. Preis 10 Pfg. Porto 3 Pfg.  
 Signat sich insbesondere zur Massenverbreitung in katholischen Gegenden.

**Lage der Bäckerarbeiter.** Preis M. 1,- Porto 10 Pfg.  
 Viele Jahre früher, ehe die Reichs-Regierung mit ihrer Schutten-Enquete nachhinkte, legte hier der Verfasser die schauerhaften Verhältnisse, Arbeits- und Lebensverhältnisse im Bäckergewerbe darstellend bloß.

**Landtagswahlen i. Sachsen** Preis 15 Pfg. Porto 3 Pfg.  
 Eine Agitationschrift anlässlich der Wahlen von 1892.

**Reichstags-Reden: Soldatenmühen.** 13. März 1891. Preis 15 Pfg. Porto 3 Pfg. **Stehendes Heer oder Volkswehr?** 13. Dezember 1892. Preis 10 Pfg. Porto 3 Pfg. **Soldatenmühenhandlungen.** 10. und 21. März 1893. Preis 25 Pfg. Porto 5 Pfg. **Gegen den Militarismus und gegen die neuen Steuern.** Preis 10 Pfg. Porto 5 Pfg.

**Wirtschaftliche und politische Lage.** Rede, gehalten im Zürich. Preis 20 Pfg. Porto 5 Pfg.  
 Kataloge gratis zur Verfügung.

**Schuhe und Stiefel** mit Kontroll-Marke.  
 Allen Freunden u. Genossen empfehle mein Schuh- und Stiefel-Geschäft. Große Auswahl in Winter-Artikeln zu den billigsten Preisen. 5465L\*  
**L. Zaake,**  
 Küfriner-Platz Nr. 8.

Marken z. quittieren von **Partei-Beiträgen**  
 empfiehlt allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stempelfabrik von **Conrad Müller, Fehdeudik-Feipzig.**  
 Preisliste gratis und franko.

**Martin Klein,** Uhrmacher, 5464L\*  
 25 Neue Hochstr. 25  
 empfiehlt sein Lager aller Arten **Band- und Taschen-Uhren.**  
 Reparaturen zu soliden Preisen

**Alle Uhren** 5462L\*  
 werden sauber und sorgfältig repariert unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei **W. Winkler,**  
 Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g, gegenüber der Dankes-Kirche.  
 Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

**Jede Uhr**  
 reparieren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1,50 M., außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer u. gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren u. Wecker etc. Alle Arten Ketten, sowie Brillen und Pincenez. 5412P\*  
**Carl Lux, 34. Chausseestr. 34.**  
 Bitte genau auf No. 34 zu achten.

Rem. Ank. Uhr mit echter Nikolkotte. **5 Mark. Garantie!**  
 Bild. Rem. Uhr feinst. Wert 16,50 M. Umtausch gest. Beste Quelle f. Uhren. u. Schmud.  
 Joh. Gg. Müller, Verdingg. Pforzheim.

**1000 Damen-Regenmäntel, Frühjahrsjaquets, Capes u. Bänderzüge** à 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 M. u. f. w. **Landsbergerstr. 48, 1, zum Ausverkauf.**

**Alte Stiefel,** Ausw., w. Bezugs sehr bill. Runge, Raunysstr. 2.  
**Gardinen-Reste**  
 zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik Grüner Weg 80, part. Eingang v. Flur. Jeder Käufer emp. Jubiläumsgeschenk.